

WISO

Juni 2013

Diskurs

Expertisen und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



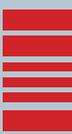
Migrantenorganisationen

Engagement, Transnationalität
und Integration

SCHRIFTFÜHRER Vereinsmitglieder
Beiträge **Mitgliederversammlung**
ORGANE **WIEDERWAHL** Stimmrecht
MITTELVERWENDUNG **Satzung** **TAGESORDNUNG** Geschäftsjahr
ZWECK **VORSTAND** **Vereinsregister**
Vorsitzender **Vereinsmitglied** **FÖRDERUNG**
gemeinnützig **Aufnahmeantrag**
Satzung **Selbstlose Tätigkeit**

Gesprächskreis
Migration und Integration

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG



Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung
Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Migrantenorganisationen

Engagement, Transnationalität
und Integration

Herausgeber:

Günther Schultze, Dietrich Thränhardt

Autorinnen und Autoren:

Dietrich Thränhardt

Karin Weiss

Jenni Winterhagen

Handan Aksünger

Daniel Huhn/Stefan Metzger

Menderes Candan

Ercüment Toker

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	3
Vorbemerkung	4
Dietrich Thränhardt Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration	5
Karin Weiss Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung	21
Jenni Winterhagen Katholischer Nationalkatholizismus und funktionale Integration. Die kroatischen Gemeinden in Deutschland	32
Handan Aksünger Gemeinschaftsbildung und Integration. Die Aleviten in Deutschland und den Niederlanden	42
Daniel Huhn/Stefan Metzger Ethnizität, Identität und Sport. Das Selbstverständnis von Fußballvereinen mit Türkeibezug im Ruhrgebiet und in Berlin	55
Menderes Candan Die irakische Diaspora in Deutschland und ihr Beitrag im Wiederaufbauprozess im Irak nach 2003	65
Ercüment Toker Der Paritätische als Dachverband der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten	76
Die Autorinnen und Autoren	83

Diese Tagungsdokumentation wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autorinnen und Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Beitrag von Dietrich Thränhardt

Abbildung 1:	Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung: Migrantenorganisationen	8
Abbildung 2:	Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung: Allgemeine Organisationen	8
Abbildung 3:	Organisationsbeteiligung: Menschen mit Herkunft aus Deutschland und der Türkei im Vergleich	9
Abbildung 4:	Betriebsratsvorsitzende und stellv. Vorsitzende ausländischer Herkunft im IG-Metall-Bereich	12
Abbildung 5:	Wanderungen zwischen Deutschland und der Türkei seit 1991	15
Tabelle 1:	Schüler in Sonderschulen und Realschulen/Gymnasien 2002 (%)	13

Beitrag von Karin Weiss

Abbildung 1:	Unterschiedliche Formen im Verhältnis Staat und Migrantenorganisationen	23
--------------	---	----

Beitrag von Menderes Candan

Tabelle 1:	Heimatüberweisungen irakischer „Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen“ aus Deutschland in den Irak	70
------------	--	----

Vorbemerkung

Es ist ein demokratisches Grundrecht in der Bundesrepublik Deutschland, dass sich Individuen in Vereinen und Verbänden organisieren können. Auch Einwandererinnen und Einwanderer und Migrantinnen und Migranten nehmen diese Möglichkeit wahr und haben ihre Organisationen gegründet. Diese verfolgen vielfältige Ziele: Es gibt z.B. politische, soziale, kulturelle, sportliche und religiös orientierte Vereine und Verbände. Einige von ihnen organisieren ihre Mitgliedschaft anhand ihrer ethnischen, regionalen oder nationalen Herkunft, andere bilden z.B. Interessensverbände oder Elternvereine, die ihren Einfluss in gesellschaftlichen und politischen Debatten und Entscheidungsprozessen geltend machen wollen.

Ein Ergebnis der derzeitigen Neuausrichtung der Integrationspolitik ist es, Migrantorganisationen verstärkt in den politischen Dialog einzubinden. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass sie wichtige integrative Leistungen erbringen und häufig Zielgruppen ansprechen, die mit traditionellen Konzepten nicht erreicht wurden. Dieser Dialog muss „auf Augenhöhe“ erfolgen und getragen sein von gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung. Notwendig ist eine weitere Qualifizierung und Professionalisierung der Migrantorganisationen, damit sie den gestiegenen Erwartungen gerecht werden können. Dies erfordert auch, die politischen Förderstrukturen und -programme zu überdenken.

Günther Schultze

Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung

In der Vergangenheit unterschieden wissenschaftliche Untersuchungen häufig zwischen „aufnahmeland- oder herkunftslandorientierten“ Migrantorganisationen. Diese Orientierungen wurden gleichgesetzt mit „integrationsfördernd oder -hemmend“. Diese Kategorisierungen erweisen sich jedoch zunehmend als inadäquat zur Beschreibung der gesellschaftlichen Realität. Heute wird verstärkt die „Brückenfunktion“ von Migrantorganisationen betont. Sie berücksichtigen und gestalten transnationale Prozesse und nutzen sie gewinnbringend für soziale und wirtschaftliche Austauschbeziehungen.

Der vorliegende Band dokumentiert eine Auswahl von Beiträgen eines Workshops vom 30. und 31. August 2012 in Münster. Dabei kooperierte die Akademie Franz-Hitze-Haus mit dem Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Neben grundsätzlichen Analysen zur Rolle und Entwicklung von Migrantorganisationen und des Verhältnisses von Staat und Migrantorganisationen werden beispielhaft verschiedene Vereine und Communities dargestellt, die die Vielfalt der Ziele und gesellschaftlichen Wirkungen von Migrantorganisationen verdeutlichen. Die Publikation dient u.a. dazu, politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern eine realistische Einschätzung der Chancen und Herausforderungen der Einbeziehung von und Zusammenarbeit mit Migrantorganisationen zu ermöglichen.

Dietrich Thränhardt

em. Professor für Politikwissenschaft
der Universität Münster

Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration

Dietrich Thränhardt

*„Nichts kommt von selbst.
Und wenig ist von Dauer.“*

Willy Brandt

Zusammenfassung

Migrantenorganisationen haben in Deutschland einen weiten Weg von der Nichtbeachtung bis zur Anerkennung als ein Element des Pluralismus zurückgelegt. Lange Zeit blieben sie in der Öffentlichkeit unbeachtet und wurden in der Forschung immer wieder als integrationsabträglich kritisiert. Inzwischen ist allgemein anerkannt, dass informelle und formelle Migrantenorganisationen soziales Kapital erzeugen und verbreiten können und damit den sozialen Charakter von Migration wiedergeben, die ebenso wie andere soziale Prozesse ein Gruppenphänomen ist und immer wieder als Kettenmigration stattfindet. Migrantinnen und Migranten haben integrative Leistungen erbracht, und zwar in eigenen ebenso wie in integrativen organisatorischen Zusammenhängen. In Deutschland sind dabei die Erfolge der Gewerkschaften und Betriebsräte besonders herausragend. Eine besondere Rolle haben Migrantenorganisationen in den Beziehungen zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland, gerade auch bei der Vermittlung demokratischer Werte und Standards in Ländern ohne Demokratie.

1. Von der Nichtbeachtung zur Anerkennung

Deutschland hat in Bezug auf die Anerkennung von Migrantenorganisationen einen weiten Weg zurückgelegt. Zwar gibt es seit dem Beginn der Einwanderung Migrantenvereine, zunächst in-

formell und nach einer gewissen Zeit auch als eingetragene Vereine nach deutschem Recht. Im Jahr 2001 hatte das Bundesverwaltungsamt 16.000 „Ausländer-Vereine“ registriert (Hunger 2005). Im öffentlichen Bewusstsein und in den öffentlichen Debatten waren Migrantinnen und Migranten als Akteure allerdings kaum präsent, ganz im Gegensatz zur Situation in Großbritannien und den Niederlanden, wo postkoloniale Migrantinnen und Migranten in den Traditionen des antikolonialen Befreiungskampfes ständig in der Öffentlichkeit präsent waren und „*claims making*“ betrieben (Koopmans/Statham 2000). Die Nichtwahrnehmung in der deutschen Gesellschaft ging so weit, dass Migrationswissenschaftler von „verschämten Gastarbeitern“ sprachen, die sich angeblich nicht bemerkbar machten (v. Oswald et al. 2003: 21, 31). Von Migrantinnen und Migranten getragene Streiks, Demonstrationen und die vielen und vielfältigen Migrantenorganisationen wurden lange Zeit kaum zur Kenntnis genommen (vgl. dagegen Miller 1981).

Jahrzehntelang wurden die Einwanderinnen und Einwanderer aus dem Mittelmeerraum mehr betreut als beteiligt. Zwar ist es durchaus positiv zu würdigen, dass es in Deutschland von Anfang an ein breites Angebot an staatlich geförderter Beratung und Hilfe gab: die kirchlichen „Missionen“ für die katholischen Migrantengruppen, die Beratung durch die Wohlfahrtsverbände, die „Gastarbeiterprogramme“ der Rundfunkanstalten, die Deutschkurse des Sprachverbandes Deutsch (Oltmer et al. 2012). All dies war allerdings vor allem im Bereich der Kirchen und Wohlfahrtsverbände mit einem ausgeprägten Paternalismus und mit nationalen und konfessionellen Engführungen verbunden. 1990 haben wir diese paternalistischen Strukturen beschrieben und den

Übergang „Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger“ gefordert (Puskeppeleit/Thränhardt 1990). Einzige Ausnahme waren die Gewerkschaften, in denen zahlreiche Migrantinnen und Migranten Mitglied wurden und allmählich auch in Funktionen gewählt wurden, bis hin zu vielen Betriebsräten und auch Betriebsratsvorsitzenden.

Heute sind Migrantenorganisationen öffentlich anerkannt, zumindest prinzipiell. Bei migrationspolitischen Fragen berichten die Medien nicht mehr vorrangig über die Stellungnahmen von Bischöfen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, wie das lange Zeit der Fall war. Migrantenvertreter sind auf den „Integrationsgipfeln“ bei der Bundeskanzlerin und in der „Islamkonferenz“ des Innenministers vertreten. Die „Türkische Gemeinde“ erzielte 2007 einen Durchbruch in der öffentlichen Aufmerksamkeit, als sie eine Einladung der Bundeskanzlerin zum ersten Integrationsgipfel gemeinsam mit DITIB und der Föderation türkischer Elternvereine ablehnte, weil die Bundesregierung gleichzeitig ohne jegliche Konsultation Sprachtests beim Familiennachzug für Türkinnen und Türken und andere Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger durchgesetzt hatte (Musch 2011: 242). Kontroversen beleben offensichtlich das Geschäft. In ihrem neuen Integrationsbericht hebt die Bundesregierung die Bedeutung der Migrantenorganisationen besonders hervor:

„Migrantenorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure der Integration sein. Das gilt beispielsweise für Fragen des Spracherwerbs, des bürgerschaftlichen Engagements, des frühen Besuchs von Kindertageseinrichtungen und der Elternbeteiligung. Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.“

(Die Beauftragte 2012: 28)

Wir beobachten also einen Umschlag von der Nichtwahrnehmung zu großer Beachtung. Mittlerweile werden die Migrantenorganisationen auch zum Handeln aufgerufen, wenn es Probleme gibt und sie werden für „ihre“ Gruppen verantwortlich gemacht. Gleichwohl werden vor allem muslimische Gruppen immer noch mit einem gewissen Unbehagen betrachtet und sind dem Vorwurf ausgesetzt, sie bildeten „Parallelgesellschaften“.

2. Distanz und Interesse: die wissenschaftliche Betrachtung

Die wissenschaftlichen Debatten spiegelten vielfach die frühere Distanz und die neue Euphorie wider. Jahrzehntlang wurde in der soziologischen Literatur immer wieder auf die „Elwert-Esser-Kontroverse“ Bezug genommen, in der Elwert (1982) idealtypisch die Idee einer eher isolierenden „Binnenintegration“ als Zwischenschritt zu späterer gesellschaftlicher Integration beschrieb, während Esser (1986) darin die Gefahren von Selbstethnisierung, Isolation und Mobilitätsdefiziten sah. Auch Heckmann (1998) beschrieb die „Gefahr einer ethnischen Selbstgenügsamkeit, die ein für das Aufbrechen ethnischer Schichtung und für soziale Mobilität notwendiges Aufnehmen außerethnischer Kontakte ... behindert.“ Diehl et al. (1998: 55f.) tendierten ebenfalls dazu, Migrantenorganisationen eine abschottende Wirkung zu attestieren, obwohl die Daten ihrer Sekundäranalyse das nicht hergaben. Kalter (2003) resümierte in seiner empirischen Mannheimer Fußball-Studie „Chancen, Fouls und Abseitsfallen“ zur Esser-Elwert-Kontroverse: „(W)elche der Mechanismen sich durchsetzen werden, hängt nicht zuletzt von den spezifischen Randbedingungen des betrachteten Systems ab.“ Er zeigte, dass die Organisation in besonderen Vereinen dann besonders vorteilhaft ist, wenn es Diskriminierungen gibt. In seinen statistischen Berechnungen treten sehr unterschiedliche Effekte auf. Überwiegend sind sie nicht intentional diskriminierend, sondern eher auf Begleitumstände zurückzuführen, die in komplexer Weise zusammenspielen. Immerhin stellte

er aber auch fest, dass es am Anfang des 21. Jahrhunderts noch Zugangs-Schwierigkeiten für Migrantinnen und Migranten gab. Dies mag sich mit abnehmenden Geburtenzahlen, großer Popularität von Spielern wie Özil, Boateng und Ballack und den integrativen Kampagnen der Sportverbände allerdings inzwischen geändert haben.

Die ganze Kontroverse beruhte allerdings auf der Annahme, Vereine mit Herkunftsbezug hätten isolierende Wirkung. Dafür gibt es in dieser Allgemeinheit keinen Beweis. Empirische amerikanische Forschungen haben die Annahme widerlegt, die lange auch in den USA den Diskurs geprägt hat (Guarnizo et al. 2003, ähnlich Moya 2005). Vielmehr haben die jeweiligen Vereinseliten in vielen Fällen Kontakte zu anderen Organisationen und können damit vermittelnde Funktionen für ihre Mitglieder übernehmen. In der klassischen Wahlanalyse sind solche Effekte in der amerikanischen Gesellschaft als „two-step flow of communication“ beschrieben worden: Informationen gehen zunächst an Schlüsselpersonen in sozialen Feldern und werden dann weitergegeben (Berelson et al. 1954).

Die Essersche Hypothese von der Unvermeidbarkeit der Assimilation beruht zudem auf der Idee, dass Einwanderergruppen weniger soziales Kapital hätten als die einheimische Gesellschaft. Das ist insgesamt für die meisten Gruppen richtig, berücksichtigt aber nicht die gesellschaftliche Differenzierung. Empirisch ist gesichert, dass Migrantinnen und Migranten intensivere Netzwerke unterhalten als die einheimische Unterschicht, die unter „Netzwerkverarmung“ leidet, unter anderem wegen unstabilerer Familienverhältnisse (Laubstein 2013: 17). Von daher sind formelle und informelle Netzwerke für die Integration im Allgemeinen förderlich. In ihnen werden Informationen weitergegeben und Orientierungen ausgetauscht. Die Adaption an die neue Umgebung wird erleichtert. In solchen Netzwerken kann aber auch soziale Kontrolle aufrechterhalten werden. Zudem endet die Welt nicht an nationalen Grenzen und die Aufrechterhaltung

transnationaler Verbindungen birgt auch Chancen (dazu Abschnitt 6).

Inzwischen gibt es ein breites Spektrum an Forschungsergebnissen, aus denen hervorgeht, dass

- in Deutschland eine große Vielfalt von Migrantinnenorganisationen existiert;
- viele Migrantinnen und Migranten sowohl in allgemeinen deutschen als auch in speziellen herkunftsbezogenen Organisationen aktiv sind;
- diese sich hauptsächlich mit Religion, Sport, Kultur und Integration beschäftigen, nicht aber mit der Arbeitswelt;
- die Organisationen überwiegend herkunfts-homogen zusammengesetzt sind, in wachsendem Maße aber auch herkunfts-heterogen, also in ihrem Inneren divers;
- die Organisationsneigung ebenso wie die Organisationseffizienz zwischen den verschiedenen Einwanderungsgruppen sehr stark variiert und
- es starke regionale Unterschiede gibt, die mit der Offenheit der Länder und Kommunen für die Partizipation von Migrantinnen und Migranten zusammenhängen.

Schon eine lokale Untersuchung der Aktivitäten in der Stadt Münster 1981 hatte ein sehr komplexes Bild ergeben (Breuer/Thränhardt 1981) und deutlich gemacht, dass eigenständige Migrantinnenorganisationen Bedürfnisse abdecken, die die Betreuungseinrichtungen nicht erfassen können. Weitere regionale Untersuchungen haben dieses Bild erweitert und gezeigt, dass sich der Formenreichtum beträchtlich erweitert hat (Fijalkowski/Gillmeister 1997; Thränhardt et al. 1999). Die erwähnte Gesamterfassung im Jahr 2001 erbrachte die überraschend hohe Zahl von 16.000 Ausländer-Vereinen, davon 11.000 Vereinen, die von Türkeistämmigen gegründet worden waren (Hunger 2005). Im Jahr 2012 waren beim Bundesverwaltungsamt noch 10.346 Vereine registriert, nun allerdings ohne die Vereine von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern.¹ In den Zahlen sind auch nicht die Vereine deutscher Staatsangehöriger mit

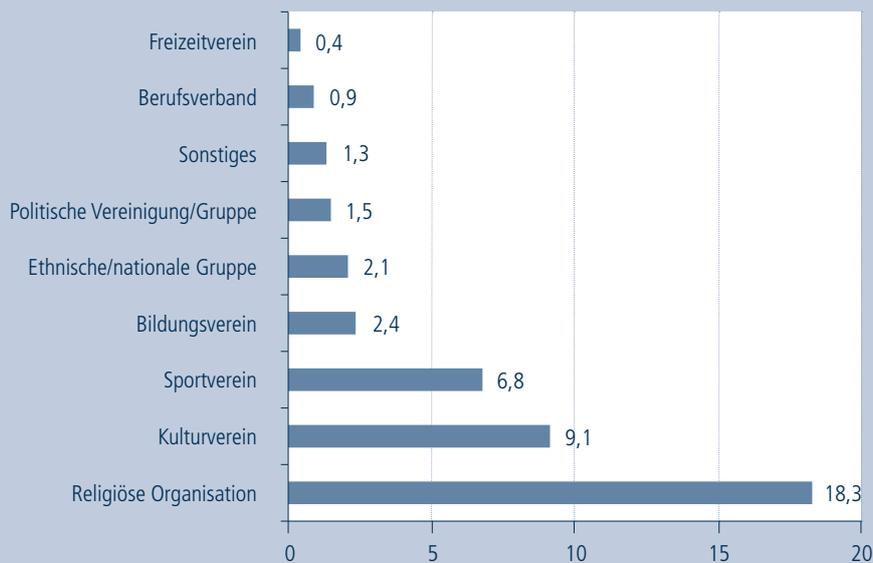
1 Auskunft Bundesverwaltungsamt 2012. Die Vereine von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern werden seit 2002 nicht mehr erfasst.

Migrationshintergrund erfasst. Schließlich haben repräsentative Untersuchungen gezeigt, dass türkeistämmige Menschen sich etwa gleich stark in Vereinen organisieren wie Einheimische. Die

Eigenorganisationen beziehen sich hauptsächlich auf Religion, Kultur und Sport, die allgemeinen Organisationen hauptsächlich auf die Bereiche Gewerkschaften, Sport und Berufsverbände.

Abbildung 1:

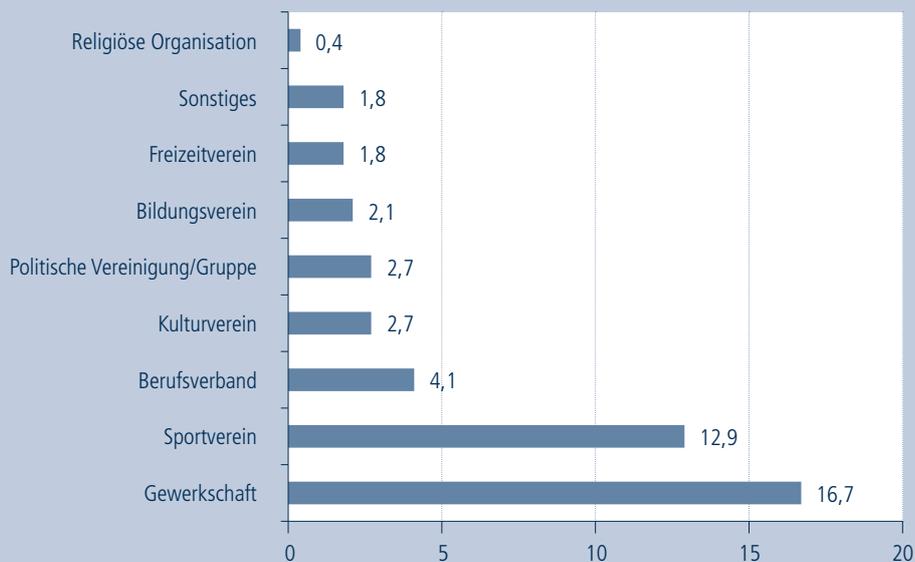
Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung: Migrantenorganisationen



Quelle: Halm/Sauer 2007.

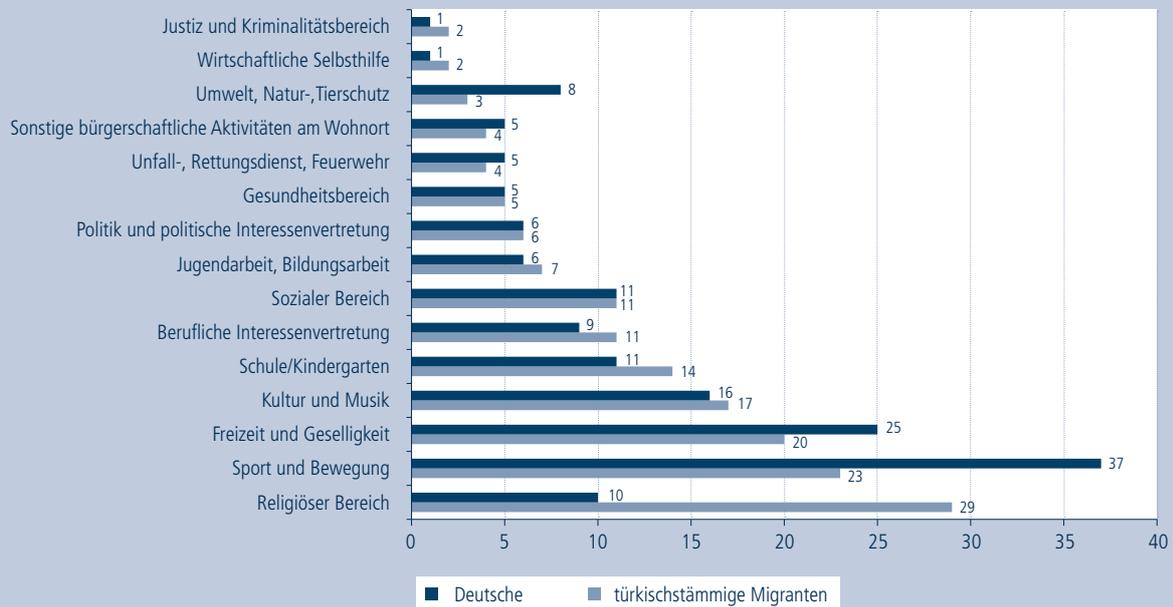
Abbildung 2:

Organisationsbeteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung: Allgemeine Organisationen



Quelle: Halm/Sauer 2007.

Abbildung 3:

Organisationsbeteiligung: Menschen mit Herkunft aus Deutschland und der Türkei im Vergleich

Quelle: Halm/Sauer 2007.

Einzelstudien zu verschiedenen Einwanderergruppen zeigen die spezifischen Profile und Entwicklungen. Beispielsweise zeigt die polnische Gruppe ganz im Gegensatz zur türkischen Gruppe trotz vieler Ansätze wenig Organisationsbereitschaft (Sopart 2000; Nowosielski 2012). Die vietnamesischen Migrantenvereine zeichnen sich durch besondere Betonung der Bildung aus, sie sind aber immer noch durch die Erinnerung an den Vietnam-Krieg zwischen Gegnern und Anhängern des heutigen Staates gespalten (Spiewak 2009). Es gibt ferner eine Reihe interessanter internationaler Vergleiche, vor allem mit der Situation in den Niederlanden, die die unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen und die daraus resultierenden Entwicklungen in den beiden Ländern beleuchten und dadurch das besondere Profil der deutschen Organisationslandschaft klar hervortreten lassen (Vermeulen 2006; Kortmann 2011; Musch 2011). In den letzten Jahren sind weitere spezielle Studien erschienen (Jagusch 2011; Josten 2012).

3. Ein legitimer Teil des bundesdeutschen Pluralismus

Fremdheitsgefühle gegenüber Migrantinnen und Migranten sind charakteristisch für Einwanderungsländer. Sie konzentrieren sich jeweils auf bestimmte Gruppen, die auf Grund kultureller Phänomene oder politischer Spannungen in den Fokus des Interesses geraten. Aktualisierungen des Gefühls der Andersartigkeit müssen nicht mit starken kulturellen Unterschieden zusammenhängen, wie das aktuelle Beispiel der Problematisierung deutscher Einwanderinnen und Einwanderer in der Schweiz zeigt. Solche Gefühle der Fremdheit beruhen auf unrealistischen Vorstellungen über eine soziale und kulturelle Homogenität des Nationalstaats: einmal der Aufnahmegesellschaft, die nicht in ihrem internen kulturellen, sozialen und politischen und ökonomischen Pluralismus wahrgenommen wird, und zweitens der Einwanderergruppen, die ebenso stereotyp als „Ausländer“, „Italiener“, „Türken“ oder neuer-

dings als „Moslems“ betrachtet werden. Dies geschieht in der Alltagswahrnehmung in den Medien ebenso wie im aggressiven xenophoben Diskurs, in dem jeweils eine Gruppe herausgegriffen und problematisiert wird, und auch in einigen Spielarten des Multikulturalismus, etwa wenn von einer „Vielvölkerrepublik“ (Leggewie 1993, 2011) die Rede ist. Denn „Vielvölkerrepublik“ bedeutet ja: „Ihr seid ein Volk, und wir ein anderes.“

Wie schon dieses Beispiel zeigt, ist auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Migration und mit Migrant*innenvereinen nicht frei von normativer Überanstrengung. Das gilt auch für die Diskussionen um Zivilgesellschaft. Bestimmte Einwanderergruppen werden immer wieder als gefährlich betrachtet, je nach Konstellation. Beispielsweise die deutschen Vereine in den USA im Ersten Weltkrieg, die polnischen im Kaiserreich, und heute moslemische Aktivitäten. In derartigen Situationen können sich Diskriminierung und Selbstisolierung aufschaukeln und dann zu extrem antagonistischen Situationen führen, wie wir das etwa aus Nordirland kennen. Schon der Vergleich macht deutlich, dass dies nicht die Situation im Einwanderungsland Deutschland ist.

Ein Wesenselement eines offenen Pluralismus ist die Vorstellung, dass man in unterschiedlichen Sphären unterschiedlichen Gruppen und Organisationen zugehören kann. In der frühen Geschichte der Bundesrepublik wurde das oft am katholischen Arbeiter festgemacht. Er ging in die Kirche, oder zumindest seine Frau ging in die Kirche und die katholische Erziehung der Kinder war selbstverständlich. Andererseits war er Gewerkschaftsmitglied und begann immer mehr sozialdemokratisch zu wählen. Spätestens 1959 akzeptierte die SPD, seit 1966 auch die Katholische Kirche das Phänomen – zum beiderseitigen Vorteil. Heute gilt es ganz entsprechend zur Kenntnis zu nehmen, dass man einen türkischen Migrationshintergrund haben kann, obwohl man nicht religiös ist. Oder dass man in der IG Metall aktiv sein, in Deutschland Sympathien für die SPD und türkeibezogen Sympathien für die AKP Erdogans haben kann, dass es sehr unterschiedliche und komplexe Lebensentwürfe gibt und dass sich das auch in überlappenden Mitgliedschaften, in der

Mitgliedschaft in unterschiedlichen Vereinen und Verbänden widerspiegelt.

Obwohl Ernst Fraenkel, der zentrale Theoretiker des deutschen Pluralismus, seine Vorstellungen nicht nur gegen die faschistischen und kommunistischen Totalitarismen entwickelt hatte, sondern gerade auch im Hinblick auf die Legitimität von Differenzen der Herkunft – auch mit Blick auf das Judentum – (Fraenkel 1973; Buchstein 1992), sind die Leitvorstellungen des Pluralismus und der Partizipation in der öffentlichen Debatte in positiver Weise meist nur auf einheimische Gruppen bezogen worden. Dagegen wurden Eigenorganisationen von Einwanderergruppen vielfach mit dem offenen oder latenten Verdacht der „Desintegration“ belegt und nur wahrgenommen, wenn sie als gefährlich gelten.

Wie der Pluralismus jeweils im Einzelnen ausgeformt wird, hängt von mehreren Bedingungen ab und ist überraschend unterschiedlich gestaltet, je nach Geschichte und Prägung des Aufnahmelandes, des Herkunftslandes, historischen Phasen, Konstellationen und schließlich Aktivitäten sozialer und politischer Unternehmer, die in den existierenden Gelegenheitsstrukturen ihre Initiativen entwickeln. Wie extrem unterschiedlich solche Konstellationen sein können, wird deutlich, wenn wir die gewerkschaftliche und kirchliche Struktur der Migrantengruppen im Kaiserreich und in der Bundesrepublik betrachten. Im Kaiserreich organisierten sich die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet separat, allein ihre Bergarbeitergewerkschaft hatte 45.000 Mitglieder und war stärker als die freien oder die christlichen Gewerkschaften. Kirchlich waren sie dagegen in die örtlichen katholischen Strukturen eingebunden. Der polnischen Sprache wurde dort nur wenig Raum gegeben (McCook 2007: 874f.), der Ritus der Kirche war ohnehin in Latein gehalten.

In der Bundesrepublik ist es genau umgekehrt. Die Gewerkschaften sind die deutsche Organisation, in der sich Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt beteiligen, und andererseits hat die Katholische Kirche in Deutschland große „Nebenkirchen“ (Leuninger 1987) aufgebaut, in denen die Mitglieder lange Zeit relativ

isoliert waren und wenig Berührung mit den Mitgliedern der Hauptkirche hatten. Jenni Winterhagen charakterisiert dies in ihrem Beitrag für die kroatische Einwanderungsgruppe. Dort entwickelte sich ein nationalistisches Klima, getragen von einem heimatbezogenen Klerus, das die Spaltung Jugoslawiens vorwegnahm. Gleichzeitig wirkten die kroatischen „Missionen“ sehr positiv in Richtung funktionale Integration, getragen vom Engagement ihrer Mitarbeiter und der Gemeinden und wegen der Dichte der Gruppenbildung. Dieser Widerspruch entsprach zudem weitgehend der lange Zeit widersprüchlichen deutschen Migrationspolitik, die einerseits die Migrantinnen und Migranten sozial ganz weitgehend gleichstellte, sie aber andererseits nicht als Einwanderinnen und Einwanderer anerkannte und ihre Einbürgerung nicht anstrebte.

Herkunft, Herkunftssprache und Ethnizität sind Teile des offenen Pluralismus. Für die Einwanderergeneration ist es lebensgeschichtlich vielfach wichtig, mit Angehörigen der gleichen Wanderungsgruppe in Kontakt zu sein, um sich zu orientieren, um zu lernen und um den Wandel gemeinsam organisieren und emotional bewältigen zu können. Für spätere Generationen stellt sich die Situation anders dar. Sie werden andere Vergemeinschaftungsformen wählen, wenn sie sich in der Gesellschaft und ihren Gruppen aufgenommen fühlen und sich mit ihnen identifizieren. Sie werden an Einwanderervereinen festhalten und sie verändern, wenn sie in besonderen gesellschaftlichen Nischen verbleiben. Dann können Assimilationsprozesse mehrere Generationen in Anspruch nehmen, ganz ausbleiben oder es kann zu neuen Separationsformen kommen. Ideelle Ziele der Vereinsbildungen und funktionale Wirkungen müssen aber nicht identisch sein.

4. Wo Beteiligung integrativ funktioniert: Gewerkschaften und Betriebsräte

Die Gewerkschaften sind der herausragende Erfolgsfall integrativer Organisation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland – sowohl im Vergleich mit anderen Ländern wie mit ande-

ren Gesellschaftsbereichen. Es ist wichtig, auf diesen Erfolg hinzuweisen, weil er die Möglichkeiten und Effekte voller Integration aufzeigt. Gleichzeitig können aus dem Vergleich heraus auch die Diskrepanzen in anderen Feldern beleuchtet werden. Die Gewerkschaften haben sich im wohlverstandenen Eigeninteresse rasch darum bemüht, Migrantinnen und Migranten als Mitglieder zu gewinnen und sie in die Tarifsysteme zu integrieren. In den Arbeitskämpfen der 1960er und 1970er Jahre zeigte sich ein starkes Engagement der Migrantinnen und Migranten, die zudem überproportional in streikrelevanten Arbeitsplätzen beschäftigt waren (Surkemper 1983). Die Mitgliederwerbung der Gewerkschaften war so erfolgreich, dass die Organisationsraten der Ausländerinnen und Ausländer nach wenigen Jahren höher lagen als die der deutschen Staatsangehörigen. Diese hohe Organisationsrate hängt zwar auch damit zusammen, dass die Anwerbe-Ausländer schwerpunktmäßig als Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie und im Bergbau tätig waren und sind, also in Bereichen, in denen die Organisationsraten traditionell hoch sind. Gleichwohl ist sie bemerkenswert, denn in Nachbarländern wie der Schweiz und den Niederlanden konnte dieses Ausmaß an Integration nicht erreicht werden (Penninx/Roosblad 2001).

1972 beschloss der Bundestag zudem einstimmig, allen ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das volle aktive und passive Wahlrecht bei der Wahl zu den Betriebsräten einzuräumen. Nach einer gewissen Anlaufzeit wurden daraufhin auch immer mehr ausländische Staatsangehörige in die Betriebsräte gewählt. In Betrieben, in denen Ausländerinnen und Ausländer bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten nicht berücksichtigt wurden, stellten diese bald eigene Listen auf. Dies ist etwa bei Ford Köln zu einer Tradition geworden, obwohl auch auf der Liste der IG Metall Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund stehen. In anderen Betrieben, so etwa bei Volkswagen, gelang es den Gewerkschaften durch die Jahrzehnte hindurch, die Ausländerinnen und Ausländer in ihre Listen einzubinden (Hinken 2013). Betriebsangehörige ausländischer Herkunft wur-

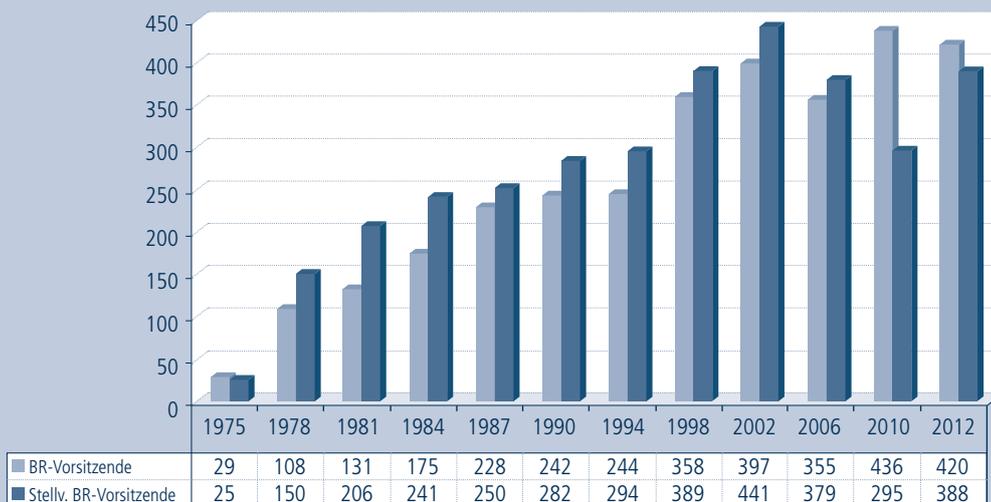
den über die Jahre auch immer mehr zu Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden von Betriebsräten gewählt. Sie genossen also nicht nur das Vertrauen ihrer Landsleute, sondern der gesamten Belegschaft. Nur in diesen Funktionen haben Einwanderinnen und Einwanderer in breitem Maße Leitungsfunktionen übernehmen können (Abb. 4). Dieser Erfolg ist singulär und findet keine Parallele in anderen Lebensbereichen. Betriebsräte haben den gesetzlichen Auftrag, für Gleichbehandlung in den Betrieben zu sorgen. Sie haben gemeinsam mit den Unternehmen auch in kritischen Phasen das Übergreifen von Ausländerfeindlichkeit auf die Betriebe verhindert. Umfragen zeigen, dass die Migrantinnen und Migranten hohes Vertrauen zu den Betriebsräten haben und sich von ihnen vertreten fühlen. Betriebsräte haben auch Mitspracherechte bei personellen Umsetzungen und bei Kündigungen. All dies gilt allerdings nur für die tariflich Beschäftigten und nicht für das Führungspersonal der Unternehmen, in dem sich wenige Migrantinnen und Migranten finden.

Ende 2012 hatte die IG Metall 189.562 Mitglieder mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit, das waren 8,4 Prozent aller Mitglieder. In der Metall- und Elektroindustrie gab es 3.037 Betriebsräte mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, das waren 8,1 Prozent aller Betriebsräte. In 421 Metallunternehmen war der Betriebsrats-Vorsitzende ein Ausländer, in 385 der stellvertretende Vorsitzende. Das entsprach 4,1 bzw. 4,8 Prozent aller Vorsitzenden bzw. Stellvertreter. Ähnliche Zahlen findet man bei den beiden anderen großen Gewerkschaften IG Bergbau-Chemie-Energie und ver.di.²

Zugrunde lagen diesen Erfolgen gemeinsame Interessen, Entscheidungen für die Öffnung der Organisationen, die Idee der Solidarität aller Beschäftigten und die Erfahrung gemeinsamer Aktionen und Erfolge. Betriebsanalysen zeigen „Kollateralität trotz Differenz“ (Schmidt 2006). Auch die Rekrutierung von Nachwuchs orientiert sich stark an der Betriebszugehörigkeit der Eltern und nicht an der Herkunft oder Staatsangehörigkeit (Hinken 2001). Eine derartige Öffnung, Anerken-

Abbildung 4:

Betriebsratsvorsitzende und stellv. Vorsitzende ausländischer Herkunft im IG-Metall-Bereich 1975-2012



Quelle: IG Metall.

2 Auskünfte IG Metall, IG Bergbau-Chemie-Energie und ver.di. Die DGB-Gesamtstatistik zu den Betriebsräten mit höheren Werten reicht nur bis 1998.

nung, Interessenidentität und gemeinsame Aktionserfahrung gibt es in keinem anderen Gesellschaftsbereich.

5. Ergebnisse erzielen

In anderen Gesellschaftsbereichen waren die Migrantinnen und Migranten darauf angewiesen, selbst für sich zu sorgen. Das gilt vor allem für den Bildungsbereich, in dem Migrantenkinder ebenso wie einheimische Kinder strukturell benachteiligt sind (Geißler 2012). Hier haben sich Elternorganisationen gebildet und man kann nachweisen, dass gut organisierte und vernetzte Elterninitiativen positive Effekte gehabt haben, während Kinder aus Gruppen ohne derartige Initiativen wenig erfolgreich waren. Inzwischen konnten diese Effekte über Jahrzehnte beobachtet und analysiert werden, und auf Grund des Zeitablaufs ist es sogar möglich, sie mit den Mitteln historischer Forschung nachzuvollziehen.³

Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen entwickelten sich die Bildungserfolge in den verschiedenen Einwanderergruppen extrem unterschiedlich. Während die Kinder von Spanierinnen und Spaniern, Griechinnen und Griechen und Kroatinnen und Kroaten gute Bildungserfolge erzielten, waren die Erfolge von Italienerinnen und Italienern, Türkinen und Türken und Albanerinnen und Albanern sehr begrenzt. Bis heute verzeichnen die Statistiken für italienische Kinder extrem hohe Sonderschulwerte (Thränhardt 2011; Pichler 2010). Obwohl dies nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch von exakt recherchierenden Journalisten beschrieben worden ist (Spiewak 2008), ist es im öffentlichen Diskurs nicht angekommen, weil es den zur Zeit gängigen Vorurteilen widerspricht.⁴

Spanierinnen und Spanier und Griechinnen und Griechen haben sich kurz nach ihrer Einwanderung intensiv organisiert, die Spanischen Elternvereine mit Unterstützung der Katholischen Kirche mit explizit integrativem Programm, die „Griechischen Gemeinden“ eher isolierend und heimatbezogen. Ähnlich erfolgreich waren die Kinder der kroatischen Einwanderinnen und Einwanderer auf der Grundlage einer intensiven Durchdringung der Community durch die kroatischen „Missionen“ mit nationalkatholischer Ideologie und starkem Bildungswillen (Winterhagen in diesem Band). Insgesamt kann man schließen, dass hohe Mitgliederzahlen, Gemeinschaftsbildung, Orientierung und Lebenshilfe dazu führen, dass Bildungserfolge erreicht werden können. Die Bildungserfolge wirkten sich auch auf die langfristige Gesamtsituation der unterschiedlichen Gruppen aus. Das belegen viele Vergleichsdaten, so etwa die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit verschiedener Gruppen (SVR 2013: 105).

Tabelle 1:

Schüler in Sonderschulen und Realschulen/ Gymnasien 2002 (%)⁵

	Sonderschule	Realschule/ Gymnasium
Kroaten	5,9	58,7
Spanier	7,7	54,3
Portugiesen	11,8	36,8
Italiener	14,3	30,7

Quelle: BMBF 2004.

³ Victor Sevillano Canicio, University of Windsor, arbeitet an einer Analyse anhand der Akten der spanischen Regierung, deutscher Bundesländer und der spanischen Elternvereine.

⁴ Ein Musterbeispiel für dieses „Vergessen“ von Fakten entlang der Vorurteile findet sich bei Sarrazin (2011). Während er auf Seite 62 richtig erwähnt, dass italienische Kinder geringe Schulerfolge haben, schreibt er dann auf Seite 235 das Gegenteil, nämlich dass „ausschließlich Migranten aus den moslemischen Ländern“ Probleme machten. Ähnlich auf Seite 260. Dies ist dann in den allgemeinen Diskurs eingegangen.

⁵ Die Ergebnisse für 2002 werden hier referiert, weil die Kultusministerkonferenz anschließend die entsprechenden Statistiken nicht mehr fortgeführt hat. Es gibt noch keine offiziellen Gesamtstatistiken mit der aktuellen Definition von Schülerinnen und Schülern mit „Migrationshintergrund“, allerdings regionale Auswertungen und Befragungsdaten, die dieselben Differenzen zeigen, wie sie in der Tabelle von 2002 zum Ausdruck kommen (Pichler 2010; Thränhardt 2011).

Orientierung und Lebenshilfe ist im deutschen Halbtagsschulsystem nötig: in der Hausaufgabenhilfe und Nachmittagsbetreuung. In den letzten Jahren ist die Gülen-Bewegung in dieser Richtung sehr aktiv geworden, sie baut Schulen auf und erzielt zum Erstaunen deutscher Medien Bildungserfolge. Auch andere Organisationen wie Sportvereine, Moscheegemeinden und alevitische Gruppen bringen sich verstärkt ein (Spiewak 2010; Agai 2010).

6. In der offenen Welt

Migrantenvereine sind in der Gesellschaft und auch in der Literatur lange Zeit nur in Bezug auf ihre Anpassungsfähigkeit in der deutschen Gesellschaft betrachtet worden, also in Bezug auf ihre assimilative Kompetenz. Wimmer und Glick Schiller haben diese Einstellung 2002 als „methodological nationalism“ kritisiert. Sie kritisieren, dass in dieser Perspektive alles unbeachtet gelassen oder sogar als defizitär beurteilt wird, was mit dem Heimatstaat zu tun hat. Das gilt auch ganz weitgehend für die Diskussion in Deutschland, auch in Verbindung mit Grundeinstellungen, die alles „Westliche“ als wertvoll und vorbildlich werten und alles, was aus den Einwanderungsländern kommt, als geringwertig und defizitär hinstellen. Damit werden Kompetenzen ausgeblendet, die sich auf mehrere Länder beziehen. Das bezieht sich auf Mobilität ebenso wie auf Vereinsbildung und soziales Kapital. Schon beim Vergleich der verschiedenen Einwanderungsgruppen nach dem Anwerbestopp 1973 war aufgefallen, dass die am besten integrierte Gruppe der Spanierinnen und Spanier gleichzeitig die höchsten Rückwanderungswerte hatte. Zwischen 1973 und 1989 verminderte sich ihre Zahl in Deutschland um 56 Prozent, während gleichzeitig die der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt um 22 Prozent anstieg (Thranhardt 1996: 45). Offensichtlich waren die Mitglieder dieser Gruppe sowohl im Herkunftsland wie im Aufnahmeland am besten fähig, Fuß zu fassen und sich zu orientieren. Integration ist also kein Null-Summen-Spiel zwischen zwei Ländern, sondern die Adap-

tion in einem Land kann sich positiv auch auf die Adaption in einem anderen auswirken.

In Reaktion auf die traditionelle nationale Beschränktheit des Diskurses ist vor allem in den USA eine „transnationale“ Forschungsperspektive entwickelt worden, die den Migrantengemeinschaften zuschreibt, in „postnationaler“ Weise den Nationalstaat zu transzendieren. Das ist sicherlich unreal und romantisch, denn die mexikanischen Emigrantinnen und Emigranten in den USA, um die es in den meisten Studien geht, versuchen mit ihren bescheidenen Mitteln, Defizite auszugleichen, die in anderen Ländern selbstverständliche Staatsfunktionen wären (Fitzgerald 2009; Bommes 2010). Gleichwohl müssen bei der Beurteilung von Migrantinnen und Migranten und von Migrantenvereinen Perspektiven über das Aufenthaltsland hinaus berücksichtigt werden. Das kann Entwicklungshilfe bedeuten, wie in dem Beitrag von Menderes Candan im vorliegenden Band anschaulich wird. Es kann Solidarität mit bedrängten Glaubensbrüdern bedeuten, denen man aus der Atmosphäre eines Landes mit Religionsfreiheit beim „coming out“ helfen kann, wie es im Beitrag von Handan Aksünger deutlich wird. Es kann sich auch auf Karriereperspektiven beziehen, etwa die von Fußballspielern. Sie können von ihrem Verein aus nicht nur in deutsche Klubs wechseln, sondern auch in türkische, und selbstverständlich auch in Vereine dritter Länder. Für türkeistämmige junge Menschen gibt es heute angesichts des Aufschwungs der türkischen Wirtschaft eine Menge zusätzlicher Karrieremöglichkeiten, unter anderem bei deutschen Unternehmen, die in großer Zahl in der Türkei investieren. Wenn diese Unternehmen in Deutschland ausgebildete Spezialisten einstellen, die beide Sprachen beherrschen und sich in beiden Ländern auskennen, kann die ersehnte „triple win“ Situation eintreten: Vorteile für das entsendende Land, das Zielland und für die Beschäftigten selbst (Globale Kommission 2005).

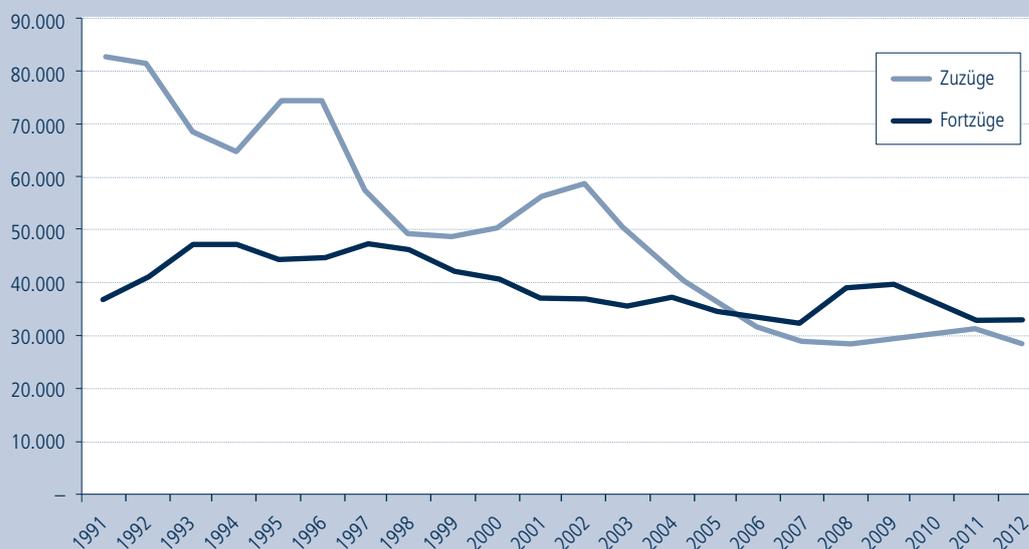
Leider werden Wanderungen sowohl in der einen wie in der anderen Richtung meist als Horror-Szenarien dargestellt. Merkwürdigerweise gibt es auf der einen Seite immer noch die Vorstellung einer türkischen Masseneinwanderung, obwohl

inzwischen die Türkei zum zweitwichtigsten Netto-Auswanderungsland für Deutschland geworden ist.⁶ Andererseits gibt es die Schreckensvorstellung einer massiven Auswanderung der türkischstämmigen Elite aus Deutschland, obwohl das Ausmaß der Hin- und Herwanderungen insgesamt immer kleiner wird (Abb. 5). Selten werden die Entwicklungen ohne Angstgemälde dargestellt (Aydin 2013).

Liegen die Migrationen länger zurück, wie dies bei den Anwerbungen 1955-73 und den anschließenden Familienzusammenführungen der Fall ist, so vermindern sich die Zahl der Hin- und Herwanderungen, falls sich nicht neue Wanderungsgründe ergeben. Von daher werden auch die menschlichen und verbandlichen Bindungen schwächer. Auch wenn Vereine und Verbände nach wie vor besondere Beziehungen zum jeweiligen Herkunftsland aufrechterhalten, werden sich die Beziehungen aber verändern und neu

strukturieren, je nach den Entwicklungen und Bedürfnissen der unterschiedlichen Gruppen. Insbesondere werden sie spezifischer werden, wenn es statt allgemein herkunftsbezogener Vereine immer mehr Organisationen gibt, die vor allem bestimmten Zwecken dienen: Religion, Sport, Kultur, Beruf, Wissenschaft oder anderes. Kommt es außerdem zu allmählicher struktureller Angleichung, werden die Beziehungen immer stärker gleichberechtigt sein, auch wenn der historische Hintergrund nach wie vor eine Rolle spielt. Andererseits ist zu erwarten, dass sich die von Migrantinnen und Migranten gegründeten Vereine immer stärker funktional in die nationalen Strukturen des Einwanderungslandes einbringen und sich auch mitgliedermäßig öffnen. Die Umbenennungen von Fußballvereinen, die zunächst türkische Namen trugen und sich später nach einem Stadtteil oder einer Stadt benannten, sind dafür sprechende Beispiele.

Abbildung 5:

Wanderungen zwischen Deutschland und der Türkei seit 1991

Quelle: <http://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html>.

⁶ Zuweilen gehen die Darstellungen bis ins Groteske. So schlägt Wehler (2013, Kapitel 10) einen „Türkenpfennig“ wie im 16. Jahrhundert vor und behauptet, alle Migrationsprobleme hätten mit Einwanderung aus der Türkei zu tun, die ständig weitergehe. Als Beleg führt er ausschließlich seine eigenen türkeikritischen Aufsätze an. Der Auswanderungsüberschuss seit 2006 scheint ihm unbekannt zu sein.

7. Forschungsperspektiven

Alle Vereine – einheimische wie migrantische – befinden sich ständig in einem Prozess der Adaption, des Abarbeitens von Problemen, der Neudefinition von Zielen, der Aufnahme neuer Ideen. Sie müssen sich dabei mit ihrer jeweiligen Umwelt und den Eigengesetzlichkeiten ihres Organisationsfeldes auseinandersetzen. Beispielsweise: Wie erreichen wir Bildungserfolge für unsere Kinder im gegebenen Schulsystem? In diesen Prozessen des Abarbeitens und Neuerfindens entsteht Neues. Die Zivilgesellschaft arbeitet, in Kooperation ebenso wie in Konflikten. Um erfolgreich zu sein, müssen Vereine vielfältige Kontakte aufbauen, Zusammenarbeit initiieren und sich zusammenschließen. Sie können sich bemühen, ihre Mitgliedschaft zu erweitern oder zu verändern, um ihre Ziele besser zu erreichen. Es gibt Vereine, die nach der Lösung generationsspezifischer Probleme an Bedeutung verlieren und sich auflösen. Andere transformieren sich und werden zu einem permanenten Element des Pluralismus im Einwanderungsland, etwa indem sie eine neue Religionsgesellschaft aufbauen. Wie langfristig solche Prozesse angelegt sein können, macht ein Blick in die USA deutlich. Dort haben sich in den 1960er Jahren lutherische Kirchen unterschiedlicher Herkunft vereinigt – nach 200 Jahren getrennter Existenz in den verschiedenen Traditionen aus Deutschland, Norwegen, Schweden etc. Immer noch existieren aber mehrere lutherische Kirchen in den USA.

Transnationalität prägt unser Leben im Zeitalter der Globalisierung ganz allgemein – kulturell, sozial, politisch, ökonomisch. Man denke nur an die europaweiten Erfolge der „Grünen“, die in Deutschland gegründet wurden, und der „Piraten“, einer schwedischen Erfindung. Bei Migrantenvereinen kann Transnationalität sehr unterschiedliche Gesichter haben. Sie können sich angesichts eines versagenden Staates auf Hilfsmaßnahmen für das Heimatdorf konzentrieren, wie das für viele mexikanische Gemeinschaften in den USA typisch ist. Der mexikanische Staat hat das später aufgegriffen. Sie können eine transnationale Institution des Herkunftslandes in das Einwanderungsland verlängern oder kulturelle

Formen und Einrichtungen exportieren und dort einbürgern. Diese Prozesse können auch in entgegengesetzter Richtung stattfinden oder es können sich aus dem Zusammenwirken von Gruppen in mehreren Ländern Dynamiken entwickeln. Diese Phänomene treten in vielen unterschiedlichen Ausformungen auf. Insgesamt sind sie aber Teil der Globalisierungsprozesse, die voranschreiten und die Migrantinnen und Migranten ebenso betreffen wie Einheimische, biographisch allerdings intensiver.

Mit dem Konsens über Integration, der sich seit 2005 herausgebildet hat, mit Integrationsgipfeln, Islamkonferenzen und 50-Jahr-Feiern zur türkischen Einwanderung haben die Beziehungen zwischen Einwandererorganisationen und Gesellschaft und Politik in Deutschland ein neues Stadium erreicht. Die Migrantenvereine und -verbände sind aus dem Schatten der Aufmerksamkeit herausgetreten, werden in den Medien beachtet und nehmen am öffentlichen Diskurs teil. Es ist inzwischen müßig, die Frage zu stellen, ob es Migrantenvereine geben soll oder nicht. Sie sind ein „fact of life“ und gehören zu einer Einwanderergesellschaft – in Deutschland ebenso wie in den USA, in Kanada, Israel oder in den Niederlanden. Zu analysieren ist vielmehr, welche Ziele, welche Wirkungen, welche Organisationskraft sie haben, wie sie mit der Gesamtgesellschaft und der Politik interagieren, warum einige von ihnen ihren Gruppen nützen und sie in die Mitte der Gesellschaft bringen und andere nicht und ob und wie ihre ideellen Grundlagen und ihre Programmatik mit ihren Wirkungen zusammenhängen.

Die Analyse kann nicht länger auf den „Container“ des Nationalstaats beschränkt werden, wie es in der nervösen europaweiten Debatte um „Integration“ geschieht. Migrantinnen und Migranten und Migrantenvereine werden von den Herkunftsstaaten beeinflusst, sie können aber auch als Akteure auftreten und auf die Herkunftsstaaten zurückwirken. Einige unserer erfolgreichsten Migrantenvereine – beispielsweise die Griechischen Gemeinden – sind in Opposition zu den undemokratischen Regimen der Herkunftsstaaten entstanden. Migrantinnen und Migranten senden nicht nur Geld in ihre

Herkunftsländer zurück, sie betreiben dort auch Entwicklungsprojekte. Der Sport oszilliert inzwischen in immer neuen Variationen zwischen der Kultivierung von Gruppengefühlen vieler Art und komplexen internationalen Zusammenhängen.

Bürgergesellschaft lebt vom gemeinschaftlichen Engagement, organisiert in Vereinen, Verbänden, Parteien und informellen Gruppen. Es ist faszinierend, dass die nach Deutschland gekommenen Einwanderinnen und Einwanderer schnell begonnen haben, sich die Muster deutscher Vereinsbildung anzueignen, „Vereinsmeier“ zu werden, auch wenn sie aus Ländern gekommen sind, in denen der Staat Vereinsbildung unterdrückt hatte. Vereinsbildung bedeutet Intensivierung und Formalisierung sozialer Beziehungen. Diese können unstrittig und in der Gemeinde unkontrovers sein, wie die Freiwillige Feuerwehr. Meist beziehen sie sich aber auf bestimmte Gruppen, und zwar nach sehr unterschiedlichen Kriterien: Geschlecht, Weltanschauung, soziale Schicht, Lebensformen, kulturelle Ziele und Aktivitäten, Sport und andere Freizeitgestaltungen und vieles andere mehr. Dies bedeutet zugleich Pluralisierung und Unterschiedlichkeit, Wettbewerb und auch Selektivität. In der offenen Gesellschaft entsteht damit ein Wettbewerb der Interessen und Lebensformen, die mit den Vereinen leben, blühen und auch vergehen und auf diese Weise gesellschaftlichen Wandel auslösen, ebenso wie die Politik, die Medien und die Wirtschaft.

Die Forschung wird sich in Zukunft in ihren Fragestellungen immer mehr ausdifferenzieren müssen. Einmal verändert sich die Migrationslandschaft in Deutschland. Die neue Einwanderung ist zwar wieder stärker europäisch geprägt (SVR 2013), sie kommt aber weniger aus den traditionellen Anwerbeländern, sondern eher aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Und soweit die neue Einwanderung aus Italien, Spanien und Griechenland stammt, hat sie eine andere soziale Zusammensetzung als die früheren Wanderungen. Es geht jetzt eher um gut ausge-

bildete Zuwanderinnen und Zuwanderer. Dies wird auch die zukünftige Vereinsbildung prägen. Allem Anschein nach neigen diese Einwanderinnen und Einwanderer weniger zu Gruppenbildung und sind eher individualistisch geprägt.

Eine weitere Fragestellung ist der funktionale Wandel von Organisationen, sei es ihre funktionale Ausdifferenzierung, beispielsweise mit Hausaufgabenhilfen in Moschee- und Fußballvereinen, sei es ihre Professionalisierung, sei es die Adaption an die deutsche Umgebung mit ihren historisch gewordenen Strukturen. Dies ist eine besondere Herausforderung im religiösen Bereich, der in Deutschland sehr spezifische historisch gewachsene Strukturen aufweist, mit einer großen Nähe staatlicher und kirchlicher Strukturen, von der Kirchensteuer über die staatliche Bezahlung der bayerischen Bischöfe bis zu Religionsunterricht, der starken Position der Kirchen im karitativen und sozialen Bereich und der formalen Kirchenmitgliedschaft. Eine besondere Rolle im Verbandswesen spielt der Paritätische Wohlfahrtsverband, der auf Grund seiner Struktur als Dachverband besonders geeignet ist, unterschiedliche Vereine aufzunehmen, sie zu beraten und zu informieren und als Spitzenverband zu vertreten (vgl. den Beitrag von Ercüment Toker). Im deutschen System der weitgehend staatsfinanzierten sozialen Dienste ist auch die Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen ein wichtiges Thema. Hier ist Symmetrie zu fordern: Alle Religionen müssen gleich behandelt werden, auch wenn sie historisch unterschiedlich in Deutschland verankert sind. Gleiches gilt für alle anderen Lebensbereiche. Auch in Bezug auf die Förderung von Vereinen und Verbänden ist zunächst Gleichberechtigung zu fordern, Sonderförderung sollte es nur übergangsweise geben (vgl. den Beitrag von Karin Weiss). Das gilt auch für die Integrationsprojekte und -maßnahmen. Erst wenn diese Gleichbehandlung selbstverständlich geworden ist, wird der lange Weg von der Nichtbeachtung zur Anerkennung beendet sein.

Literatur

- Agai, Bekim 2010: Die Arbeit der Gülen-Bewegung in Deutschland: Akteure, Rahmenbedingungen, Motivation und Diskurse, in: Homolka, Walter et al. (Hrsg.): *Muslime zwischen Tradition und Moderne*, Freiburg, S. 9-55.
- Aydin, Yasar 2013: „Transnational“ statt „nicht integriert“. Abwanderung türkeistämmiger Hochqualifizierter aus Deutschland, Konstanz.
- Aksünger, Handan 2013: *Jenseits des Schweigegebots. Alevitische Migrantenselbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Integration in Deutschland und den Niederlanden*, Münster (in Vorbereitung).
- BAMF 2013: *Migrationsbericht der Bundesagentur für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2011*, Nürnberg.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004: *Grund- und Strukturdaten 2003/04*, Bonn.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*, Berlin, S. 9.
- Berelson, Bernard; Lazarsfeld, Paul F.; McPhee, William 1954: *Voting. A Study of Opinion-Formation in a Presidential Campaign*, Chicago.
- Bommes, Michael 2003: Der Mythos des transnationalen Raumes, oder: Worin besteht die Herausforderung des Transnationalismus für die Migrationsforschung?, in: Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe (Hrsg.): *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*, Wiesbaden, S. 90-116.
- Bommes, Michael 2010: *Migration Research in Germany: The Emergence of a Generalised Research Field in a Reluctant Immigration Country*, in: Thränhardt, Dietrich; Bommes, Michael (Hrsg.): *National Paradigms of Migration Research*, Osnabrück, S. 127-185.
- Breuer, Martin; Thränhardt, Dietrich 1981: Lokale Ausländerveraltung ohne Demokratie und Effizienz – eine Strukturbeschreibung, in: *Neue Praxis, Sonderheft 6*, S. 162-174.
- Buchstein, Hubertus 1992: *Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeptionen und Demokratietheorien sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin*, Baden-Baden.
- Diehl, Claudia; Urbahn, Julia; Esser, Hartmut 1998: *Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: *KfSS 4*, S. 717-731.
- Esser, Hartmut 1986: Ethnische Kolonien, „Binnenintegration“ oder gesellschaftliche Isolation?, in: Hoffmann-Zlotnik, Jürgen (Hrsg.): *Segregation oder Integration? Mannheim*, S. 106-117.
- Fijalkowski, Jürgen; Gillmeister, Helmut 1997: *Ausländervereine – ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration von Zuwanderern in einer Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins*, Berlin.
- Fitzgerald, David 2009: *A Nation of Emigrants. How Mexico Manages Its Migration*, Berkeley.
- Fraenkel, Ernst 1973: *Reformismus und Pluralismus*, Hamburg.
- Geißler, Rainer 2012: Verschenkte Bildungsressourcen durch Unterschichtung und institutionelle Defizite, in: Pielage, Patricia; Pries, Ludger; Schultze, Günther (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft*, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs, Bonn, S. 12-28.
- Global Commission 2005: *Migration in einer interdependenten Welt. Neue Handlungsprinzipien*, Bericht der Weltkommission für internationale Migration, Berlin.
- Guarnizo, Luis; Portes, Alejandro; Haller, William 2003: Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants, in: *American Journal of Sociology* 108 (6), S. 1211–1248.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2007: *Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland*, Wiesbaden.
- Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep (Hrsg.) 2013: *Migration and Organized Civil Society*, Milton Park: Routledge.
- Heckmann, Friedrich 1998: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung, in: *Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwanderungsanteil*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

- Hinken, Günter 2001: Die betriebliche Integration von Arbeitsmigranten in Deutschland. Institutionelle und programmatische Inklusionsofferten innerhalb des „deutschen Modells“, in: Hunger, Uwe; Meendermann, Karin; Santel, Bernhard; Woyke, Wichard (Hrsg.): Migration in erklärten und unerklärten Einwanderungsländern, Münster, S. 167 - 194.
- Hinken, Günter 2013: Partizipative Ausländerintegration im betrieblichen Praxistest: Zwei Fallstudien aus der deutschen Automobilindustrie, Ms.
- Huhn, Daniel; Kunstreich, Hannes; Metzger, Daniel 2011: Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin, Münster.
- Hunger, Uwe 2005: Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: Weiss, Karin; Thranhardt, Dietrich 2005, S. 221 - 244.
- Jagusch, Birgit 2011: Praxen der Anerkennung. „Das ist unser Geschenk an die Gesellschaft.“ Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwischen Anerkennung und Exklusion, Schwalbach: Wochenschau.
- Josten, Daniel 2012: „Die Grenzen kann man sowieso nicht schließen.“ Migrantische Selbstorganisation – zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Ausschluss und Partizipation, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Kalter, Frank 2003: Chancen, Fouls und Abseitsfallen. Migranten im deutschen Ligen-Fußball, Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- KFN 2010: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrung, Integration und Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN, Hannover.
- Laubstein, Claudia 2013: Armut von Kindern und Jugendlichen – Ergebnisse der AWO-Langzeitstudie, in: Migration und soziale Arbeit, 1/2013, S. 12 - 19.
- Koopmans, Ruud; Statham, Paul (Hrsg.) 2000: Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics: Comparative European Perspectives, Oxford: Oxford University Press.
- Kortmann, Matthias 2011: Migrantenselbstorganisationen in der Integrationspolitik. Einwandererverbände als Interessenvertreter in Deutschland und den Niederlanden, Münster.
- Leggewie, Claus 1993: MultiKulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin: Rotbuch.
- Leggewie, Claus 2011: MultiKulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Salzhemmendorf: Blumenfeld.
- Leuninger, Herbert 1987: Eine Nebenkirche oder die Einheit in der Vielfalt? Die Gemeinden der Katholiken anderer Muttersprache in der Bundesrepublik Deutschland, in: Barwig, Klaus; Mieth, Dietmar (Hrsg.): Migration und Menschenwürde. Fakten, Analysen und ethische Kriterien, Mainz, S. 140 - 157.
- McCook, Brian 2007: Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet („Ruhrpolen“) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Bade, Klaus u.a.: Enzyklopädie Migration in Europa, Paderborn/München, S. 870 - 879.
- Menke, Birgit 2011: Einwanderer gründen Schule: Klassik, Kopftuch, Konflikte, in: Spiegel-Online, 14.3.2011.
- Miller, Mark 1981: Foreign Workers in Western Europe, Hartford: Praeger.
- Moya, Jose C. 2005: Immigrants and Associations: A Global and Historical Perspective, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 31, S. 833 - 864.
- Musch, Elisabeth 2011: Integration durch Konsultation? Konsensbildung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden, Münster.
- Naujoks, Daniel 2013: Migration, Citizenship and Development. Diasporic Membership Policies and Overseas Indians in the United States. New Delhi: Oxford University Press.
- Nowosielski, Michał 2012: Polish Organisations in Germany. Their Present Status and Needs, Frankfurt: Lang.
- von Oswald, Anne; Schönwälder, Karen; Sonnenberger, Barbara 2003: Einwanderungsland Deutschland: A New Look at Its Post-War History, in: Ohliger, Rainer; Schönwälder, Karen; Triadafilopoulos, Triadafilos 2003 (Hrsg.): European Encounters. Migrants, Migration and European Societies since 1945, Aldershot, S. 19 - 37.

- Oltmer, Jochen; Kreienbrink, Axel; Díaz, Carlos Sanz (Hrsg.) 2012: Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München.
- Penninx, Rinus; Roosblad, Julia 2002: Trade Unions, Immigration and Immigrants 1960-1993. A Comparative Study of Attitudes and Actions in Seven West European Countries, Amsterdam.
- Pichler, Edith 2010: Junge Italiener zwischen Inklusion und Exklusion, Berlin.
- Puskeppeleit, Jürgen; Thränhardt, Dietrich 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg: Lambertus.
- Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.
- Schmidt, Werner 2006: Kollegialität trotz Differenz. Betriebliche Arbeits- und Sozialbeziehungen bei Beschäftigten deutscher und ausländischer Herkunft, Berlin.
- Sökefeld, Martin 2008: Struggling for Recognition. The Alevi Movement in Germany and in Transnational Space, New York.
- Sopart, Dominic 2000: Polnische Selbstorganisationen in der Bundesrepublik. Reinkarnation mit Geburtswehen, in: Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe 2000, S. 175-218.
- Spiewak, Martin 2008: Nachhilfe aus der alten Heimat. Dass Einwanderer aus Italien bei uns perfekt integriert seien, ist ein Vorurteil. In der Schule schneiden ihre Kinder am schlechtesten ab, in: Die Zeit, Nr. 7, 7.2.2008.
- Spiewak, Martin 2009: Das vietnamesische Wunder, Die Zeit, Nr. 5, 22.1.2009.
- Spiewak, Martin 2010: Die Streber Allahs, in: Die Zeit, Nr. 8, 18.2.2010.
- Surkemper, Klaus-Peter 1983: Deutsche Gewerkschaften und ausländische Arbeitnehmer, in: Sozialarbeit und Ausländerpolitik. Neue Praxis Sonderheft 7, S. 78-95.
- SVR 2013: Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer, Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen.
- Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe 2000: Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Münster.
- Thränhardt, Dietrich 1996: Europe – A New Immigration Continent. Policies and Politics in Comparative Perspective, Münster, 2. Aufl.
- Thränhardt, Dietrich 2000: Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe 2000, S. 15-51.
- Thränhardt, Dietrich 2011: Integration in der pluralistischen Gesellschaft, in: Sieveking, Klaus (Hrsg.): Wechselwirkungen von Migration und Integration im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden, S. 97-196.
- Thränhardt, Dietrich 2011a: Religiöse Pluralisierung im Einwanderungsland Deutschland, in: Ariens, Elke; König, Helmut; Sicking, Manfred (Hrsg.): Glaubensfragen in Europa, Bielefeld, S. 51-70.
- Thränhardt, Dietrich; Diergsweiler, Renate; Sen, Faruk; Aydin, Hayrettin; Jungk, Sabine 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Vermeulen, Floris 2006: The Immigrant Organising Process. The Emergence and Persistence of Turkish Immigrant Organisations in Amsterdam and Berlin and Surinamese Organisations in Amsterdam 1960-2000, Amsterdam.
- Wehler, Hans-Ulrich 2013: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München.
- Weiss, Karin; Thränhardt, Dietrich (Hrsg.) 2005: Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg: Lambertus.
- Wimmer, Andreas; Glick Schiller, Nina 2002: Methodological Nationalism and Beyond: Nation-State Building, Migration and the Social Sciences, in: Global Networks, Vol. 2, S. 301-334.
- Winterhagen, Jenni 2013: Nationalkatholizismus und Integration. Die kroatischen Kirchengemeinden in Deutschland, Diss. Univ. Bremen.

Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung

Karin Weiss

Zusammenfassung

Migrantenorganisationen sind heute als Partner des Staates in der Integrationsarbeit unverzichtbar. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Migrantenorganisationen. Bevor jedoch systematische Ansätze zur Rolle der Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit ebenso wie zu ihrer Förderung entwickelt werden können, muss eine Reihe von Fragen beantwortet werden. So gibt es bis heute keine befriedigende Definition, was eine Migrantenorganisation überhaupt ist. Offen ist auch die Frage der Rolle der Migrantenorganisationen als politische Vertretung ihrer Herkunftsgruppe. Mehrdeutig ist im Weiteren das Verhältnis zwischen der Förderung von Migrantenorganisationen als Interessenvertretung und der Förderung durch Regel- oder Projektförderung für bereichsbezogene Projekte. Ziel muss der gleiche Zugang zu Fördermitteln sein. Eben dieser ist aber heute oft nicht gegeben, zum einen aufgrund von Zugangsbarrieren seitens der Fördermittelgeber, zum anderen, da Professionalität und Qualität der Arbeit von Migrantenorganisationen noch nicht immer ausreichend gesichert sind. Für eine Förderung von Migrantenorganisationen heißt das dann, dass sie solange weiterhin aus Sonder- bzw. Integrationsmitteln zu fördern sind, solange die gleichen Zugänge noch nicht sichergestellt sind. Zusätzlich sind Projekte und Maßnahmen zu fördern, die zur Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen beitragen. Vor allem aber ist die Frage zu klären, mit welchem Ziel Migrantenorganisationen zu fördern sind bzw. welche Maßnahmen von Migrantenorganisationen gefördert werden sollten. Der Bei-

trag geht diesen Fragen nach und schließt mit zehn Thesen zur staatlichen Förderung von Migrantenorganisationen.

1. Einleitung

Die Rolle der Migrantenorganisationen für den Integrationsprozess ist in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der wissenschaftlichen und fachpolitischen Debatte gerückt. Nachdem über lange Jahre die Frage nach der integrativen bzw. desintegrativen Funktion, teilweise sehr polarisierend, debattiert wurde, besteht heute weitgehend Konsens über den überwiegend integrativen Charakter von Eigenorganisationen der Migrantinnen und Migranten. Migrantenorganisationen werden als bedeutende Integrationsagenten angesehen, die eine wichtige moderierende Rolle zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft einnehmen. Oft wird dabei die Erschließung von Zugängen zur Zielgruppe in den Vordergrund gestellt oder auch die Stärkung des Selbstbewusstseins im Sinne eines Self-Empowerments und die Selbsthilfe (z. B. Latorre/Zitzelsberger 2011). Andere unterstreichen vor allem die Eigenvertretung von Migrantinnen und Migranten durch eigene Organisationen und den politischen Steuerungszuwachs (z. B. Halm 2011). Auch der 9. Integrationsbericht der Bundesregierung stellt fest: „Migrantenorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure der Integration sein. Dies gilt beispielsweise für Fragen des Spracherwerbs, des bürgerschaftlichen Engagements, des frühen Besuchs von Kindertageseinrichtungen

und der Elternbeteiligung. Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen“ (Die Beauftragte der Bundesregierung 2012: 28).

Damit aber stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Migrantenorganisationen. In welcher Form sind Migrantenorganisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einzubeziehen? Sind sie vollwertige Partner, Objekte oder Vermittler von Zielgruppen? Damit verbunden ist auch die Frage nach einer staatlichen Förderung und Unterstützung. Während sich in der Praxis bei Bund, Ländern und Kommunen durchaus unterschiedliche Formen der materiellen wie auch immateriellen Unterstützung entwickelt haben, gibt es kaum systematische Ansätze oder Überlegungen, wann, in welchem Umfang, unter welchen Bedingungen und vor allem mit welchen Zielen Migrantenorganisationen gefördert werden sollten. Der eindeutigen Beantwortung dieser Fragen stehen eine Reihe von Unklarheiten entgegen.

2. Was ist eine Migrantenorganisation?

Zunächst ist unklar, was genau unter einer Migrantenorganisation im förderpolitischen Sinne zu verstehen ist. Die Wissenschaft bleibt hier sehr vage. So definiert z. B. Pries (2010: 16) Migrantenorganisationen als solche Zusammenschlüsse, die ein erhebliches Ausmaß an Mitgliedern mit Migrationshintergrund haben und sich migrationsrelevanten Themen und Aufgaben widmen. Schimany/Schock (2010: 321, 329) definieren Migrantenorganisationen als eigenethnische Organisationen, die sich Empowerment der ethnischen Gruppe und die Gewinnung von Kontrolle der eigenen Lebensumstände zum Ziel gesetzt haben. Beide Definitionen, die durchaus den wissenschaftlichen Diskussionsstand wiedergeben, blei-

ben sehr vage und umfassen vom türkischen Unternehmerverband über den Moscheeverein bis zum Fußballverein eine Vielzahl von Zusammenschlüssen. Förderpolitisch sind diese Definitionen jedoch wenig hilfreich. Migrantenorganisationen verfolgen sehr unterschiedliche Ziele, z. B. religiöse, kulturelle, soziale oder auch politische. Sie können sich auf Gegebenheiten im Herkunftsland genauso wie auf solche im neuen Heimatland oder auch auf beides beziehen. Manche erheben den Anspruch, die Interessen der eigenethnischen Gruppe zu vertreten, ohne jedoch eine Form der Repräsentativität aufzuweisen.

Das Spektrum der Migrantenorganisationen ist sehr heterogen. Es umfasst sehr kleine temporäre Zusammenschlüsse ebenso wie große Organisationen mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihre Struktur wird von Bedingungen innerhalb der Herkunftsgruppe, nationalen Bedingungen, Bedingungen in der Region, in der die Organisationen arbeiten, ebenso wie durch ihre Beziehungen zum Herkunftsland geprägt. Und natürlich spielen Bildung und Ausbildung, Aufenthaltsdauer oder die Frage, wo man die eigene Kindheit verbracht hat und welche Erfahrungen man in der Aufnahmegesellschaft gemacht hat, sowie weitere Faktoren eine große Rolle (vgl. Weiss/Thränhardt 2005; Weiss 2010). Migrantenvereine sind also sehr unterschiedlich und deswegen sehr differenziert zu betrachten. Der migrantische Hintergrund ist nur ein Merkmal von vielen. Je nach Ziel, Größe, Organisationsform, Professionalität der Aktiven usw. haben sie unterschiedliche Voraussetzungen, Kompetenzen und Möglichkeiten. Dies darf bei einer Diskussion der Rolle von Migrantenvereinen in der Integrationsarbeit keinesfalls vergessen werden.

Migrantenorganisationen sind eine Organisationsform entlang der Herkunft, die nicht in die gängigen Muster der Organisationssoziologie passt. Es gibt keinerlei Festlegungen gegenüber organisatorischen oder inhaltlichen Mindestanforderungen oder Qualitätsstandards. Eine befriedigende Definition als Grundlage für eine staatliche Förderrichtlinie steht also noch aus.

3. Derzeitige Förderstrategien und das Verhältnis von Staat und Migrantenorganisationen

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass derzeit der Bund, die Bundesländer und die Kommunen eigene Förderschwerpunkte entwickelt haben, dass sie je nach Gegebenheiten situativ fördern oder auch ganz auf die Förderung verzichten. Die vorhandenen unterschiedlichen Förderungsmuster orientieren sich grob an der jeweiligen Haltung der Regierung, dem Einbezug von zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. einer Bürgerbeteiligung grundsätzlich und Migrantenorganisationen im Besonderen gegenüber, ihrer Dialogorientierung, dem Status der jeweiligen Migrantenorganisation, ihrer Größe, Ziel und Zweck, aber auch anderen regional vorhandenen Strukturen.

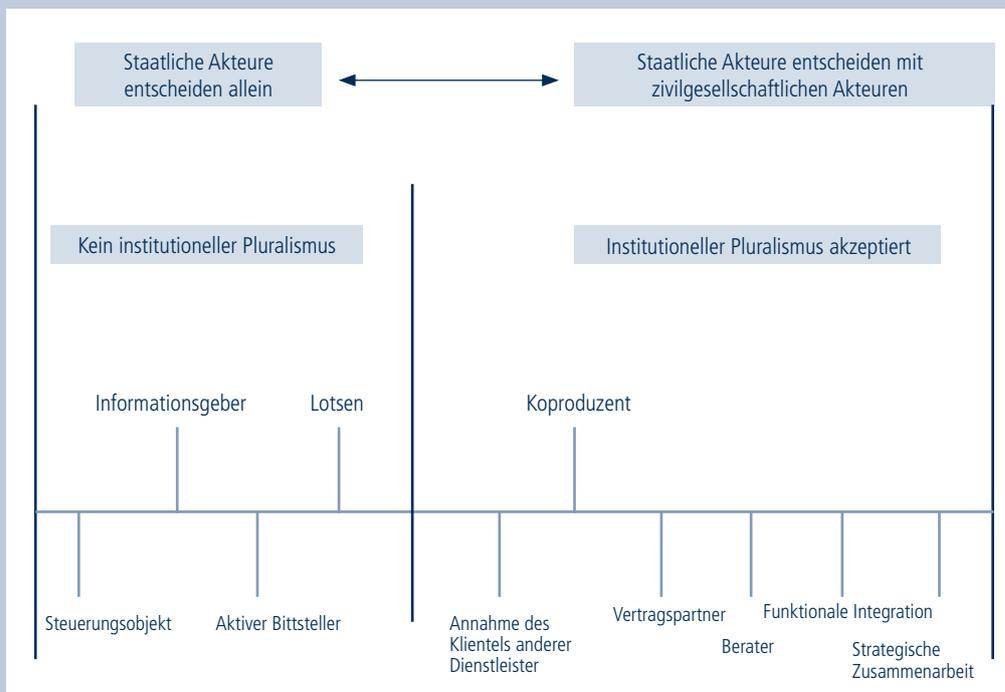
Dennoch lassen sich Muster erkennen: Landes- oder bundesweite Organisationen bzw. Dachverbände haben größere Chancen auf Förderung.

Bevorzugt werden auch Tandemprojekte als Zusammenschlüsse von erfahrenen, meist herkunftsdeutschen Organisationen und Migrantenvereinen, ebenso wie die (wenigen) Migrantenorganisationen, die Träger sozialer Projekte oder von Freiwilligendiensten sind. Ebenso werden zunehmend übergreifende Verbände oder Netzwerke gefördert.

Diese unterschiedlichen Förderstrategien zeigen, dass das Verhältnis zwischen Staat und migrantischer Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich und ungeklärt ist und keine klaren Strukturen gegeben sind. Orientiert man sich an der schematischen Darstellung von Gissendanner (2011: 39) (Abb. 1), so lässt sich feststellen, dass derzeit sowohl Formen anzutreffen sind, bei denen Migrantenorganisationen im Sinne eines „Förderns und Forderns“ eher als Objekt der Integrationsarbeit angesehen werden oder als Lotsen fungieren, die Anforderungen oder Informationen seitens des Staates in die eigene Community hineinbringen, als auch Formen eines institutionellen

Abbildung 1:

Unterschiedliche Formen im Verhältnis Staat und Migrantenorganisationen



Quelle: Nach Gissendanner 2011: 39.

Pluralismus und partizipatorischen Ansatzes, bei dem Migrantenorganisationen gleichberechtigte Vertragspartner und Koproduzenten einer gemeinsamen Integrationspolitik sind. Dabei sind diese Formen eher als Punkte auf einem Kontinuum zu verstehen, die in der Praxis fließend ineinander übergehen bzw. auch parallel auftreten können.

Offen bleibt die Frage, mit welchem Ziel Migrantenorganisationen gefördert werden und in welchem Verhältnis die Förderung von Migrantenorganisationen zu anderen Förderrichtlinien bzw. einer Regelfinanzierung steht. Zentral ist vor allem aber auch die Frage nach den Voraussetzungen für eine Förderung in Hinsicht auf Professionalität und Qualität ebenso wie nach einer Qualitätssicherung.

Bei allen diesen Unklarheiten besteht gleichzeitig im fachlichen wie auch im politischen Raum eine hohe Erwartungshaltung den Migrantenorganisationen gegenüber. In allen Integrationskonzepten, ob Bund, Länder oder Kommunen, nimmt die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen einen vorrangigen Platz ein. Migrantenorganisationen werden als wichtige Partner angesehen, ohne die es gar nicht mehr geht und auf die heute niemand mehr verzichten will. Sie sollen sich im Bereich Bildung engagieren, Elternvereine gründen, Arbeitsmarktintegrationsprojekte begleiten, sich politisch betätigen, die Politik beraten, sich kulturell oder auch entwicklungspolitisch engagieren und auch noch den Terrorismus bekämpfen. Migrantenorganisationen sind ein Stück weit zur „Feuerwehr“ der Integrationsarbeit geworden, was jedoch auch zu einer Überforderung führt, da die zeitlichen und materiellen Ressourcen dafür gar nicht vorhanden sind. Schwerer wiegt jedoch, dass Migrantenorganisationen nicht alle die Probleme lösen können, für deren Lösung die Mehrheitsgesellschaft in der Vergangenheit zu wenige Angebote bereitgestellt hat.

Es haben sich zwar neue Migrantenorganisationen gegründet, die in immer mehr Bereichen aktiv werden; es gibt mehr übergreifende Netzwerke und Verbände denn je, und man kann eine zunehmende Professionalisierung der Migrantenvereine beobachten. Zudem gibt es eine deutliche

Ausweitung in den Zielen von Migrantenvereinen, sie sind in allen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements zu finden, nehmen jede Form des Ehrenamts wahr, engagieren sich in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales sowie im Sport, in der Freizeit ebenso wie in der Beratung. Die Fülle der Erwartungen kann aber auch damit nicht befriedigt werden.

4. Wen vertreten Migrantenorganisationen?

Migrantenorganisationen wird oft eine breite Zuständigkeit zugeschrieben, manche fordern diese auch selbst für sich ein. So formuliert der Gesamtverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in seiner Studie zu migrantischen Dachverbänden: „Migrantenorganisationen kennen die spezifischen Bedürfnisse ihrer Einwanderer-Communities am besten, genießen deren Vertrauen und spielen eine große Rolle bei der Meinungsbildung ihrer Mitglieder“ (DPWV Gesamtverband 2012: 3). Ohne die hohe Bedeutung von Migrantenorganisationen in Zweifel stellen zu wollen, wird so ein Anspruch auf eine Vertretungsfunktion für „die“ Migrantinnen und Migranten proklamiert, die alle Angehörigen einer ethnischen Gruppe einschließt, ob Mitglieder oder Nicht-Mitglieder. Der Paritätische Wohlfahrtsverband erläutert in seiner Expertise jedoch nur sehr vage, wer durch die hier organisierten Vereine tatsächlich vertreten wird. Auch wenn die Bereitschaft zum Engagement unter Migrantinnen und Migranten kaum niedriger liegt als unter Einheimischen, so ist doch die Mehrheit nicht Mitglied in einem migrantischen Verein und nimmt auch nicht regelmäßig an solchen Vereinsaktivitäten teil. Zweifel an der Repräsentativität von Migrantenorganisationen ergeben sich auch an anderer Stelle. Für die Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte hat Hunger darauf hingewiesen, dass eine Repräsentativität der in der Kommune lebenden Menschen mit Migrationshintergrund damit nicht erfolgt und auch eine politische Beteiligung dadurch nur eingegrenzt erreicht werden kann. „Die Forschung ist sich weitgehend einig, dass dieses Instrument (gemeint sind Ausländerbeiräte, d. V.) nur bedingt die politische Beteiligung von Mi-

grantenvereinen an kommunalen Entscheidungsprozessen fördert“ (Hunger/Candan 2009: 5).

Während also einerseits die repräsentative Funktion von Migrantenorganisationen nicht generell angenommen werden kann, sondern im Einzelfall zu prüfen wäre, stellt sich andererseits die Frage, ob dieser Anspruch überhaupt erhoben werden sollte. Auch bei nichtmigrantischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Frage nach der Repräsentativität nicht generell gestellt, sondern nur dann, wenn diese für den Zweck oder das Ziel der Organisation von Relevanz ist. Eine Elterninitiative, ob migrantisch oder nicht, muss nicht für alle Angehörigen der eigenen Herkunftsgruppe repräsentativ sein, sondern vertritt die Interessen ihrer Mitglieder. Dies ist völlig legitim und angemessen. Warum also sollten bei Migrantenorganisationen andere Kriterien gelten? Warum wird von Seiten der Aufnahmegesellschaft sowie von verschiedenen Migrantenorganisationen selbst die Forderung erhoben bzw. die Annahme getroffen, die jeweilige Organisation würde oder müsste die Interessen der Gesamtgruppe vertreten? Eine Elterninitiative ist eine Elterninitiative und keine darüber hinausgehende Interessenvertretung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Dies kann und sollte sie nicht sein, und sie darf auch nicht in eine solche Rolle gedrängt werden. Hier darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Die Sichtweise, jede Migrantenorganisation sei auch eine Interessenvertretung der gesamten Community, muss also mindestens als ambivalent gesehen werden. Sie ist eine Interessenvertretung *einer* spezifischen Gruppe, neben der es auch andere gibt.

Ambivalent ist auch das Bild, das vom Umfang des bürgerschaftlichen Engagements durch Migrantenorganisationen gezeichnet wird. So ist z.B. auffallend, dass von beiden Seiten – den Migrantenvereinen genauso wie der Aufnahmegesellschaft – das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten fast nur dann wahrgenommen wird, wenn es sich in Migrantenvereinen vollzieht. Zwar zeigen der Freiwilligen-Survey 2004 (vgl. Gensicke et al. 2006) ebenso wie u.a. auch die Studie von Halm/Sauer (2007), dass sich Migrantinnen und Migranten fast ebenso häufig in Migrantenorganisationen

wie in Organisationen der Aufnahmegesellschaft engagieren; dennoch wird fast ausschließlich über das Engagement von Migrantinnen und Migranten in Eigenorganisationen geredet, die anderen Engagementformen dagegen werden kaum beachtet.

5. Sonder- oder Regelförderung?

Mehrdeutig ist im Weiteren auch das Verhältnis zwischen der Förderung von Migrantenorganisationen als solchen und der Förderung von Migrantenorganisationen durch Regel- oder Projektförderung entsprechend ihrer Zielsetzung. Die Förderung von migrantischen Sportvereinen ist eine vorrangige Förderung von Sport, nicht von migrantischen Interessen. Dass dabei auch Integrationsleistungen erfolgen, steht außer Frage, diese sind jedoch nicht das Hauptziel. Integrationsleistungen erbringen ebenso auch Sportvereine, die sich vorrangig um bildungsferne Gruppen kümmern, unabhängig vom Migrationshintergrund. Auch diese werden aus Mitteln der Sportförderung finanziert, nicht aus Mitteln eines Bildungsministeriums. Indem migrantische Sportvereine aus „Sondertöpfen“ für die Förderung von Migrantenorganisationen unterstützt werden, unterstreicht das nur ihren derzeitigen Sonderstatus und trägt damit durchaus ausgrenzende Züge. Die Förderung von kulturellen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten sollte aus den Töpfen gefördert werden, aus denen auch kulturelle Aktivitäten der Aufnahmegesellschaft gefördert werden, Entsprechendes gilt für andere Sachgebiete. Erst wenn die gleichen Förderkriterien, aber auch die gleichen Zugänge zu Fördermitteln für zivilgesellschaftliche Organisationen bestehen, unabhängig von einem migrantischen oder nicht-migrantischen Hintergrund, erst dann kann von gleichberechtigter Teilhabe gesprochen werden. „Die Behandlung des Themas Integration als Sonderthema der Migranten ist ein Irrweg“, hat Rita Süßmuth 2011 auf einer Tagung festgestellt. Dies lässt sich auch auf die Förderung von Migrantenorganisationen übertragen. Migrantenorganisationen sollten da, wo sie die gleichen Ziele vertreten wie auch nicht-migrantische

Organisationen, auch aus den gleichen Mitteln gefördert werden, und nicht aus Sondermitteln für Migrantinnen und Migranten.

Eine dauerhafte Förderung von Migrantenorganisationen in Bereichen, in denen nicht-migrantische Organisationen aus anderen, regulären Fördermitteln unterstützt werden, kann integrationspolitisch nicht das Ziel sein. Es wäre eine Perpetuierung einer Ausnahmesituation, die letztendlich dauerhaft einen Sonderstatus von Migrantinnen und Migranten festschreiben würde. Es wäre darüber hinaus als „Mobilitätsfalle“ anzusehen, die die Zuschreibung als „Migrantenorganisation“, die anders ist als andere Organisationen, dauerhaft festschreiben würde. Alle Mitglieder einer Migrantenorganisation wären damit auch dauerhaft als Menschen mit einem Sonderstatus versehen, der einer vollen Integration widersprechen würde. Schon jetzt ist der Status „Migrant“ auch für die zweite oder dritte Generation von Zugewanderten integrationspolitisch durchaus kritisch zu sehen und wird von vielen als ausgrenzend empfunden.

6. Zugang zu Fördermitteln

Die Förderung aus aufgabenbezogenen Mitteln setzt allerdings auch die gleichen Zugänge zu diesen Fördermitteln voraus. Eben diese sind aber heute oft nicht gegeben. Es fehlt an Wissen, Zeit und Kompetenzen für die Antragstellung um Fördermittel, es fehlt an Zugängen zu den entscheidenden Netzwerken und Geldgebern, und es fehlt an Möglichkeiten von Ko-Finanzierungen. Klassische Handlungsfelder z.B. der Sozialen Arbeit sind von angestammten Trägern „besetzt“, die sich nur schwer für neue, migrantische Träger öffnen. Um gleiche Zugänge zu öffnen, sind mindestens die folgenden Qualifizierungsbedarfe festzustellen:

- Handlungswissen, z.B. Recht, Beratungswissen, Institutionenwissen;
- Sozialkompetenz, z.B. Kommunikation, Moderation;

- Selbstkompetenz, z.B. Empowerment, Selbstreflektion, Auseinandersetzung mit Ausgrenzungserfahrungen;
- Vernetzung/Lobbyarbeit;
- Voraussetzungen z.B. zur Anerkennung als Träger von Sozialer Arbeit (vgl. auch Weiss 2011: 11).

Der Qualifizierungsbedarf besteht dabei nicht nur für die institutionellen Kompetenzen im Rahmen der Vereins- bzw. Organisationsarbeit, sondern auch für die individuellen Handlungskompetenzen der einzelnen Mitglieder. Dabei fördert die Mitarbeit in einer sich qualifizierenden Institution auch die Fähigkeit und die Motivation der einzelnen Mitglieder zum bürgerschaftlichen Engagement.

Für eine Förderung von Migrantenorganisationen heißt das dann, dass sie solange weiterhin aus Sonder- bzw. Integrationsmitteln zu fördern sind, solange die gleichen Zugänge noch nicht sichergestellt sind, Förderung also als Übergangsregelung. Zusätzlich sind Projekte und Maßnahmen zu fördern, die zur Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen beitragen. Gleichzeitig sollte überlegt werden, durch welche überprüfbaren Kriterien das Erreichen der Gleichstellung festgestellt werden kann.

Parallel zur Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen ist die interkulturelle Öffnung von nicht-migrantischen Organisationen aktiv zu fördern und zu unterstützen, um die gleichen Zugangschancen für die Zukunft sicherzustellen. Dies ist nicht weniger bedeutsam als die Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen. Nur so können einerseits Zugangsbarrieren abgebaut werden. Andererseits würde eine Professionalisierung von Migrantenorganisationen ohne eine parallele interkulturelle Öffnung von Regelstrukturen dazu führen, dass der bestehende Sonderstatus von Migrantenorganisationen weiter festgeschrieben wird. Kooperation von migrantischen mit nicht-migrantischen Organisationen sind dabei ein guter, wenn auch nicht per se zielführender Weg.

7. Kooperationen von migrantischen und nichtmigrantischen Organisationen

Wie schwierig die Zusammenarbeit von migrantischen mit nichtmigrantischen Organisationen ist, belegt die Studie von Hunger/Metzger (2011). Tandemprojekte (ein erfahrener etablierter, meist einheimisch geprägter Träger qualifiziert durch die Kooperation eine noch unerfahrene Migrantenorganisation) werden heute in vielen Bundesländern gefördert und aktiv angeregt. In der Tat bieten sie die Chance, durch eine partnerschaftliche Kooperation die Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen voranzutreiben und dabei auch Prozesse interkultureller Öffnung in den Regelstrukturen zu initiieren und zu verankern. Dabei können sich jedoch erhebliche Probleme ergeben. So zeigen Hunger/Metzger in ihrer Studie, dass gerade Tandemprojekte relativ oft am eigenen Anspruch scheitern. Macht- bzw. Wissensasymmetrien führen zu Ungleichheiten und nicht selten zu Frustrationen bei den Beteiligten, wenn sie nicht gezielt aufgearbeitet werden. Unausgesprochene Konkurrenzen um zukünftige Fördergelder erschweren die Zusammenarbeit genauso wie zu große Differenzen in Professionalität und Erfahrung. Bei manchen Tandemprojekten dient die Beteiligung einer Migrantenorganisation dann eher der äußeren Legitimierung als einer tatsächlichen gleichberechtigten Kooperation.

Hunger/Metzger arbeiten dabei drei Faktorengruppen heraus, die für eine erfolgreiche Tandem-Kooperation entscheidend sind (Hunger/Metzger 2011: 8):

- (1) Interne Faktoren: Mitglieder und Mobilisierung, interne Kommunikation (insb. zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitgliedern), Grad der Professionalisierung (informeller Charakter und Mitwirkung), Genderaspekte.
- (2) Externe Faktoren: Rolle der Verwaltung und anderer öffentlicher Träger, andere außen stehende Akteure (wie etwa die NPD bei einem Projekt in Lichtenberg), öffentlicher Diskurs.
- (3) Relationale Faktoren (Beziehung zwischen den Kooperationspartnern): Hierarchie und Machtverhältnisse, Vertrauen, Kommunikation, Konkurrenz, Motivation, Partizipation.

Die Analyse von Hunger und Metzger zeigt auf, wie bedeutsam es ist, nicht nur eine bestimmte Organisationsform als solche zu fördern, sondern überprüfbare Qualitätskriterien zu entwickeln, da sonst die Förderung im schlimmsten Falle keine Wirkung entfaltet oder sogar kontraproduktiv sein kann.

Ähnlich weisen auch Latorre/Zitzelsberger (2011) auf bestehende Barrieren in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit hin. Zum einen weisen sie hin auf strukturelle Schwächen von Migrantenorganisationen, also auf bestehenden Professionalisierungsbedarf. Zum anderen lenken sie den Blick auf bestehende Vorbehalte und mangelnde interkulturelle Öffnung auf Seiten der Regelinstitutionen. Ein Abbau von Zugangsbarrieren kann demnach nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, beide Faktoren positiv zu verändern.

8. Voraussetzungen und Ziele einer staatlichen Förderung

Es bleibt die Frage, welche Voraussetzungen Migrantenorganisationen erfüllen müssen, um in eine Förderung zu kommen, und mit welchen Zielen Migrantenorganisationen zu fördern sind.

Über die Notwendigkeit von Anforderungen an Qualität und Professionalität wurde bereits gesprochen. Wie hoch die Anforderungen jeweils sind, muss aber je nach Einzelfall und Förderziel festgelegt werden. Dabei sind die Anforderungen an Qualität und Professionalität so festzusetzen, dass einerseits eine Zielerreichung für den jeweiligen Förderungszweck gewährleistet ist, dies andererseits jedoch auch nicht zum Ausschluss von Migrantenorganisationen führen darf. Übergangsweise könnten hier Formen zum Tragen kommen, die über Tandemangebote hinaus gehen, beispielsweise Projekte, die durch Learning by doing, kontinuierlichem Coaching oder begleitenden Fortbildungsangeboten bisher nicht gewährleistete Qualitätsanforderungen erfüllbar machen. Hier sind derzeit noch nicht genügend innovative Ansätze entwickelt worden. Eine Möglichkeit wäre z. B., durch regionale Beratungs- und Coaching-Angebote vor Ort, die an bestehende

Fachstellen angedockt werden, diese begleitende Qualitätsentwicklung und Professionalisierung abzudecken.

Hierzu gehört auch die Initiierung von interkultureller Öffnung von Migrantenorganisationen. Auch wenn es inzwischen mehr ethnisch heterogene Migrantenorganisationen gibt, die sich ein gemeinsames bildungs- oder gesellschaftspolitisches Ziel gesetzt haben, so heißt das nicht, dass Migrantenorganisationen *per se* interkulturell geöffnet sind. Die Anforderungen zum reflektierten Umgang mit eigenen kulturellen Prägungen gilt für Menschen mit genauso wie für Menschen ohne Migrationshintergrund sowie für ihre Institutionen. Die Ablehnung anderer Gruppen findet sich auch unter Zugewanderten, Konflikte in manchen Herkunftsregionen prägen auch die Arbeit mancher Migrantenorganisationen hier, und so manches Mal tut sich auch die erste Generation von Zugewanderten nicht immer leicht mit den Integrationsanstrengungen und Orientierungen der nachwachsenden Generation ihrer Kinder und Enkel. Um ein konstruktives Miteinander möglich zu machen, müssen sich Organisationen von Migrantinnen und Migranten genauso wie Organisationen und Institutionen der Aufnahmegesellschaft bewusst mit Interkultureller Öffnung auseinander setzen und diese für ihre Organisation sicherstellen.

Vor allem aber ist die Frage zu klären, mit welchem Ziel Migrantenorganisationen zu fördern sind, bzw. welche Maßnahmen von Migrantenorganisationen gefördert werden sollten. Ursprungsort der Förderung von Migrantenorganisationen war der Gedanke der Förderung der eigenen Interessenvertretung und der Selbsthilfe im Sinne eines höheren Einflusses auf die eigenen Lebensumstände. Solange ein erheblicher Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund trotz langjährigem und dauerhaftem Aufenthalt noch kein Wahlrecht besitzt und von den konventionellen Wegen der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen ist, so lange muss es eine Funktion von Migrantenorganisationen sein, die Interessen der eigenen Gruppe zu vertreten und hörbar zu machen. Dies heißt jedoch nicht, dass jede Migrantenorganisation auch eine politische Vertretung der Eigengruppe ist oder sein soll. Eine

Moscheegemeinde ist eine Migrantenorganisation mit einer religiösen, nicht einer politischen Zielsetzung. Die Frage der Repräsentativität wurde bereits angesprochen.

Nur wenige Migrantenorganisationen haben eine klare politische Zielstellung. Der überwiegende Teil richtet sich auf Bereiche wie Religion, Kultur, Bildung oder Arbeit. Während diese tendenziell aus den regulären Mitteln zur Förderung von Religion, Kultur, Bildung oder Arbeit zu fördern sind, muss es Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft sein, politische Willensbildungs- und Vertretungsprozesse dort zu fördern, wo sie anders nicht möglich sind.

Dabei ist die Orientierung an den demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft als Voraussetzung für eine staatliche Förderung selbstverständlich. Dies kann aber nicht heißen, von Migrantenorganisationen diesbezüglich besondere Erklärungen als eine Förderungsvoraussetzung zu verlangen. Für Migrantenorganisationen gelten hier – wie für alle anderen auch – die gleichen Voraussetzungen, die erst dann in Frage zu stellen sind, wenn sich auf eine spezifische Organisation bezogen begründete Zweifel ergeben. Jede Migrantenorganisation jedoch von vornherein unter einen Generalverdacht zu stellen, wäre der Realität nicht angemessen und integrationspolitisch ein fatales Signal.

Migrantenorganisationen sollten also dann eine Förderung erhalten – auch und vor allem eine strukturelle Förderung – wenn sie eine integrationspolitische Orientierung haben und zur politischen Meinungsbildung, der politischen Handlungsfähigkeit des Einzelnen und zur Interessenvertretung beitragen. Welche weiteren Ziele sind aber zu fördern? Der Paritätische Wohlfahrtsverband formuliert in seiner Expertise 2012 die folgenden Ziele (DPWV Gesamtverband 2012: 41):

- (a) Unterstützung der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in den relevanten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit etc.) unter besonderer Berücksichtigung des Genderaspekts;
- (b) Stärkung der Teilhabe und Partizipation von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen und politischen Leben, Aktivierung und

Heranführung an bürgerschaftliches Engagement;

(c) Förderung interkultureller Orientierung, Öffnung und des Dialogs (als zukunftsweisende Aufgabe);

(d) Antidiskriminierung, Rassismus-, Extremismus- und Gewaltprävention.

Die ersten beiden Ziele sind bereits weiter oben diskutiert worden, wobei beide Ziele eng miteinander verbunden sind. Die Stärkung der politischen Teilhabe erscheint jedoch vorrangig, da die unter Punkt (a) genannten Ziele in die regulären Förderprogramme einzubeziehen wären. Wie sieht es aber mit den beiden letztgenannten Zielen aus? Sind die hier genannten Aufgaben tatsächlich Kernaufgaben von Migrantenorganisationen? Zweifelsohne können und sollten sich Migrantenorganisationen solchen Zielen widmen, jedoch nicht mehr und nicht weniger als andere einschlägige Organisationen auch und unter den gleichen Voraussetzungen. Migrantenorganisationen können dann zu Experten für interkulturelle Öffnung werden, wenn sie selbst Prozesse interkultureller Öffnung durchlaufen haben und sich das notwendige Fachwissen, einschließlich der Lehr- und Trainingskompetenz, angeeignet haben. Der reine Migrationshintergrund der Mitglieder ist dafür jedoch keine ausreichende Qualifikation. Im Sinne einer moderierenden Funktion und in der Rolle von Brückenbauern sind Migrantenorganisationen dennoch wichtige und unverzichtbare Partner für einen interkulturellen Dialog. Ebenso können durch interkulturelle Kooperationen Prozesse interkultureller Öffnung bei Institutionen und Organisationen der Aufnahmegesellschaft initiiert und begleitet werden. Auch hier gilt jedoch, dass die notwendige Qualität und Professionalität, einschließlich der Reflektion des eigenen Handelns, sichergestellt sein müssen. Der Migrationshintergrund als solcher ist noch kein ausreichendes Förderkriterium. Ebenso ist Antidiskriminierungs-, Rassismus-, Extremismus- und Gewaltprävention Aufgabe von dafür qualifizierten Organisationen bzw. Aufgabe aller in einer demokratischen Gesellschaft. Auch Migrantenorganisationen und ihre Mitglieder sind nicht frei von diskriminierenden Verhaltensweisen. Ein Migra-

tionshintergrund allein ist kein Kriterium für Expertise in diesem so wichtigen und bedeutenden Handlungsfeld. Beide Ziele könnten also nur dann gefördert werden, wenn die entsprechende (Fach-) Expertise vorhanden ist. Aber auch hier würde gelten, was oben bereits angesprochen war: Auch hier wäre ein Förderungsvorrang aus den Töpfen zu prüfen, die auch für nicht-migrantische Organisationen zur Verfügung stehen.

Halm (2011) schlägt in Anlehnung an Putnams (1993) Analyse des Sozialen Kapitals von zivilgesellschaftlichen Organisationen folgende Ziele für eine staatliche Förderung von Migrantenorganisationen vor:

(a) Stärkung der individuellen Engagementvoraussetzungen;

(b) Stärkung der Fähigkeit von Migrantenorganisationen, Engagement zu aktivieren (bonding social capital);

(c) Förderung interkultureller Kooperationen zwischen Organisationen (linking social capital);

(d) Förderung der interkulturellen Öffnung deutscher Organisationen (bridging social capital).

Die Ziele (a) bis (c) entsprechen letztendlich den bereits diskutierten Förderzielen und bieten wichtige Möglichkeiten, das nach Putnam so wichtige „bonding“ und „linking social capital“ von Migrantenorganisationen zu verstärken. Auch Halm erhebt die Forderung nach der Förderung der interkulturellen Öffnung der deutschen Institutionen und sieht darin die Möglichkeit zur Stärkung des „bridging social capital“, auch hier müssten jedoch die oben diskutierten Kompetenzen sichergestellt sein.

9. Thesen zur Förderung von Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen sind wichtige Partner der Integrationsarbeit und Vermittler zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantinnen und Migranten. Sie ermöglichen und fördern die politische und gesellschaftliche Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Die Organisation in Vereinen und Verbänden zur eigenen Interessenvertretung ist ein demokratisches Grundrecht und herausragendes Mittel der Interessenvertre-

tung in einer pluralistischen Gesellschaft. Dahinter steht das Konzept einer offenen Gemeinschaft, in der sich jeder Mensch nach seinem freien Willen entfalten, betätigen, engagieren und weiterbilden kann. Jede Person ist frei, sich mit anderen Menschen mit gleichen Zielen oder in gleicher Lage zusammenzufinden, um so die eigenen sozialen und kulturellen Bedürfnisse in der Gesellschaft zu vertreten. Dies gilt selbstverständlich auch für alle Bürgerinnen und Bürger, sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Migrantenorganisationen sind eine Form der Interessenvertretung entlang der ethnischen Herkunft, die für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft als auch der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander neue Fragen aufwerfen. Eine davon ist die Frage nach der staatlichen Förderung von Migrantenorganisationen als integrationspolitische Aufgabe. Dazu können folgende zehn Thesen formuliert werden:

- (1) Migrantenorganisationen sind in ihrer differenzierten Vielfalt zu sehen. Eine Förderung kann sich nicht generell auf die Organisationsform als solche beziehen, sondern muss die jeweiligen Ziele, die Verfasstheit als auch die Professionalität der jeweiligen Organisation in Betracht ziehen. Ein Migrationshintergrund der Mehrheit der Mitglieder reicht als Fördergrundlage nicht aus.
- (2) Je nach Ziel und Zweck der Migrantenorganisation sind diese in die existierenden zielbezogenen Förderstrategien einzubeziehen. Eine Migrantenorganisation, die sich beispielsweise mit Seniorenarbeit befasst, ist auch aus diesem Bereich heraus zu fördern und zu unterstützen. Nur bis zur Realisierung gleichberechtigter Teilhabe an den regulären Förderstrategien sind entsprechende Migrantenorganisationen übergangsweise aus integrationspezifischen Fördermitteln zu unterstützen.
- (3) Migrantenorganisationen sollten dann eine Förderung erhalten – auch und vor allem eine strukturelle Förderung – wenn sie zur politischen Meinungsbildung und Interessenvertretung beitragen und die politische Handlungsfähigkeit des Einzelnen erhöhen. Eine integrationspolitische Ausrichtung ist dabei selbstverständlich.
- (4) Der Einbezug von Migrantenorganisationen in eine Regelförderung setzt voraus, dass gleichberechtigte Zugänge zu den entsprechenden Fördermitteln sichergestellt werden. Gleichberechtigte Zugänge zu regulären Fördermöglichkeiten setzen die Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen voraus. Aufgabe integrationspezifischer Fördermittel muss es dann sein, diese Qualifizierung und Professionalisierung sicherzustellen.
- (5) Dies schließt die Erhöhung der individuellen Kompetenzen der jeweiligen Mitglieder von Migrantenorganisationen zum bürgerschaftlichen Engagement mit ein. Nur wenn die Mehrheit der Mitglieder über solche Kompetenzen verfügt, kann auch die Organisation handlungsfähig sein.
- (6) Zum anderen setzt ein gleichberechtigter Zugang die interkulturelle Öffnung entsprechender Regelstrukturen als auch der Förderrichtlinien voraus. Migrantenorganisationen sollten dort gefördert werden, wo sie zur Sicherstellung dieser Zugänge beitragen.
- (7) Tandemprojekte sind grundsätzlich als ein guter Zwischenschritt zu unterstützen. Dabei müssen jedoch ausdrücklich die Spezifika der Zusammenarbeit kritisch hinterfragt und überprüft werden, um den gewünschten Qualifizierungszweck auch tatsächlich zu erreichen.
- (8) Zusätzlich sind Projekte und Maßnahmen zu fördern, die zur Qualifizierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen beitragen.
- (9) Regionale Beratungs-/Unterstützungsbüros für Migrantenorganisationen sind zu fördern und aufzubauen, die Migrantenorganisationen bei ihrem Qualifizierungs- und Professionalisierungsprozess begleiten und unterstützen. Dabei muss ein potenzielles Konkurrenzverhältnis zwischen beratender Institution/Träger und Migrantenorganisation berücksichtigt und kontrolliert werden.
- (10) Interkulturelle Öffnung muss grundsätzlich die Aufgabe von Integrationspolitik sein. Nicht der Migrationshintergrund einer Organisation kann hier das ausschlaggebende Kriterium sein, sondern die jeweilige Expertise.

Literatur

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.
- DPWV Paritätischer Gesamtverband (Hrsg.) 2012: Expertise: Stärken und Potentiale von bundesweit organisierten und tätigen Migrantendachorganisationen, Wuppertal.
- Gensicke, Thomas; Lopez-Diaz, Kathrin; Geiss, Sabine 2006: Der Freiwilligensurvey 2004 – Ergebnisse und Trends für Nordrhein-Westfalen, Vortrag des TNS Infratest Sozialforschung, München.
- Gissendanner, Scott Stock 2011: Kommunale Integrationspolitik, in: APuZ 7-8/2011, S. 39-46.
- Latorre, Patricia; Zitzelsberger, Olga 2011: MigrantInnenselbstorganisationen und Soziale Arbeit. Was der Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Wege steht, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24. Jg. 2/2011, S. 49-58.
- Halm, Dirk 2011: Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft. Bedeutung, Situation und Förderstrategien, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24. Jg. 2/2011, S. 14-24.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement). Herausgeber: TNS Infratest Sozialforschung.
- Hunger, Uwe; Metzger, Stefan 2011: Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Hunger, Uwe; Candan, Menderes 2009: Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster.
- Pries, Ludger 2010: (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde, in: Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von „Identität oder Integration“. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden, S. 15-60.
- Putnam, Robert 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton.
- Schimany, Peter; Schock, Hermann 2010: Migrantenorganisationen im Spiegel von Datenbanken, in: Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von „Identität oder Integration“. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 321-362.
- Weiss, Karin; Thränhardt, Dietrich (Hrsg.) 2005: Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg.
- Weiss, Karin 2010: Migrantenorganisationen als Motoren der Integrationsarbeit, in: Marschke, Britta; Brinkmann, Heinz Ulrich (Hrsg.): Handbuch Migrationsarbeit, Wiesbaden, S. 81-90.
- Weiss, Karin 2011: Migrantenorganisationen als Akteure der Integrationsarbeit – neue Herausforderungen, Professionalisierung und die Qualitätsdebatte, in: RAA Brandenburg, 2011: Interkulturelle Beiträge 43: Demokratische Beteiligung und Integration. Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Zugewanderten, Potsdam.

Katholischer Nationalkatholizismus und funktionale Integration. Die kroatischen Gemeinden in Deutschland

Jenni Winterhagen

Zusammenfassung

In den Migrantengemeinden der Katholischen Kirche in Deutschland bilden sich besondere „Seelsorgekulturen“ heraus. Sie entstehen im Wechselspiel von Einwanderungskontext, Orts- und Herkunftskirche. Der Beitrag zeigt dies am Beispiel der kroatischen Gemeinden in der BRD. Zentrale These ist, dass die kroatischen Gemeinden eine heimatbezogene und nationalistische Identität vermitteln, funktional aber erfolgreich für die Integration in Deutschland gearbeitet haben. Die großzügige Ressourcenausstattung der katholischen „Missionen“ schuf gute Voraussetzungen für den Erfolg dieser Arbeit. Die katholische Migrantenseelsorge ist lange Zeit von der Wissenschaft kaum beachtet worden. Der Blick auf sie kann die Debatte um Einwandererreligionen in der Bundesrepublik, die sich fast ausschließlich auf den Islam konzentriert hat, erweitern und klären.

1. Einleitung

Die Katholische Kirche bietet großen katholischen Einwanderergruppen muttersprachliche Seelsorge an: 2012 gab es auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ungefähr 400 Migrantengemeinden, die in 31 verschiedenen Sprachen seelsorgerisch tätig waren. Die zugewanderten Gläubigen und ihr kirchliches Personal füllen die Strukturen, die die deutschen Diözesen zur Verfügung stellen, unterschiedlich aus. Besondere „Seelsorgekulturen“ und Integrationsbilder entstehen im Wechselspiel von Einwanderungskon-

text, Orts- und Herkunftskirche (vgl. Winterhagen/Thränhardt 2012). Der Beitrag zeigt dies am Beispiel der kroatischen Gemeinden in der BRD, in der 2011 94 Priester arbeiteten – nur in der polnischen Seelsorge waren es mehr (Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 25.7.2012). Zuerst führt er in die Migrantenseelsorge allgemein ein, um anschließend die Bedeutung der kroatischen Gemeinden für die kroatischstämmige Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und deren Besonderheiten herauszuarbeiten. Zentrale These des Beitrags ist, dass die kroatischen Gemeinden eine heimatbezogene Identität vermitteln, funktional aber sehr erfolgreich für die Integration gearbeitet haben.

Empirische Grundlage sind qualitative Interviews, die die Autorin 2008 und 2009 in den Diözesen Rottenburg-Stuttgart und Berlin geführt hat, darunter 13 Fachinterviews mit kroatischen und deutschen Priestern, kirchlichen Angestellten und kroatischen Sozialarbeiterinnen und -arbeitern. Hinzu kommen 16 biographische Interviews mit freiwillig engagierten und mit einfachen Mitgliedern der kroatischen Gemeinden, wobei es sich um Personen mit eigener Migrationserfahrung handelt, und viele Hintergrundgespräche, darunter mehrere mit der zweiten Einwanderergeneration. Zusätzlich wurde eine Vielzahl kirchlicher Dokumente, Publikationen und Webseiten der kroatischen Seelsorge analysiert.¹

Vorangestellt sei der Hinweis, dass die Migrantengemeinden nicht nahtlos in die Debatte um Migrantensorganisationen passen. Zwar lassen sich die Gemeinden im intermediären Bereich zwischen Staat, Markt und Privatem verorten und

¹ Die empirische Forschung wurde im Rahmen meines Dissertationsprojektes an der International Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen durchgeführt. Die Dissertation wird Ende 2013 als Buch erscheinen.

gehören somit zum Dritten Sektor. Vorwiegende Handlungslogiken sind für Migrantenorganisationen und -gemeinden Sinnstiftung und Solidarität, womit sie sich von staatlich-machtorientiertem und unternehmerisch-profitorientiertem Handeln abgrenzen (vgl. Zimmer et al. 2007: 16). Die Wissenschaft behandelt unter dem Titel Migrantenorganisationen jedoch meist eine Untergruppe im Dritten Sektor, die Heinz-Dieter Horch als freiwillige Organisationen bezeichnet.² Diese verfügen über demokratische Entscheidungsstrukturen und ihre wesentliche Ressource ist die unentgeltliche Mitarbeit von Mitgliedern (vgl. Braun 2001: 78). Die katholischen Migrantengemeinden gehören jedoch einer nicht-demokratischen Organisation an und verfügen als Teil der Diözesen, die das deutsche Steuerrecht begünstigt, über erhebliche Ressourcen.

2. Die Migrantenseelsorge

Als Seelsorge oder Pastoral bezeichnet man den Tätigkeitsbereich von Priestern. Sie begleiten, beraten und unterstützen Menschen in Lebens- und Glaubensführung, sie halten Gottesdienste, predigen, spenden Sakramente und geben Glaubensinhalte weiter. Die Migrantenseelsorge, seit der Jahrtausendwende auch muttersprachliche Seelsorge genannt, ist eine besondere Pastoral für eingewanderte Menschen und ihre Kinder. Dabei ist sie keine Erfindung des 20. Jahrhunderts, sondern hat sich über mehrere Jahrhunderte entwickelt und ist theologisch fundiert. Damit erkennt die Katholische Kirche an, dass Glaube und Kultur – verstanden im breiten Sinne – sich durchdringen: Menschen leben ihren Glauben in Sprache, kulturspezifischen Traditionen und Symbolen (vgl. Fernández Molina 2005; Deutsche Bischofskonferenz 2003).

Richten wir unseren Fokus auf die Zeit der Anwerbepolitik in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Bundesrepublik Deutschland schloss die ers-

ten Anwerbeabkommen mit den vorwiegend katholisch geprägten Staaten Italien (1955) und Spanien (1960), später kam Jugoslawien (1968) hinzu, aus dem katholische Kroatinnen und Kroaten einwanderten. Für die katholischen Diözesen, in denen nur vereinzelt Migrantengemeinden bestanden, stellte sich die Frage, wie sie die Neuankömmlinge seelsorgerisch betreuen sollten.³ Sie entschlossen sich, Strukturen für eine Seelsorge in den jeweiligen Herkunftssprachen einzurichten. Diese Ausländergemeinden wurden als „Missionen“ bezeichnet.⁴ Heute wie damals bezahlen die Diözesen die Priester und rekrutieren sie vorwiegend in den Herkunftsländern. Dabei stellt die muttersprachliche Seelsorge ein zusätzliches Angebot der Diözesen dar. Katholikinnen und Katholiken sind automatisch Mitglied der Ortsgemeinde, in der sie ihren Wohnsitz haben, und können am dortigen, deutschsprachigen Leben teilhaben.

Quantitativ war die Einwanderung für den deutschen Katholizismus wichtig. Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) haben circa fünf Millionen Katholikinnen und Katholiken einen Migrationshintergrund, also ein Fünftel aller Katholiken. Nach einer repräsentativen Umfrage unter Jugendlichen haben mehr als 20 Prozent der jungen Katholiken in Deutschland einen Migrationshintergrund. Sie sind deutlich religiöser als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (KFN 2010).

3. Die Bedeutung der Seelsorge für die kroatischen Eingewanderten

In Deutschland leben circa 340.000 Menschen mit kroatischem Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011). Die kroatische Delegation – eine Art „Koordinationsstelle“ der Migrantengemeinden – geht von circa 300.000 kroatischstämmigen Katholiken aus. Es gibt 95 kroatische Gemeinden, in denen insgesamt 97 Priester,

² Vgl. u. a. Thränhardt (1989); Thränhardt/Hunger (2000); Hunger (2004; 2012); Pries (2010).

³ Heute spricht man in der Regel von seelsorgerischer Begleitung, um die Mündigkeit der Laien zu betonen. Für das Seelsorgeverständnis der damaligen Zeit ist der Begriff der Betreuung jedoch zutreffend.

⁴ Dieser Begriff stammt aus der italienischen Auslandsseelsorge und zielt nicht auf die Mission „Nichtgläubiger“.

61 pastorale Mitarbeiter und 32 Sekretäre arbeiten (Kroatische Delegation).

Die Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche spielt unter den kroatischen Eingewanderten eine wichtige Rolle. Kroatische Jugendliche weisen Religion in ihrem Leben eine hohe Bedeutung zu (KFN 2010).⁵ Illustriert werden kann das mit Aussagen deutscher Geistlicher aus den Interviews. Der Fachreferent einer Diözese charakterisiert die kroatische Gemeinden als „jung [...], vital, lebendig, vielfältig. (Pause). Beeindruckend“ (Fachinterview 2009). Ein deutscher Pfarrer erzählt über eine kroatische Nachbargemeinde: „Die Kroaten erlebe ich als ganz stark verwurzelt in ihrem Glauben. Zugleich gibt es eine starke Verbindung, manchmal auch Vermischung, von Kirchenzugehörigkeit, Glaubensbewusstsein und Nationalbewusstsein. [...] Ich erlebe sie gleichzeitig von einer festen Frömmigkeit. [...] Besonders in der jüngeren Generation kann ich manchmal nur neidisch hinschauen, wie viel jüngere Leute, auch Männer, im Gottesdienst sind, das ist wirklich toll“ (Fachinterview 2009).

Die kroatischen Priester erreichen viele Menschen. Geht man davon aus, dass mindestens 1.000 verschiedene Personen zumindest einmal im Jahr den Gottesdienst einer kroatischen Gemeinde besuchen – so ergibt das circa 100.000 Personen.⁶ Dies wären knapp 30 Prozent der Personen in Deutschland mit kroatischem Migrationshintergrund. Gehen wir davon aus, dass jede Mission einen Kern von circa zehn Personen hat, die sich aktiv einbringen, so gibt es bundesweit ca. 1.000 Personen, die das kroatische Gemeindeleben gestalten und organisieren.⁷ Diesen stehen Räume und Hauptberufliche zur Verfügung, sie sind durch die Priester untereinander und mit der kroatischen Bischofskonferenz vernetzt. Keine kroatische beziehungsweise kroatisch-jugoslawische Migrantenorganisation kann eine derartige Infrastruktur, Organisationsmöglichkeit und

Reichweite vorzeigen. Nur die Migrantenseelsorge begleitet seit Beginn kroatische Einwanderung. Ihre Bedeutung ist für die kroatischen Eingewanderten zentral. Sie prägte das Integrationsmuster der kroatischen Bevölkerungsgruppe mit.

4. Die Gemeinden und ihre Integrationswirkung

Fragt man nach der Integrationswirkung der kroatischen Seelsorge, so ist zunächst festzustellen, dass sich deren Funktion seit den 1960er Jahren geändert hat. Zu Beginn leisteten die Pfarrer Pionierarbeit in der Vernetzung der Landsleute. Denn beim „Aufbau einer neuen Mission steht der Missionar vor der schwierigen Aufgabe, die Landsleute erst einmal zu finden“ (Gottlob 1978: 146). Dazu fuhren sie von Ort zu Ort, befragten deutsche Priester und bauten Adresskarteien auf. Die Gemeinden entwickelten sich zu wichtigen Treffpunkten, zu denen zuerst junge Arbeitsmigranten und -migrantinnen kamen, die sich in der neuen Umgebung orientieren mussten. Später kamen Familien, für die die Gemeinden bald eine Vielzahl von Freizeitaktivitäten von Folklore über Kirchenchor und Musikunterricht bis hin zum Fußball anbieten. Die Gemeinden organisieren Wallfahrten und Ausflüge in Deutschland oder in die Heimat. Filme werden gezeigt und die meisten kroatischen Missionen können kroatisches Fernsehen empfangen. Seit der Jahrtausendwende gibt es in einigen Diözesen Reformprozesse, die auch die Migrantenseelsorge betreffen.⁸ Diese zeitliche Dynamik – dieser ständige „Prozess der Adaption, des Abarbeitens von Problemen“ (Thränhardt in diesem Band) – kann der vorliegende Artikel nur bedingt auffangen und stellt ihre Funktion in gewisser Weise schematisch dar.

5 Dabei handelt es sich um katholische Jugendliche mit jugoslawischem Hintergrund. Man kann davon ausgehen, dass es sich vorwiegend um kroatische und nur in geringer Zahl um slowenische Jugendliche handelt.

6 Dies ist eine konservative Schätzung. Da viele kroatische Gemeinden, insbesondere in großen Städten, mehrere Sonntagsgottesdienste in verschiedenen Kirchen abhalten, erreichen diese häufig 1.000 Gottesdienstbesucher an einem Sonntag allein. In Berlin beispielsweise schätzte der kroatische Pfarrer die durchschnittliche Zahl der Gottesdienstbesucher sonntags auf 2.000 Personen.

7 Dies entspricht der durchschnittlichen Zahl der Pastoralräte in den kroatischen Gemeinden im Großraum Stuttgart (Hrvatske katoličke zajednice 2013).

8 Vgl. u. a. Deutsche Bischofskonferenz (2003); Deutsche Bischofskonferenz (2013); Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart (Juni 2001).

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie „Integration“ definiert und operationalisiert wird. In Anlehnung an Hartmut Esser lassen sich strukturelle, soziale, emotionale und kulturelle Integrationsdimensionen unterscheiden. Deren Definition und Operationalisierung werden im Folgenden erläutert und jeweils auf das Beispiel der kroatischen Seelsorge bezogen. Die kulturelle Dimension – häufig operationalisiert als das Erlernen der deutschen Sprache – wird nicht behandelt, da in den Gemeinden grundsätzlich kroatisch gesprochen wird.

4.1 Kroatische Gemeinden unterstützen strukturelle Integrationsprozesse

Strukturelle Integration bezeichnet „die Besetzung von Positionen in verschiedenen Funktionssystemen, etwa im Bildungsbereich und vor allem auf dem Arbeitsmarkt, sowie die Inanspruchnahme gewisser Rechte“ (Esser 1986: 22). Die These, dass die Gemeinden die strukturelle Integration fördern, beruht auf der Annahme, dass die Priester und das kirchliche Personal nicht nur im engen Sinne seelsorgerisch, sondern auch sozialarbeiterisch tätig sind.

Seit Anfang der 1970er Jahre arbeiten etwa 80 kroatische Priester in der Bundesrepublik Deutschland, von denen in einer 1976 durchgeführten Umfrage 77 Prozent angaben, mindestens ein Viertel ihrer Arbeitszeit für weltliche Fragen und Sorgen der Gemeindemitglieder zu verwenden. Knapp die Hälfte verbrachte mindestens 50 Prozent ihrer Arbeitszeit mit diesen Aufgaben (vgl. Gottlob 1978: 101, 291). Diese Arbeit illustriert ein Zitat aus dem Jubiläumsband der kroatischen Gemeinde Berlin von 1989, in dem ein Gemeindemitglied schreibt: „Priester und Schwestern, Sekretärinnen und Sozialarbeiter nehmen sich der Arbeiter und Arbeiterinnen an, ihren Familien und Kindern. [Sie kümmern sich] nicht nur um die Seele, sondern auch um den Körper. [...] Wie viele dieser ‚Fälle‘ gehen durch ihre Hände? Wie viele Obdachlose wurden versorgt, Ar-

beitslosen eine Arbeit gefunden, Kranke besucht, Verstrittene versöhnt? Sie begleiteten uns zu den Ärzten. Sie schützten und vertraten unsere Rechte im Senat. Sie haben unsere Aufenthalts-erlaubnisse geregelt. Unverständliche ‚Papiere‘ ausgefüllt. Mit uns vor der Ämtern gewartet“ (Marović/Aračić 1989: 31). Integration heißt hier konkret die Integration in den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in das Gesundheitssystem und die Sicherung eines legalen Aufenthaltsstatus.

Bis Ende der 1990er Jahre unterstützten Sozialarbeiter der Caritas die Priester, da die staatlich finanzierte Migrantensozialarbeit der Wohlfahrtsverbände ebenfalls national organisiert war (vgl. Thränhardt/Puskeppeleit 1990; Europäisches Forum für Migrationsstudien 2001). Häufig hatten die Sozialarbeiter ihren Sitz in den Gemeinderäumen. Ein Sozialarbeiter erzählt: „Wir haben damals sehr eng mit der kroatischen Mission zusammengearbeitet, vielerorts gab es sogar die Büros im selben Gebäude, hier war das auch so. Jahrelang, das Pfarrbüro war zugleich auch Sozialbüro. Obwohl ich immer bei der Caritas war und nicht beim Bistum, die Leute haben das gar nicht unterschieden“ (Fachinterview 2008). In der Berliner Gemeinde arbeiteten 1989 beispielsweise vier hauptamtliche Mitarbeiter der Caritas. Zu jener Zeit suchten dort im Jahr durchschnittlich 3.100 Personen um Rat (vgl. Marović/Aračić 1989: 73).⁹ Geht man von circa 30.000 Jugoslawinnen und Jugoslawen in Westberlin aus, so suchte jede/jeder zehnte Jugoslawin/Jugoslawe im Jahr Rat bei der Caritas (vgl. Schedlich/Gieschler 1987: 9). Da man davon ausgehen muss, dass die Katholikinnen und Katholiken eher den Weg in die Mission fanden als die muslimischen oder serbischen Jugoslawinnen und Jugoslawen, so ist die Zahl für die Kroatinnen und Kroaten höher. 1988 lebten nach Angaben der Mission circa 9.000 Kroatinnen und Kroaten und 1.000 Sloweninnen und Slowenen in der Stadt (vgl. Marović/Aračić 1989: 56). Hätten ausschließlich Kroatinnen und Kroaten die Beratung in Anspruch genommen, entspräche das fast jedem Dritten.

⁹ Unklar ist bei dieser Zahl, ob Personen, die mehrfach die Beratungsstelle aufsuchten, auch mehrfach gezählt wurden.

Zu den Angestellten der Caritas kommen drei Priester, fünf Ordensschwwestern und eine Sekretärin, sodass insgesamt 13 Personen in den damals noch großen Gemeinderäumen in Berlin arbeiteten. Den Gemeindemitgliedern stand ein stattliches hauptamtliches Personal mit Rat und Tat zur Seite, die über eigene Räumlichkeiten und finanzielle Ressourcen verfügten.

Zusätzlich boten die Gemeinden vielfältige Freizeitangebote, die Möglichkeit, sich zu vernetzen und eine Jugendarbeit, die über die Katechese weit hinausging. So erzählt ein Berliner Kroat, der als Kind eingewandert war, von seiner Jugend in der Gemeinde in den 1980er Jahren: „Wir hatten drei Chöre, drei Mandolinengruppen, ein Jugendorchester, in dem 100 oder 150 Kinder spielten. Also war alles sehr aktiv, und keiner fragte nach jedem Cent“ (Interview 2009). Mittlerweile müssen die Diözesen vermehrt einsparen und umstrukturieren. Auch fragt die dritte kroatische Generation in der Bundesrepublik Deutschland die Angebote nicht mehr so stark nach wie die zweite. Aber weiterhin organisieren die Gemeinden neben den seelsorgerischen Angeboten Jugend- und Freizeitangebote. In der Stuttgarter Gemeinde gibt es beispielsweise vier Folkloregruppen und zwei Chöre (Hrvatske katoličke zajednice). Zur Zeit der Feldforschung 2009 bot ein aktives Gemeindemitglied Klavierunterricht an, in der Berliner Gemeinde hat der Priester eine Franziskaner-Jugend gegründet.

Dass die kroatischen Gemeinden den Eingewanderten ein vielfältiges und umfassendes Angebot bieten konnten, hat verschiedene Gründe. Da ist die hohe Religiosität der Eingewanderten und ihr Vertrauen in die Priester (vgl. Gottlob 1978), die Konkurrenz zwischen jugoslawischen und kroatischen Organisationen, die weitgehende Einigkeit unter den Priestern in einer mehr oder minder radikalen Opposition zum kommunistischen Regime in Jugoslawien, die Möglichkeit, bis in die 1990er Jahre hinein relativ problemlos kroatische Priester aus Jugoslawien rekrutieren zu können, während der Priesternachwuchs aus Italien und Spanien bereits spärlich wurde.

4.2 Die kroatischen Gemeinden blockieren emotionale Integrationsprozesse

Versteht man emotionale Integration als die Identifikation als deutsch, so wirken die kroatischen Gemeinden als Integrationsblockade. Dies rührt daher, dass der kroatische Katholizismus stark national geprägt ist und sich die Kirche im Jugoslawien der 1970er Jahre zusätzlich nationalisierte (vgl. Perica 2002; Bremer 2008). Darüber hinaus spielt der Franziskaner-Orden in der Auslandsseelsorge eine wichtige Rolle. So gehörten 2009 ungefähr die Hälfte der kroatischen Priester in der Bundesrepublik zum Franziskaner-Orden, zu Beginn waren es ungefähr zwei Drittel (Buchenau 2006: 151; Kroatische Delegation). Der Orden gilt als äußerst konservativ und nationalistisch (Buchenau 2006: 67). Aufgrund der nationalistischen Orientierung kommt es in den Migrantengemeinden zu Ausschlussprozessen, insbesondere gegenüber kroatisch-jugoslawischen „Mischehen“. So erzählt eine kroatische Einwanderin, dass sie nach ihrer Heirat eines Serben in der kroatischen Gemeinde nicht mehr willkommen war. Mit den jugoslawischen Sezessionskriegen erreichte diese nationale Orientierung ihren Höhepunkt, damals wandelten sich die Gemeinden in Güterumschlagplätze und „logistische Zentren“ (Ott 2002: 10): Kleidung wurde sortiert, Spenden gesammelt und LKWs beladen.

Der bereits zitierte Berliner Kroat schrieb 1989 über das kulturelle Angebot der Berliner Gemeinde:

„Wenn wir nicht in die Heimat fuhren, feierten wir im Zentrum. Im großen Saal. Die Jugend hatte ihre Räume. [...] Jedes Wort der ‚Experten‘ haben wir aufgesaugt. Über Sprache und Literatur, über die Bibel und das Christentum, über die Ehe und die Familie, über die Auswanderer und ihr Schicksal, das wir erlebten und erleben. Wir freuten uns über die regelmäßigen und unregelmäßigen Besucher, die uns von den ‚Baustellen‘ zu den Fabriken des Geistes, in die Werkstätten des Verstandes und des Herzens führten. Geführt haben sie uns bei der Hand durch das Blumenfeld

der kroatischen Kultur, durch die Geschichte der Christenheit, des Glaubens und der Nation. [...] Dort haben wir uns erkannt als Volk und als Kirche, als Gemeinschaft derer, die glaubt. [...] Sie haben uns gelehrt, das zu schätzen, was wir sind. Sie haben uns dazu angeregt, uns nicht zu schämen der Mutter Heimat und der Mutter Kirche, dass wir nicht vergessen unsere leibliche Mutter, die allein hinter sieben Bergen geblieben ist“ (Marović/Aračić 1989: 31).

Die Vermittlung von Selbstbewusstsein, kultureller Identität und dadurch Handlungsfähigkeit – neben Alltagswissen und Interessenvertretung die dritte Komponente von Binnenintegration im Sinne von Georg Elwert – geht im kroatischen Fall mit einer Nationalisierung einher (vgl. Elwert 1982). Priester und kirchliches Personal betreiben in den Gemeinden gezielte Identitätskonstruktion. Eine Identifikation als (auch) Deutsch, die Aufgabe des kroatischen Passes zugunsten des deutschen, des Rückkehrgedankens zugunsten einer langfristigen Lebensplanung in der Bundesrepublik Deutschland passen nicht in die nationale Logik.

4.3 Die Gemeinden fördern soziale Integrationsprozesse nicht

Kontakte zwischen den deutschsprachigen und kroatischen Gemeinden bleiben selten, auch da für die „Ausländergemeinden“ häufig eigene Räumlichkeiten angemietet wurden. Wenn es Kooperationen zwischen deutschsprachigen Gemeinden und Missionen gibt, entstehen diese zufällig oder begrenzen sich auf Feiertage. 1975 führten die Kirchen den „Tag des ausländischen Mitbürgers“ ein.¹⁰ Doch die Zusammenarbeit an Feiertagen führte nicht zu nachhaltigen Begegnungen. So beschreibt ein Dekanatsreferent, wie er in den 1990er Jahren bei den Gemeindefesten im Nordwesten Baden-Württembergs die Migrantengemeinden wahrgenommen hat:

„Beim Gemeindefest, da haben die Italiener einen Stand gehabt, die Spanier, die Kroaten, meistens Essen. (Lacht) Ja, das sehe ich heute

auch anders. [...] Ich finde, da reduziert man die jeweilige Nationalität auf ein Nationalgericht und es ist noch kein Gespräch zustande gekommen. Sondern die machen ihre Paella und die anderen machen ihre Pizza oder ihre Čevabčići. Dann ist es gut und beim nächsten Gemeindefest laden wir die wieder ein. Aber passiert ist da noch nichts“ (Fachinterview 2009).

Passiert ist, so die implizite Kritik, keine kontinuierliche Begegnung auf der Basis des geteilten Glaubens, in der Unterschiede darin, wie man Christentum versteht und lebt, auch kontrovers diskutiert werden können. Die unterschiedliche Schichtzugehörigkeit der eingesessenen und zugewanderten Menschen erschwert die Kontaktaufnahme. Während die deutschsprachigen Katholikinnen und Katholiken im Laufe der Jahrzehnte verstärkt aus der bürgerlichen Mittelschicht kommen, sind die zugewanderten als Arbeiter angeworben worden beziehungsweise stammen aus Arbeiterfamilien (vgl. Miehle 2006: 92).

Versteht man soziale Integration als Kontakt zu „Deutschen“, sind die Migrantengemeinden kein Motor der sozialen Integration. Für den langjährigen Ausländerreferenten der Diözese Limburg Herbert Leuninger sind die Missionen eine „Nebenkirche“ (Leuninger 1987) und für die Theologin Monika Scheidler gar ein „Alibi“ für den deutschsprachigen Klerus und die deutschsprachigen Gemeinden, „sich mit den Arbeitsmigranten, Aussiedlern und Flüchtlingen ... nicht näher beschäftigen zu müssen“ (Scheidler 2002: 114).

4.4 Sozialdaten zeigen gute strukturelle Integration und wenig Einbürgerung

Die dargelegten Thesen bleiben auch mit Blick auf die vorhandenen Sozialdaten von kroatischen Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland plausibel. Drei Viertel der Menschen mit kroatischem Migrationshintergrund haben einen Schulabschluss, womit sie gut zwölf Prozent über der gesamten Perso-

¹⁰ Dieser wurden von den Kirchen initiiert, mittlerweile trägt die Initiative den Namen „Interkulturelle Woche“.

nengruppe mit Migrationshintergrund liegen. Im Vergleich zu anderen „klassischen“ Einwandererpopulationen hat die kroatische Gruppe den größten Anteil an Personen mit einem Realschulabschluss oder der (Fach-)Hochschulreife (Statistisches Bundesamt 2010).

Die Schulstatistik zeigt, dass die kroatischen Jugendlichen im deutschen Bildungssystem erfolgreich sind. Schülerinnen und Schüler mit kroatischer Staatsbürgerschaft besuchten 2003 zu 17,4 Prozent das Gymnasium.¹¹ Dies ist deutlich mehr als der Durchschnitt der ausländischen Jugendlichen, der bei 9,6 Prozent lag. 15,5 Prozent der kroatischen Schülerinnen und Schüler besuchten die Realschule, sechs Prozentpunkte mehr als der ausländische Durchschnitt (BMBF 2004).¹² Dieser positive Trend zeigt sich auch in Hinsicht auf berufliche Bildungsabschlüsse in der kroatischen Einwanderergruppe und die Erwerbstätigkeit. Frauen mit kroatischem Migrationshintergrund sind gut ausgebildet und häufig berufstätig (vgl. Statistisches Bundesamt 2010). Die Armutsgefährdungsquote bei Menschen mit kroatischem Migrationshintergrund liegt bei 14,9 Prozent und damit nur leicht über dem Bundesdurchschnitt und weit unter dem „migrantischen“ Schnitt (26,2).¹³ Gleichzeitig ist der Anteil der Menschen mit kroatischem Hintergrund, die mit kroatischem Pass in der Bundesrepublik leben, mit 60 Prozent vergleichsweise hoch (Statistisches Bundesamt 2011).¹⁴

So ist der kroatischen Einwanderergruppe ein mit sozialer Aufwärtsmobilität verbundener Integrationsprozess gelungen, der mit der Beibehaltung der kroatischen Staatsbürgerschaft einhergeht. Dieses Integrationsmuster mag verschiedene Ursachen haben. Für die soziale Lage ist wichtig, dass die kroatische Gruppe vergleichsweise gut gebildet in die Bundesrepublik kam. So hatten nach dem jugoslawischen Zensus 1971 von den jugoslawischen Arbeitsmigranten im Ausland über 40 Prozent die achtjährige Schulbildung und 22 Prozent eine weiterführende

Schule abgeschlossen (vgl. Baučić 1974). Knapp ein Drittel kam als Facharbeiter in die Bundesrepublik (vgl. Jamin 1998). In Bezug auf die Staatsbürgerschaft ist zu berücksichtigen, dass Kroatien voraussichtlich der Europäischen Union beitreten wird und dann eine Doppelstaatsbürgerschaft möglich ist. Gleichzeitig ist es plausibel zu argumentieren, dass die kroatischen Gemeinden mit ihren Ressourcen und ihrem Nationalkatholizismus das Integrationsmuster entscheidend mitgeprägt haben.

5. Weitere Forschung muss die subjektive Integrationswahrnehmung erfassen

Dieser Beitrag portraitiert die kroatische Seelsorge in der Bundesrepublik und fragt nach ihrer Funktion im Integrationsprozess der kroatischen Menschen in der Bundesrepublik. Gezeigt wurde die Bedeutung der Migrantengemeinden und ihre ambivalente Rolle: Sie stützen strukturelle Integrationsprozesse durch praktische Lebenshilfe und Vernetzung und betonen gleichzeitig kroatische Identität und Zugehörigkeit. Sie suchen wenig Kontakt zu deutschsprachigen Ortsgemeinden, die wiederum auch wenig Interesse an den „Ausländergemeinden“ zeigen.

Im Forschungsinteresse standen Gemeinden, die den Eindruck erweckten, Knotenpunkt stabiler sozialer Beziehungen zu sein. Interviewpartner erschienen als gut „integriert“ in Familie und soziale Gemeinschaft, verankert in Religiosität und Weltbild. Um dies zu erfassen, muss man emotionale und soziale Integration sorgfältiger operationalisieren und die subjektive Perspektive einbeziehen. Als Anregung kann die Umfrage „Deutsche Zustände“ dienen. Diese erfasst emotionale und soziale Integration mit Fragen, ob die soziale Umwelt als solidarisch und fair wahrgenommen wird, ob man Unterstützung für die persönliche Entwicklung erfährt und wie man die eigenen Einflussmöglichkeiten wahrnimmt (vgl.

11 Dies ist das letzte Jahr, in dem die Statistik nach Nationalität differenziert.

12 Von den Schülerinnen und Schülern mit deutscher Staatsbürgerschaft besuchten 25 Prozent das Gymnasium, 14 Prozent die Realschule.

13 Als armutsgefährdet gelten in Deutschland jene Menschen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens beträgt. Bezugsgröße ist der Bundesmedian.

14 Vergleich türkische Gruppe: 47 Prozent, migrantischer Schnitt: 35 Prozent.

Endrikat et al. 2002). Anzunehmen ist, dass aus dieser Perspektive die Einbindung in die Migrantengemeinden für viele sozial und emotional „integrativ“ ist. Für manche Gesprächspartner der zweiten Generation erwies sich die konservative nationalkatholische Gemeinschaft allerdings als zu eng. Einbindung schlägt in „negative Starrheit“ (Bohle et al. 1997: 29) um, aus der einige schließlich ausbrechen.

Weitere Forschungsarbeiten, die einen so skizzierten Integrationsbegriff verwenden, sind notwendig, um die Integrationswirkung der Migrantenseelsorge zu erfassen. Bisher hat diese wenig Aufmerksamkeit erfahren. Nach der für dieses Thema zentralen Dissertation von Bernd Gottlob Mitte der 1970er Jahre sind nur vereinzelte Arbei-

ten erschienen, darunter eine Studie zu kirchenrechtlichen Fragen (Fernández Molina 2005), eine studentische Projektarbeit (Lofink und Schmied 2004) und theologische Arbeiten (Scheidler 2002; Scheidler, Hofrichter und Kiefer 2010). Im Vergleich zu der Fülle an Forschungsprojekten zur Rolle der muslimischen Organisationen ist dies überraschend.¹⁵ Ein systematischer Vergleich wäre fruchtbar. Angesichts der jahrzehntelangen Rekrutierung katholischer Priester im Ausland könnte sich manche Aufregtheit über „importierte Imame“ relativieren. Auch würde ein Vergleich unterstreichen, dass die Ressourcenausstattung entscheidend ist für die Frage, wie Migrantengemeinden Integrationsprozesse begleiten und stützen können (vgl. Huth 2007).

Literatur

- Baučić, Ivo 1974: Radnici u inozemstvu prema popisu stanovništva Jugoslavije 1971, Zagreb.
- Bohle, Hans Hartwig; Heitmeyer, Wilhelm; Kühnel, Wolfgang; Sander, Uwe 1997: Anomie in der modernen Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt am Main, S. 29-65.
- Braun, Sebastian 2001: Assoziative Lebenswelt, bindendes Sozialkapital und Wahlgemeinschaften des Geschmacks, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22(3), S. 76-87.
- Bremer, Thomas 2008: The Catholic Church and its Role in Politics and Society, in: Ramet, Sabrina; Clewing, Konrad; Lukic, Reneo (Hrsg.): Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München, S. 251-268.
- Buchenau, Klaus 2006: Kämpfende Kirchen. Jugoslawiens religiöse Hypothek, Frankfurt am Main.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung 2004: Grund- und Strukturdaten 2003/04, Bonn.
- Ceylan, Rauf 2010: Die Prediger des Islam. Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen, Bonn.
- Deutsche Bischofskonferenz 2003: Eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern. Leitlinien für die Seelsorge an Katholiken anderer Muttersprache; 13. März 2003 (Arbeitshilfen/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Bonn, www.alt.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk5.arbeitshilfen/ah171.pdf (30.11.2011).
- Deutsche Bischofskonferenz 2013: Weiterentwicklungsmodelle für muttersprachliche Gemeinden. <http://www.kirche-am-ball.de/laenderinfos/deutschland> (4.3.2013).
- Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart 2001: Die Gemeinden für Katholiken anderer Muttersprache in den Seelsorgeeinheiten. Konzept zur Vernetzung in der Seelsorgeeinheit, Juni 2001, www.drs.de/fileadmin/HAIV/Gemeinde/KG_Konzept_Muttersprachliche_Gemeinden.pdf (1.12.2011).

15 Stellvertretend für viele andere Schiffauer (2010); Ceylan (2010); Spielhaus und Färber (2006).

- Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration – Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34, Nr. 4, 1982, S. 717-731.
- Erdrikat, Kirsten; Schaefer, Dagmar; Mansel, Jürgen; Heitmeyer, Wilhelm 2002: Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2002: Deutsche Zustände (Folge 1), Frankfurt am Main, S. 37-58.
- Esser, Hartmut 1986: Integration und ethnische Schichtung (Arbeitspapier), www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf (1.3.2011).
- Europäisches Forum für Migrationsstudien 2001: Integrationsmaßnahmen der Wohlfahrtsverbände. Gutachten für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Bamberg, <http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms.pdf> (4.3.2013).
- Fernández Molina, Cristina 2005: Katholische Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik Deutschland. Kirchenrechtliche Stellung und pastorale Situation in den Bistümern im Kontext der europäischen und deutschen Migrationspolitik, Berlin.
- Fincke, Gunilla 2009: Abgehängt, chancenlos, unwillig? Eine empirische Reorientierung von Integrationstheorien zu MigrantInnen der zweiten Generation in Deutschland, Wiesbaden.
- Gottlob, Bernd 1978: Die Missionare der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland. Eine Situations- und Verhaltensanalyse vor dem Hintergrund kirchlicher Normen, München.
- Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep (Hrsg.) 2012: Migration and Organized Civil Society, Oxon, New York.
- Hrvatske katoličke zajednice: Portal hrvatskih katoličkih zajednica – Webportal der Kroatischen Katholischen Gemeinden – Diözese Rottenburg-Stuttgart, www.kkgs.de (28.2.2013).
- Hunger, Uwe 2004: Wie können Migrantorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesinnenministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland, Münster, Osnabrück, http://www.pro-qualifizierung.de/data/034_imis_mso.pdf (4.3.2013).
- Huth, Susanne 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten. Lernorte und Wege zu sozialer Integration, Frankfurt am Main, <http://www.abwf.de/content/main/publik/materialien/materialien83.pdf> (4.3.2013).
- Jamin, Mathilde 1998: Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung, in: Jamin, Mathilde (Hrsg.): Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Ruhrlandmuseum, Essen, S. 149-170.
- KFN 2010: Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrung, Integration und Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesinnenministeriums und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V., Hannover, www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob109.pdf (29.7.2010).
- Kroatische Delegation: Kroatenseelsorge in Deutschland, www.kroatenseelsorge.de (28.2.2013).
- Leuninger, Herbert 1987: Eine Nebenkirche oder die Einheit in der Vielfalt? Die Gemeinden von Katholiken anderer Muttersprache in der Bundesrepublik Deutschland, in: Barwig, Klaus; Mieth, Dietmar (Hrsg.): Migration und Menschenwürde. Fakten, Analysen und ethische Kriterien, Mainz, S. 140-157.
- Lofink, Harald; Schmied, Gerhard (Hrsg.) 2004: Kirche – Heimat in der Fremde. Untersuchungen von zwei Gemeinden anderer Muttersprache im Bistum Mainz (Mainzer Perspektiven Berichte und Texte aus dem Bistum Band 16), Mainz am Rhein.
- Marović, Vinko; Aračić, Dinko (Hrsg.) 1989: Hrvatska Katolička Misija, Berlin; 1969-1989, Split.
- Miehle, Wolfgang 2006: Die muttersprachlichen Gemeinden zwischen gestern und morgen, in: Bebić, Josip (Hrsg.): Budućnost hrvatskih misija u Europi, Frankfurt am Main, S. 77-105.
- Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 25.7.2012:

Geistliche für die Muttersprachliche Seelsorge, Email, Bonn.

- Ott, Ivan 2002: Od radnika na privremenom radu u inozemstvu do rađanja hrvatske nacionalne svijesti i identiteta. Povijesna analiza hrvatskog iseljeništva u Baden-Württembergu, in: Madračević, Josip (Hrsg.): Na kratkom valu Radio Zagreba. Foto-dokumenti, zapisi i citati. Stuttgart, 1984-1996, Stuttgart, S. 7-11.
- Perica, Vjekoslav 2002: *Balkan Idols. Religion and Nationalism in Yugoslav States*, Oxford.
- Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep (Hrsg.) 2010: *Jenseits von „Identität oder Integration“*. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden.
- Schedlich, Bosiljka; Gieschler, Sabine (Hrsg.) 1987: *Der Weg. Jugoslawische Frauen in Berlin-Wedding*. Ein Ausstellungsprojekt zur 750-Jahr-Feier von Berlin des Kulturvereins Bürgersaal und des Künstlerhauses Bethanien mit frdl. Unterstützung des Senators für kulturelle Angelegenheiten, Berlin.
- Scheidler, Monika 2002: *Interkulturelles Lernen in der Gemeinde. Analysen und Orientierungen zur Katechese unter Bedingungen kultureller Differenz*, Ostfildern.
- Scheidler, Monika; Hofrichter, Claudia; Kiefer, Thomas (Hrsg.) 2010: *Interkulturelle Katechese*, München.
- Schiffauer, Werner 2010: *Nach dem Islamismus. Die islamische Gemeinschaft Milli Görüş: eine Ethnographie*, Frankfurt am Main.
- Spielhaus, Riem; Färber, Alexa (Hrsg.) 2006: *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*. Berlin: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, <http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/islamischesgemeindeleben.pdf> (28.2.2013).
- Statistisches Bundesamt 2010: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009*. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt 2011: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010*, Wiesbaden.
- Thränhardt, Dietrich 1989: *Patterns of Organization among Different Ethnic Minorities*, in: *New German Critique* 46, 1989, S. 10-26.
- Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe (Hrsg.) 2000: *Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, Münster.
- Thränhardt, Dietrich; Puskeppleit, Jürgen 1990: *Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg im Breisgau.
- Winterhagen, Jenni; Thränhardt, Dietrich 2012: *Three Catholic Transnationalisms – Italian, Spanish, and Croat Immigrants Compared*, in: Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep (Hrsg.): *Migration and Organized Civil Society*, Oxon, New York, S. 175-194.
- Zimmer, Annette; Priller, Eckhard; Schwalb, Lilian; Hallmann, Thorsten 2007: *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel: Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung (Bürgergesellschaft und Demokratie)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gemeinschaftsbildung und Integration. Die Aleviten in Deutschland und den Niederlanden

Handan Aksünger

Zusammenfassung

Im Zusammenhang mit den Debatten über die „gescheiterte Integration“ in den Niederlanden und die „nachholende Integration“ in Deutschland gerieten Migrantenselbstorganisationen (MSO) zunehmend als zivilgesellschaftliche Akteure ins Blickfeld. Im vorliegenden Aufsatz vergleiche ich die zivilgesellschaftliche Organisation der Aleviten in Deutschland und in den Niederlanden. Die Aleviten sind in den 1960er Jahren aus der Türkei in die beiden Länder eingewandert, haben jedoch ihre Identität bis Ende der 1980er Jahre aufgrund des traditionellen Schweigegebots (*Takiye*) nicht an die Öffentlichkeit getragen. Die Analyse zeigt, dass die Selbstorganisationen der Aleviten in pluralistischen Gesellschaften wie Deutschland und den Niederlanden nicht zur Abschottung beitragen, sondern eher als eine Ressource für die „zivilgesellschaftliche Integration“ und die Öffnung in die Gesellschaft hinein gesehen werden können. In Deutschland entwickeln sich die Aleviten-Organisationen auf Grund der institutionellen Anreize und Förderungsangebote in Richtung auf eine Religionsgemeinschaft, in den Niederlanden dagegen auf Grund der dortigen strukturellen Gegebenheiten in Richtung auf eine humanistische Kulturorganisation.

1. Einleitung

Als Hamburg als erstes Bundesland im November 2012 den Staatsvertrag¹ mit Muslimen und Aleviten unterzeichnete, häuften sich die Pressemeldungen. Während die einen diesen „Schritt als ein Signal der Bereitschaft zu einem kooperativen Miteinander begrüßten“ (www.badische-zeitung.de), stieß bei anderen der „Staatsvertrag mit Muslimen auf Kritik“ (www.ndr.de). Für einen der Vertragspartner – die Aleviten – brachte dieser Vertrag etwas Besonderes. Auf ihrer Homepage war zu lesen: „Mit dem Hamburger Staatsvertrag schreiben wir Geschichte“ (www.alevi.com). Die Anerkennung, mit der alevitische Feiertage, die Erlaubnis zur Trägerschaft für Kindertagesstätten, die Seelsorge z. B. in Krankenhäusern, aber auch die aktive Mitgestaltung des Religionsunterrichtes erstmals rechtlich verankert werden, ist ein Novum.

Bis heute sind die Aleviten im Herkunftsland Türkei nicht anerkannt, bis in die 1980er Jahre haben sie ihre religiöse Zugehörigkeit in der Öffentlichkeit verborgen. Erst durch die Selbstorganisation in Deutschland und in den Niederlanden seit Ende der 1980er Jahre und den kollektiven Bruch mit der Jahrhunderte alten Tradition der *Takiye* (Schweigegebot), initiiert im europäischen Migrationskontext, konnten Aleviten ihre

1 Der Staatsvertrag beruht auf Art. 140 GG, worin das Staatskirchenrecht geregelt wird. Er beinhaltet u.a. die Regelungen, dass es keine Staatskirche gibt, sowie der Neutralität des Staates gegenüber allen Religionsgemeinschaften und der Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften (<http://dejure.org/gesetze/GG/140.html>).

Identität nach außen tragen. Sökefeld (2005, 2008b) hat dies als *coming out* bezeichnet. Im Folgenden geht es darum, welche Auswirkungen die Selbstorganisation der Aleviten im deutschen und niederländischen Kontext auf die zivilgesellschaftliche Integration hatte.²

2. Integrations- und Zivilgesellschaftsmodelle

Insbesondere seit den Ereignissen des 11. September 2001, den Anschlägen in Madrid 2004 und London 2005, dem Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh 2004 sowie den Unruhen in den französischen Vorstädten im Oktober 2005 sind die öffentlichen Debatten durch die Frage nach der gescheiterten Integration von Migrantinnen und Migranten – vornehmlich mit islamischem Hintergrund – geprägt. Mit ca. vier Millionen in Deutschland (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF 2009) und ca. einer Million in den Niederlanden (Centraal Bureau voor de Statistiek, CBS)³ stellen die Muslime die größte Glaubensgemeinschaft neben den Christen dar. Im Fokus der Integrationsdebatten stehen vor allem türkeistämmige Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland mit ca. 2,9 Millionen und den Niederlanden mit ca. 390.000 Menschen jeweils die größte Migrantengruppe sind⁴ (Statistisches Bundesamt 2012: 100; CBS 2012).

Das öffentliche Bild der Migrantinnen und Migranten aus der Türkei ist durch Schlagwörter wie „Zwangsheirat“, „Ehrenmord“, „Parallelgesellschaften“ und „religiöse Abschottung“ gekennzeichnet. Während in den Niederlanden gegenwärtig die Rede von „gescheiterter Integration“ ist, spricht man in Deutschland von „nachholender Integration“ (vgl. Thränhardt 2010: 16).

Dabei heizen populistische Aktivisten wie Pim Fortuyn (2002), Geert Wilders (2008), Roland Koch (2007) und Thilo Sarrazin (2010) die Integrationsdebatten an und zementieren das öffentliche Bild von integrationsunwilligen Migrantinnen und Migranten, die sich den Werten und Normen der europäischen Mehrheitsgesellschaft weitgehend verschließen. Auch Selbstorganisationen sind vielfach nur dann öffentlich wahrgenommen worden, wenn sie als gefährlich oder selbstausgrenzend dargestellt werden konnten.

2.1 Deutschland und die Niederlande im Vergleich

Die Forschungen zu den herkunftshomogenen⁵ Migrantenselbstorganisationen (MSO) in Deutschland kreisten lange Zeit um die Dichotomie „integrationsfördernd“ vs. „integrationshemmend“. Gegen die „Ghetto-These“ der Marburger Studie „Formen der Konfliktbewältigung“ (Diedrich/Diedrich 1975) setzte Elwert (1982: 717-718) seine These von der „Binnenintegration“, wonach die Einbindung der Migranten in ihre eigenen sozialen und kulturellen Zusammenhänge unter dem Schirm der aufnehmenden Gesellschaft sich unter bestimmten Bedingungen positiv für die sich daran anschließende gesamtgesellschaftliche Integration auswirken kann.

Im Gegensatz zu Elwert vertrat Esser (1986: 106) die Ansicht, dass „ethnische Koloniebildung durch ihre segmentierenden Wirkungen die Integration der Minderheit in die Aufnahmegesellschaft verhindert“. Dabei sieht Esser vor allem das Kriterium der „kulturellen Differenz“ als wesentliches Hindernis auf dem Weg zur Integration. Autoren wie Thränhardt (1999, 2000), Çetinkaya (2000), Hunger (2000, 2002) und Haedde (2005) sehen in der Selbstorganisation eine

2 Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse der Dissertation „Jenseits des Schweigegebots. Alevitische Migrantenselbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Integration in Deutschland und den Niederlanden“ zusammen.

3 Auf der Basis einer Schätzung des CBS von 2006 wird die Zahl der Muslime 2010 die Millionengrenze überschritten haben (vgl. www.cbs.nl).

4 Die Niederlande unterscheiden in ihren Bevölkerungsstatistiken zwischen Autochtonen (Einheimischen) und Allochtonen (Nicht-Einheimischen). Die letztere Kategorie bezieht sich auf Personen, die mindestens einen Elternteil haben, der nicht in den Niederlanden geboren ist. Die Gruppe der Allochtonen wird weiterhin in die westliche und nicht-westliche differenziert. Als westlich gelten Einwanderer aus Europa, Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan, als nicht-westlich Menschen aus der Türkei, Asien, Afrika und Südamerika (Böcker/Groenendijk 2004: 307; Ersanili 2007: 3).

5 Als herkunftshomogen werden jene Organisationen bezeichnet, deren Mitglieder zu über 80 Prozent aus einem einzigen Land, einer einzigen Region, Stadt, oder einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe stammen (vgl. MASSKS 1999:2).

Ressource für die „Binnenintegration“ und „Partizipationspotentiale“. Im Gegensatz dazu schreiben Autoren wie Heckmann (1998) und Diehl (2002) den MSO eine integrationshemmende Wirkung zu, da diese eher auf das Herkunftsland konzentriert seien, wodurch die Dichotomie „aufnahmelandorientiert vs. herkunftslandorientiert“ weiter verfestigt wird.

Die Arbeiten von Jungk (2001), Rauer (2004), Berger et al. (2004), Hadeed (2005) und Halm/Sauer (2007) fokussieren eher auf die zivilgesellschaftliche Relevanz der MSO. Dabei stehen vor allem Begriffe wie bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation und Sozialkapital im Vordergrund. Insbesondere der Sozialkapital-Ansatz von Robert Putnam (1993, 2000) wurde in der Forschung über herkunftshomogene MSO wiederholt aufgegriffen. Der von Putnam beschriebene Begriff des Sozialkapitals umfasst drei wesentliche Elemente: erstens soziales Vertrauen (trust), das als Bindeglied den Zusammenhalt zwischen den Menschen begünstigt; zweitens die Norm generalisierter Reziprozität (norms), d. h. die Verlässlichkeit gegenseitiger Unterstützung und drittens Einbindung in Netzwerke freiwilligen Engagements (networks), die dem Gemeinwohl dienen (vgl. Zimmer et al. 2007: 194). In seinen späteren Schriften differenziert Putnam zwischen bridging und bonding social capital. Das negativ konnotierte bonding social capital beschreibt Putnam als geschlossene Netzwerke, die nach innen orientiert sind, da sie nur Menschen mit gleichem Hintergrund zusammenführen. Demgegenüber steht das bridging social capital, ein offenes Netzwerk, das Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbringt und dementsprechend einen nach außen gerichteten Charakter hat (Putnam/Goss 2001: 28-29). Im Zusammenhang mit herkunftshomogenen MSO ist dann auch von ethnischem Sozialkapital gesprochen und hinterfragt worden, ob es eher

dem bonding oder dem bridging Typ entspricht (Berger 2004: 190).

Wie Münz (2003) verdeutlicht, nahm die Debatte um herkunftshomogene MSO in den Niederlanden zunächst einen gänzlich anderen Verlauf. Im Hinblick auf die Systemintegration – um Essers (2004) Termini zu verwenden – stellten die Niederlande mit ihrer historischen Tradition der „Versäulung“⁶ und ihrer multikulturell ausgerichteten Minderheitenpolitik schon in den 1980er Jahren Inklusionsmechanismen bereit, mit denen die Selbstorganisationen ethnischer Minderheiten zunächst gefördert und anerkannt wurden. Demzufolge waren die Diskurse mit Bezug auf herkunftshomogene türkische bzw. muslimische MSO nicht durch Dichotomien wie „integrationsfördernd vs. integrationshemmend“ bestimmt, sondern fokussierten vielmehr auf die Bedeutung solcher Organisationen als zivilgesellschaftliche Akteure zur Förderung der Integration der Minderheiten. Im Kontext des Zivilgesellschaftsdiskurses standen Konzepte wie „aktive Bürgerschaft“ und „politische Partizipation“ im Vordergrund (Münz 2003: 31).

Im Zuge dessen betonten Autoren wie Tillie/Fennema (1997) in ihrer Netzwerkanalyse über türkische MSO in Amsterdam deren bürgerschaftliche Rolle als Berater für türkische Migranten im Allgemeinen. Je mehr eine Gemeinschaft durch aktive Selbstorganisation geprägt sei, umso höher sei die Wahrscheinlichkeit ihrer politischen Partizipation. Auch Rath et al. (1996) hoben die Rolle türkischer bzw. muslimischer MSO als Ansprechpartner für den niederländischen Staat hervor. Im Unterschied zum deutschen Kontext standen hierbei vor allem auch die Selbsthilfestrukturen türkischer MSO im Blickfeld der Analyse. Während des letzten Jahrzehnts hat sich diese Haltung gegenüber den herkunftshomogenen MSO indes maßgeblich verändert, nachdem der Integrationsprozess der Migrantinnen und Migranten in

6 Das Ende des 19. Jahrhunderts aufgebaute „Säulensystem“ (Verzuiling) prägte die Niederlande bis in die späten 1960er Jahre. Die Säulen (Zuilen) wurden durch Katholiken, Protestanten und später Sozialisten und Liberale gebildet. Jede Säule verfügte über eigene Schulen, Universitäten, Parteien, Gewerkschaften, Krankenhäuser und Medien. Seit Ende der 1960er Jahre verloren die Organisationen und Kirchen in einem Prozess der voranschreitenden „Säkularisierung“ und „Entsäulung“ ihre dominante Stellung. Insbesondere die Verfassungsreform von 1983, bei dem der Staat den Kirchengemeinden eine enorme Zahl von Verpflichtungen und Kompetenzen abnahm, kennzeichnete eine neue Phase der „Entflechtung von Staat und Kirche“ (Rath et. al 1999: 75; Münz 2003: 31).

den Niederlanden mehr oder weniger als gescheitert angesehen und das Ende des niederländischen Multikulturalismus behauptet wurde.

Damit einhergehend rückte nun auch in den Niederlanden die Frage nach der integrativen bzw. segregierenden Wirkung von ethnischen MSO in den Vordergrund. In Folge dessen wurden breit angelegte Studien durchgeführt, um einerseits das Spektrum der MSO zu erfassen und andererseits eine systematische Beschreibung der Faktoren zu liefern, die bei der Formierung solcher Organisationen von Bedeutung sind. Dazu zählen insbesondere die Arbeiten von van Heelsum (2004) und Exter et al. (2006), die eine Übersicht zu den ethnischen Selbstorganisationen liefern, darunter auch einige alevitische MSO. Auch in einer Studie über *Sociale integratie ... en de Islam in Rotterdam* (2004) werden die Aleviten am Rande erfasst. Während die genannten Arbeiten – wie auch Kehl-Bodrogi (2006) und Sökefeld (2005, 2008b) für die Situation in Deutschland – zweifelsohne wertvolle Daten zur Thematik der Integration liefern, so existiert bisher keine Studie, in der die von Aleviten gegründeten MSO in Deutschland und den Niederlanden auf der Mikroebene vergleichend nach der zivilgesellschaftlichen Dimension hin untersucht werden. Im Folgenden wird zunächst in einem kursorischen Überblick dargelegt, warum die Aleviten bis Ende der 1980er Jahre weder in Deutschland noch in den Niederlanden in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden und wer sie sind.

3. Das Alevitentum

Die gegenwärtige Ausprägung des Alevitentums hat sich ab dem 13. Jahrhundert im ländlichen Anatolien entwickelt, wo vorislamische Elemente (insbesondere schamanistische und zoroastri-sche), schiitische Traditionen und sufische Vorstellungen zu einem Glaubenssystem verschmolzen sind (Sökefeld 2008a: 10). Auch wenn die Aleviten bei einigen Glaubenselementen – wie

die besondere Verehrung Alis und der Zwölf Imame⁷ – mit den Schiiten übereinstimmen, so sind sie jedoch von ihnen zu unterscheiden, da sie zentrale Glaubenselemente der Schiiten nicht teilen (Kehl-Bodrogi 1988: 120; Dressler 2002: 123). Der Ausformungsprozess des Alevitentums wurde durch religiöse, politische und sozio-kulturelle Auseinandersetzungen zwischen den ländlichen Aleviten und den osmanischen Herrschern begleitet. Im Zuge dessen zogen sich die Aleviten ab dem 16. Jahrhundert vermehrt in die Bergregionen Anatoliens zurück und praktizierten über Jahrhunderte die Takiye, d. h., sie verschwiegen aus Furcht in fremder Umgebung ihre religiöse Zugehörigkeit. Denn aufgrund ihrer vom orthodoxen Islam abweichenden Glaubensinhalte und rituellen Praktiken galten sie als Ungläubige, deren Verfolgung durch fatwās (islamische Rechtsgutachten) religiös legitimiert wurde. Diese „innerosmanische Emigration“ in die abgelegenen Gebiete führte dazu, dass sich das Alevitentum langfristig zu einer geschlossenen (endogamen), mit einer ethnischen Gruppe⁸ vergleichbaren Gemeinschaft formierte (Dressler 2002).

Erst der Zusammenfall des Osmanischen Reichs und die anschließende Gründung der Türkischen Republik 1923 führten aus der Isolation heraus, mit der Hoffnung auf Gleichstellung mit den Sunniten. Aleviten unterstützten die Säkularisierung des Staates und begrüßten die Abschaffung der Scharia. Fortan erhielten sie unter dem Dach einer „homogenen“ türkischen Nation nach kemalistischer Idee eine Identität als türkische Staatsbürger. Für alle religiösen Belange war aber seitdem das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet İşleri Bakanlığı, DIB) zuständig. Während der sunnitische Islam damit unter staatlicher Kontrolle weiter existieren konnte, wurden alle Erscheinungsformen „mystischer Religiosität“ 1925 per Gesetz verboten (Kehl-Bodrogi 2006: 3).

Ein weiteres wichtiges Phänomen war die Binnenmigration in der Türkei ab den 1950er Jahren. Im Zuge der Industrialisierungs- und Ver-

7 Im Schiitentum gelten die Zwölf Imame als die rechtmäßigen Nachfolger des Propheten Mohammed. Das Imāmat wird an die direkten männlichen Nachfahren der Prophetenfamilie weitergegeben (Elger 2002: 274).

8 Für Kriterien einer ethnischen Gruppe siehe Barth (1969).

städterungsprozesse wanderten viele Aleviten aus ihren traditionellen ländlichen Siedlungsgebieten im Osten in die westlichen Städte der Türkei. Die politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen der Folgejahre ermöglichten zwar eine partielle gesellschaftliche Anerkennung, doch ihr religiöses Leben praktizierten die Aleviten – wenn überhaupt – weiterhin im Verborgenen. Heute haben die 15 bis 30 Millionen Aleviten zwar die türkische Staatsbürgerschaft, aber nach wie vor wird ihre Religionsgemeinschaft nicht anerkannt. Der Staat organisiert, finanziert und kontrolliert nur den sunnitischen Islam (Sökefeld 2008a: 13).

Auch wenn die Aleviten den Koran als heiliges Buch anerkennen, so hat dieser nicht dieselbe rituelle und kanonische Bedeutung wie für die Sunniten und Schiiten (Dressler 2002: 104). Von der Tradition der islamischen Mystik beeinflusst, gilt insbesondere die Prämisse, Texte nach einem inneren (batini) Sinn zu interpretieren und nicht nach dem äußeren (zahiri) Sinn zu lesen. Statt des Korans beziehen sich die Aleviten primär auf das *Buyruk*-Buch, das auf den sechsten Imam Cafer Sadik zurückgeführt wird. Neben dem *Buyruk* gelten weitere Schriften, die auf Hacı Bektaş Veli zurückgeführt werden, als zentrale Werke der alevitischen Religion und Ethik. Mit seinen humanistischen Ansichten prägte der Wanderprediger Hacı Bektaş Veli (ca. 13. Jh.), aus Persien stammend, maßgeblich die alevitische Lehre.⁹ Durch die Mystik¹⁰ berührt, steht im Alevitentum die „Vahdet-i Mevcut-Lehre“ (Einheit alles Seienden) als mystische „Einheit von Gottheit und Schöpfung“ im Vordergrund (Terkivatan 2010: 111).

Nach alevitischer Vorstellung manifestiert sich in jedem Menschen und der Natur ein göttliches Prinzip bzw. ein göttlicher Aspekt, demnach alle Menschen unabhängig von religiöser, ethnischer, geschlechtlicher und kultureller Zugehö-

rigkeit gleichwertig sind. Der Mensch soll sich auf den Weg (*Yol*) begeben, um diesen göttlichen Aspekt in sich wiederzufinden, d. h. „Vervollkommnung“ zu erreichen. Die „Vervollkommnung“ bedeutet, bereits im „Hier und Jetzt“ die Einheit mit dem Göttlichen herzustellen. Damit verbunden hat jeder Mensch im Laufe seines Lebenszyklus „Vier Tore“, d. h. vier spirituelle Stadien, zu durchleben. Nach dieser „Vier Tore, Vierzig Stufen Lehre“ (Dört Kapı, Kırk Makam)¹¹ soll der Mensch auf dem Weg der Vervollkommnung sich von schlechten Eigenschaften wie Gier, Neid, Hass reinigen und sich dabei an die Gebote der Edep-Regeln halten, die ihm den Weg weisen. Im Vordergrund der Edep-Regeln steht die Aussage „Beherrsche Deine Hand, Deine Zunge und Deine Lenden“ (Eline, diline, beline sahip olmak). Diese Regeln gelten für jeden und bestimmen das Verhältnis zu den Mitmenschen (Sökefeld 2008a: 18). Als ein weiteres besonderes Prinzip, das mit den Edep-Regeln einhergeht, ist das Einvernehmen (Rızalık) zu nennen. Das Einvernehmen gilt als Voraussetzung für jede soziale und religiöse Handlung, so dass diese aus freien Stücken und ohne Zwang erfolgen sollen.

Die Norm des Einvernehmens und dem damit einhergehenden Gebot der Vermeidung von Konflikten sowie die oben genannten alevitischen Wertvorstellungen spiegeln sich in der rituellen Praxis insbesondere im Cem-Ritual wider. Das Cem ist die zentrale Gottesandacht der Aleviten, wo Männer und Frauen gemeinsam beten. Dieses fand im traditionellen Kontext in einem privaten Haus statt, dabei war die Teilnahme von Nicht-Aleviten (Fremde) untersagt (Sökefeld 2008a: 19; Langer 2008: 96ff.). Herkömmlich basierte die Teilnehmerstruktur auf den sogenannten Dede-Talip-Beziehungen. Die endogam organisierte alevitische Gemeinschaft war durch drei sozial-religiöse Beziehungen gekennzeichnet,

9 Darüber hinaus gibt es weitere Texte, die im Rahmen der Gottesandacht (Cem-Zeremonien) in Begleitung einer Langhalslaute (Saz) vorgetragen werden.

10 Näheres zur islamischen Mystik siehe bei Schimmel (2008).

11 Die Tore sind wie folgt: Şeriat (Grundregeln des Zusammenlebens), Tarikat (mystischer Weg nach innen), Marifet (Erkenntnis, Fähigkeit) und Hakikat (Wahrheit). Jedem Tor sind je zehn Stufen zugeordnet. Bei diesen vierzig Stufen handelt es sich um allgemeingültige Tugenden (Kaplan 2010: 71-75).

die in traditioneller Form nur mit Aleviten eingegangen wurden.¹² Dazu zählen die einander ergänzenden Kategorien der rituellen Spezialisten (Dede/Ana) und der Laien/Schüler (Talip), die Musahiplik- (Weggemeinschaft) und die Kivrelik- (Patenschaft) Beziehungen.

Erst durch das Eingehen aller Beziehungen wird die Person als vollständiges Mitglied der Gemeinschaft verstanden. Die Wahl der Heiratspartner bezog sich ebenso nur auf Personen innerhalb der alevitischen Gemeinschaft, so dass eine Heirat mit Nicht-Aleviten im traditionellen Kontext mit Sanktionen belegt war (vgl. Shankland 2003: 94ff.). Die traditionelle Sozialstruktur erlitt durch die Binnenmigration ab den 1950er Jahren innerhalb der Türkei und die transnationale Migration ab den 1960er Jahren nach Westeuropa eine Schwächung. Erst durch die Selbstorganisation der Aleviten in der Migration kam es zu einer Renaissance des Alevitentums (u. a. Gümüş 2007; Sökefeld 2008b; Shankland/Çetin 2008).

4. Alevitische Migrantenselbstorganisationen in Deutschland und den Niederlanden

Eingewandert im Zuge der Arbeitsmigration ab 1961 in Deutschland und ab 1964 in den Niederlanden, bildeten die Aleviten einen unbekanntem Teil der türkischen Migrantengruppe, weil sie sich weiterhin an das Gebot der Takiye hielten und ihre Identität verschwiegen. Junge Aleviten, die sich zumeist in links orientierten Vereinen engagierten, lehnten die religiöse Fundierung des Alevitentums ab.

In den 1980er Jahren begann die Emanzipierung der Aleviten als eigenständige Migrantengruppe. Das coming out wurde durch mehrere

Aspekte im Herkunfts- und Aufnahmekontext motiviert. Zu den entscheidenden Faktoren zählt die in Folge des türkischen Militärputsches (1980) staatlich geförderte Rückkehr des Islams in die Politik im Rahmen der „Türkisch-Islamischen Synthese“ (Türk Islam Sentezi), u. a. mit sunnitischem Religionsunterricht für alle Schüler, auch für die Aleviten. Als eine Reaktion darauf ist die Gründung der Alevitischen Kulturgruppe 1988 in Hamburg zu sehen. Diese Kulturgruppe organisierte 1989 eine Kulturwoche an der Universität Hamburg, in deren Rahmen öffentliche Lesungen, ein Cem-Ritual und Diskussionen stattfanden. Auf der niederländischen Seite ist die Gründung der Stichting Hacı Bektaş (Stiftung Hacı Bektaş) 1987/88 zu erwähnen, mit der sich Aleviten erstmals öffentlich als solche an einem Treffen des damaligen Innenministers Kees van Dijk im März 1989 mit Vertretern von 22 muslimischen Organisationen beteiligten. Bei dem Treffen wurden die Reaktionen der muslimischen Gruppen auf die gerade erschienene niederländische Übersetzung Salman Rushdies „The Satanic Verses“ (1988) diskutiert.

Nach diesen Schritten in die Öffentlichkeit, die auch im Herkunftskontext durch verschiedene Medien rezipiert wurde und dort alevitische Vereinsgründungen nach sich zogen, folgte in den 1990er Jahren eine weitere Mobilisierungswelle, die sich in neuen Mitgliedschaften, Vereinsgründungen und einem Zusammenschluss zu Dachverbänden ausdrückt. Als Auslöser wirkten in dieser Phase insbesondere zwei blutige Angriffe auf Aleviten in der Türkei, die „Sivas-Ereignis“ (1993) und „Gazi-Ereignis“ (1995) genannt werden.¹³ Vor allem nach dem „Sivas-Ereignis“ mündeten in Deutschland 1993 die Gespräche verschiedener alevitischer MSO¹⁴ in die Grün-

12 Diese Beziehungen werden durch ein rituelles Versprechen (Ikrar) vor der Gemeinschaft eingegangen. Insbesondere die letzten beiden Relationen sind durch ein Set an gegenseitigen Solidaritätsverpflichtungen gekennzeichnet.

13 Beim 4. Pir Sultan Abdal-Festival, das in Gedenken an den gleichnamigen Dichter in Sivas vom Pir Sultan Abdal Kulturverein (PSAKD) durchgeführt wurde, kamen am 2. Juli 1993 37 Menschen ums Leben. Islamische Aktivisten zündeten ein Hotel an, in dem viele Teilnehmer des Festivals, meist alevitische Intellektuelle und Künstler, untergebracht waren (Sökefeld 2008b: 67-68; Massicard 2007: 85). Zwei Jahre später, am 12. März 1995, waren die Aleviten einem weiteren gewaltsamen Übergriff ausgesetzt, diesmal im Stadtteil Gazi von Istanbul, wo „Islamisten“ bewaffnete Anschläge auf Aleviten verübten. Dabei kam ein älterer Mann ums Leben und mehrere Personen wurden verletzt. Der Vorfall führte zu einem Aufruhr, der sich schnell auch auf andere Stadtteile übertrug. Im Laufe der darauf folgenden Demonstrationen wurden Aleviten von der Polizei erschossen bzw. kamen während des Polizeigewahrsams ums Leben (Kehl-Bodrogi 2002: 33).

14 Die ihre Vorläufer in den 1970er Jahren hatten.

derung eines Dachverbandes. Seit 2002 nennt sich dieser Verband „Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.“ (Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu, AABF), gegenwärtig gehören ihm 137 Ortsgemeinden an.¹⁵ In den Niederlanden kam es 1991 zur Gründung einer Föderation, die sich heute „Federatie van Alevitische Verenigingen in Nederland“ (Hollanda Alevi Birlikleri Federasyonu, HAKDER) nennt. Auch hier entstanden in kürzester Zeit neue alevitische MSO, heute sind 17 von ihnen Mitglied im Dachverband.¹⁶ Zwischenzeitige Abspaltungen führten zu einem weiteren Verband, der sich später wieder auflöste.

Seit den 2000er Jahren werden die Organisationen der Aleviten staatlich anerkannt und beteiligt. Auf deutscher Seite stellt die AABF in sieben Bundesländern eine anerkannte Religionsgemeinschaft dar und fungiert als Partner für eigenständigen Religionsunterricht nach Art. 7 (3) des Grundgesetzes.¹⁷ Seit 2006 ist die AABF auch Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz und seit 2007 Teilnehmer der Integrationsgipfel auf Bundesebene. In den Niederlanden ist HAKDER Mitglied in der Contactgroep Islam (CGI), die 2005 von der damaligen Justizministerin Rita Verdonk als muslimischer Ansprechpartner anerkannt wurde. Darüber hinaus ist HAKDER Mitglied im *Inspraakorgaan Turken in Nederland (IOT)*¹⁸ und seit 2003 Mitglied der „Humanistischen Alliantie“, einem Verband von ca. 50 humanistisch geprägten Organisationen (Sökefeld 2008b: 40ff.; Furat 2007: 41ff.; Landmann 1992: 142-145; Gümüş 2007: 219).

Während sich die AABF seit einer Satzungsänderung 2002 dezidiert als Religionsgemein-

schaft versteht, betrachtet sich HAKDER nach einer Satzungsänderung 2004 als ethnisch-kulturelle Gemeinschaft mit säkularer Orientierung. An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass die Migration und Selbstorganisation der Aleviten in Deutschland und den Niederlanden bis Ende der 1990er Jahre einen relativ ähnlichen Verlauf nahm. Erst durch die erwähnten Satzungsänderungen in den 2000er Jahren ist eine Betonung des Alevitentums als eine eigenständige Religion in Deutschland und als eine eigenständige ethnisch-kulturelle Gemeinschaft in den Niederlanden zu erkennen, die vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalstaatlichen Eingliederungsstrukturen und der negativ konnotierten Islamdebatten in Europa zu betrachten sind. Trotz der unterschiedlichen Verortung der Dachverbände ist auf der Mikroebene eine Reihe von ähnlichen Entwicklungen in den Fallbeispielen in Duisburg und Rotterdam zu beobachten.

4.1 Die lokalen Beispiele in Duisburg und Rotterdam

Im Rahmen der Vorfeldrecherche stellten sich die alevitische MSO in Duisburg-Marxloh für den deutschen Kontext und die MSO in Rotterdam für den niederländischen Kontext als vergleichbare Beispiele heraus. Interne und externe strukturelle Faktoren wie z. B. die Mitgliederzahl ähnelten sich, zudem stammten 60 bis 70 Prozent der MSO-Mitglieder aus der Region Erzincan.¹⁹ In induktiver Vorgehensweise wurden in offenen bzw. semistrukturierten Leitfadeninterviews in der Türkei, Deutschland und den Niederlanden

15 Neben der AABF entstand 1997 die Alevitische Gesellschaft Deutschlands (Cem Almanya Alevi Toplumu, CEMAAT) als ein Ableger der Cem Stiftung (Cem Vakfi) aus der Türkei. Die sich nun in Köln befindende Zentrale zählt ca. zehn alevitische MSO. Darüber hinaus gibt es die 1996 in Köln gegründete Kurdische Alevi Föderation (Federasyona Elewiyên Kurdistanî, FEK), die ca. 20 MSO vereint (Gümüş 2007: 204-206; Sökefeld 2008b: 88-89).

16 2002 schlossen sich HAKDER und AABF mit weiteren alevitischen Dachverbänden aus Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Belgien, Schweden, Schweiz und Österreich zur Europäischen Konföderation Alevitischer Gemeinden (Avrupa Alevi Birlikleri, AABK) zusammen, die gegenwärtig ca. 250 alevitische MSO umfassen (Kaplan 2004: 150; Gümüş 2007: 219).

17 Dieser Status basiert auf zwei wissenschaftlichen Gutachten, die vom Land Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben worden sind.

18 Die IOT ist eines der sieben Dachverbände, die im LOM (Landelijke Overleggen Minderheden, Landesweite Beratungsorgan Minderheiten) vertreten sind.

19 Auf dieser Grundlage war ein Teil der Feldforschung im dörflichen Kontext Erzincans verortet. Um vergleichend analysieren zu können, inwieweit es zu Veränderungen im Bereich der Sozialordnung, der Kosmologie und Ritualpraxis im deutschen sowie niederländischen Migrationskontext gekommen ist, war es notwendig, im Forschungsdesign den Herkunfts-kontext einzubeziehen. Neben der Prämisse der dichten Beschreibung (Geertz 1987) greift die moderne Ethnologie zunehmend auf die multi-sited ethnography (Marcus 1995) zurück, um transnationale Verflechtungen im Blickfeld zu haben (vgl. Dareiva 2007: 88).

Daten erhoben.²⁰ In Duisburg und Rotterdam standen folgende Kategorien im Vordergrund: Organisationszweck, Organisationsform und Mitgliederstruktur, Finanzierung und Aktivitäten, Kooperationen und Vernetzung mit anderen Institutionen, Kommunikation mit Nicht-Aleviten, Soziale Ressourcen und Mängel, Sozialordnung und Religion.

Das Alevitische Kulturzentrum Duisburg e.V. (AKM) wurde trotz Gründung im Jahr 1994 erst 1997 nach Art. 9 § 14 GG ins Vereinsregister der Stadt eingetragen. Unter „Zweck und Zielen“ steht in der Satzung der „Erhalt und Weitergabe der alevitischen Kultur sowie der Identität, aber auch Integrationsarbeit“. Zur Zeit der Befragung hatte die MSO 450 Mitglieder. Nach Angaben des Vorstandes sind ca. 70 Prozent der eingetragenen Mitglieder männlich, doch in der Regel partizipiert die ganze Familie am Vereinsleben. Dies ist nicht ungewöhnlich und zeichnet sich auch in anderen alevitischen Vereinen, wie z.B. in Berlin oder in Hamburg, ab (Kehl-Bodrogi 2002; Sökefeld 2005; 2008b). Der Altersdurchschnitt liegt bei etwa 50 Jahren, der Vereinsvorstand sucht aber insbesondere die Nähe zu der alevitischen Jugend. Nach Angaben der Informanten haben etwa 60 Prozent der Mitglieder die deutsche und einige wenige die doppelte Staatsangehörigkeit.

Die Finanzierung der Vereinsräume und der Aktivitäten beruht auf Mitgliedsbeiträgen, der Vermietung der Räumlichkeiten und Spendenbeiträgen. Subventionen erhält die MSO – wenn überhaupt – für zeitlich begrenzte Projekte. Die umfangreichen Aktivitäten können in religiöse und kulturelle unterschieden werden, wobei es auch zu Überschneidungen kommt.

Zu den zentralen religiösen Aktivitäten zählen insbesondere das Cem-Ritual (Gottesandacht) und die Zusammenkunft zu weiteren alevitischen Feiertagen. Darüber hinaus werden Beerdigungszeremonien, Beschneidungs-, Verlobungs- und Hochzeitsfeiern zelebriert. An all diesen religiö-

sen Veranstaltungen können auch Nicht-Aleviten teilnehmen, seien es Christen, Juden oder Sunniten. Es kann sich hier um Privatpersonen, wie z.B. Freunde oder Nachbarn, Vertreter der jeweiligen Religionsgemeinschaften, aber auch Vertreter anderer Institutionen oder Organisationen, wie z.B. Parteien, handeln. Vor allem die Teilnahme am Cem-Ritual, das „Fremden“ früher explizit verschlossen war, steht heute jedem offen. Bei bestimmten Anlässen wird es auch in deutscher Sprache durchgeführt.

Zu den kulturellen Aktivitäten zählen u.a. die Feier des Weltfrauentages im März, des Muttertags und die Teilnahme an den 1. Mai-Kundgebungen. Darüber hinaus sind traditionelle Angebote, wie z.B. Folklore- und Saz-Kurse für Jung und Alt, zu erwähnen. Hinzu kommen Nachhilfe-Kurse für Schüler und Alphabetisierungs- und Sprachkurse. Auf großes Interesse stoßen Seminare und Vorträge zu Themen wie Berufsberatung, Gesundheit, Erziehung, Ausländerwahlrecht, Einbürgerung und Rechtsberatung. Nicht zu vergessen sind Symposien und Vorträge über das Alevitentum.

Das Pendant auf der niederländischen Seite, das Alevitische Kulturzentrum Rijnmond (ACCR), wurde 1988 nach Art. 8 der niederländischen Verfassung gegründet und gilt als erste alevitische MSO in den Niederlanden. Von den etwa 400 eingetragenen Mitgliedern zahlen lediglich 250 regelmäßig ihren Beitrag. Auch hier sind ca. 70 Prozent der eingetragenen Personen männlich und die ganze Familie besucht die Gemeinde. Die Faktoren Altersdurchschnitt und Staatsangehörigkeit sind mit den Angaben in Duisburg weitgehend deckungsgleich. Eine Besonderheit ist zum Befragungszeitpunkt in der Besetzung des Vorstandes zu verzeichnen. Fünf von acht Vorstandspostitionen – inklusive der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz – werden von Frauen bekleidet. Auch in Rotterdam sind die Mitgliedsbeiträge, die Vermietung der Räumlichkeiten und die Spenden-

20 Es wurden Einzelgespräche mit Experten, d.h. männlichen und weiblichen rituellen Spezialisten sowie Laien durchgeführt. Ebenso Fokusgruppen-Gespräche im Rahmen wöchentlicher Frauentreffen, Jugendangebote, Workshops, aber auch Gespräche mit Nachbarn, Lokalpolitikern, Pfarrern/Priestern, Pressevertretern, usw., die nicht-alevitischer Herkunft sind. Im Zuge der teilnehmenden Beobachtung war es möglich, an zentralen Cem-, Aşure-, Heirats- und Todesritualen zu partizipieren und diese in audio-visueller Hinsicht zu dokumentieren.

beiträge zentral für die Finanzierung. In Bezug auf staatliche Förderung (Subsidie) erklärt der Vorstand:

„Früher hat die Stadt einen bestimmten Betrag an die Vereine (*Dernek*) verteilt. Der Verein hat der Stadt einen Jahresbericht mit den geplanten Angeboten vorgestellt. Die Stadt hat sich das angeschaut und dem Verein dementsprechend einen Jahresbeitrag ausgezahlt. Doch seit ca. fünf bis sechs Jahren ist dies nicht mehr der Fall. Mittlerweile müssen die Projekte konkreter ausgefeilt sein und viel mehr nach außen gerichtet sein. [...] Es gibt kaum finanzielle Unterstützung für religiöse Projekte. Wir müssen unsere sozio-kulturellen Besonderheiten in den Vordergrund stellen. Wir sind eine säkular-laizistische Gemeinschaft, die auf sozialer, kultureller und politischer Ebene tätig ist.“

Abgesehen von der Selbstverortung als eine säkular-laizistische Organisation mit vornehmlich zivilgesellschaftlichem Handlungsmotiv und der geringeren Kooperation mit religiösen Institutionen stimmen die restlichen Charakteristika mit denen in Duisburg überein. Insbesondere die Teilnahme von Nicht-Aleviten an allen Ritualen und die Öffnung der sozial-religiösen sowie Affinal-Beziehungen, indem diese auch heute mit Sunniten, Christen und Juden eingegangen werden, ohne mit einer Sanktion belegt zu werden, sind wichtige Veränderungen in beiden Lokalkontexten gegenüber der aus der Türkei mitgebrachten Tradition.

5. Fazit und Ausblick

Trotz des ähnlichen Profils beider alevitischer MSO zeigen sich in den nationalen Kontexten sowohl Unterschiede wie Gemeinsamkeiten. Der auffälligste Unterschied besteht darin, dass die nationalen Eingliederungsmechanismen dazu führen, dass sich die Aleviten in Deutschland als „Religionsgemeinschaft“ und in den Niederlanden als „ethnisch-kulturelle Gemeinschaft“ verstehen. Damit lassen sich die Thesen von Ireland (1994), Soysal (1994) und Sökefeld (2008b) bestätigen, wonach sich die Organisationen von Migranten an den institutionellen Rahmenbedin-

gungen des Aufnahmelandes orientieren. Die strategische Integrationsorientierung der Aleviten, wie sie Kehl-Bodrogi (2006) und Sökefeld (2008b) für die Dachverbandsebene im deutschen Kontext festhalten, ist somit auch auf der Mikroebene in beiden Fallbeispielen wiederzufinden. Die Aleviten-Organisationen verstehen sich in Deutschland als Religionsgemeinschaft und in den Niederlanden als ethnisch-kulturelle Gemeinschaft.

Darüber hinaus sind in den alevitischen MSO in Duisburg und Rotterdam viele Gemeinsamkeiten festzuhalten, die so gar nicht das Bild der „religiösen Abschottung“ bestätigen, sondern eher zivilgesellschaftliche Dimensionen aufweisen, von denen hier einige schlaglichtartig wiedergegeben werden. An erster Stelle ist die Tatsache zu nennen, dass die Aleviten in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden eine erhebliche Anzahl von MSO gegründet haben. Während sie im Herkunftskontext noch bis in die 1980er Jahre ihre Identität aufgrund der Takiye verschwiegen haben, tragen sie in beiden Migrationskontexten ihre alevitische Identität selbstbewusst an die Öffentlichkeit. Nach Elwerts (1982) Verständnis fördern diese MSO das „Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen“ der Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus ist das aktive Engagement an interreligiösen Dialogrunden, interkulturellen Veranstaltungen und städtischen Integrationsprojekten zu nennen, die sich nicht nur nach „innen“, sondern auch nach „außen“ richten. Selbst wenn die Alphabetisierungs-, Sprach- und Nachhilfekurse, aber auch die vielfältigen Kurse zu den Themen Einbürgerung, Bildung, Gesundheit und Konfliktbewältigung mehrheitlich an die alevitische Klientel gerichtet sind, so handelt es sich jedoch um Inhalte, die eindeutig Essers (1986) Fragen der kulturellen, personalen und strukturellen Integration berühren. Eine weitere fundamentale Veränderung manifestiert sich im rituellen Bereich. Während im Herkunftskontext die rituellen Handlungen in privaten Häusern durchgeführt werden, werden sie im deutschen und niederländischen Migrationssetting in den Örtlichkeiten der MSO praktiziert. Die Teilnahme von Deutschen bzw. Niederländern an aleviti-

schen Lebenszyklusritualen, wie Heirat, Beschneidung, partiellen Sequenzen der Bestattung oder zentralen Ritualen wie das Cem, sind keine Seltenheit, sondern ausdrücklich erwünscht. Ein weiterer Faktor, der die Interaktion zwischen Aleviten und der Mehrheitsgesellschaft und Nicht-Aleviten fördert, ist die Öffnung der Verwandtschaftsbeziehungen. Die traditionell sozial-religiösen Beziehungen und Affinalbeziehungen werden mittlerweile mit Nicht-Aleviten eingegangen, was früher verboten war.

Diese Aspekte deuten darauf hin, dass die Einbindung in den deutschen bzw. niederländischen Migrationskontext zunehmend von einem zivilgesellschaftlichen Charakter bestimmt ist und die alevitischen MSO zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Mitgliedern vermitteln. Im Kern haben sich die Aleviten ihre religiösen und sozio-kulturellen Werte und Gemeinschaftsstrukturen nicht nur erhalten, sondern diese bilden vielmehr eine Brücke – bridging social

capital – um die Interaktion mit Nicht-Aleviten zu gestalten. Die Selbstorganisation der Aleviten in pluralistischen Gesellschaften wie Deutschland und den Niederlanden führt nicht zu einer religiösen Abschottung, sondern kann eher als eine Ressource für die „zivilgesellschaftliche Integration“ gesehen werden.

Dennoch gibt es Schwierigkeiten bei der Integration, wie z.B. mangelnde Deutsch- bzw. Niederländischkenntnisse der ersten Generation, interne Unstimmigkeiten bzgl. kontextueller Identitätskonstruktionen, sowie einen Nachholbedarf an weiteren interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten. Es bedarf des Einsatzes qualifizierter Fachkräfte beim Schritt von der Ehrenamtlichkeit zur Professionalisierung und Institutionalisierung bestimmter Aufgabefelder, um die Herausforderungen in der neuen Heimat Deutschland bzw. den Niederlanden erfolgreich bewältigen zu können.

Literatur

- Barth, Frederik 1969: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): *Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference*, Oslo/Boston/London, S. 9-38.
- Berger, Maria 2004: Einleitung: *Ethnische Gemeinschaften als Integrationschance?*, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden, S. 189-192.
- Berger, Maria; Galonska, Christian; Koopmans, Ruud 2004: *Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin*, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden, S. 251-272.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz*, Nürnberg.
- Böcker, Anita; Groenendijk, Kees 2004: *Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande: Tolerant, liberal und offen?*, in: Wielenga, Friso; Taute, Ilona (Hrsg.): *Länderbericht Niederlande. Geschichte-Wirtschaft-Gesellschaft*, Bonn, S. 303-361.
- Centraal Bureau voor de Statistiek, CBS 2012 = Statistisches Bundesamt, <http://www.statline.cbs.nl/StatWeb/publication/> (abgerufen am 30.11.2012).
- Çetinkaya, Handan 2000: *Türkische Selbstorganisationen in Deutschland: neuer Pragmatismus nach der ideologischen Selbstzerfleischung*, in: Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe (Hrsg.): *Einwanderernetzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Studien zu Migration und Minderheiten*, Münster-Hamburg-London, S. 83-109.
- Dareiva, Tsypylma 2007: *Migrationsforschung in der Ethnologie*, in: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.): *Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder*, Berlin, S. 69-90.

- Den Exter, Jak et al. 2006: Organisaties van Minderheden, in: Overdijk-Francis, Joyce E.; Boot, J.S.M.; Smeets, H.M.G.; Verheyden, J. A. C. (Hrsg.): Handboek Minderheden, S. 1- 42.
- Diedrich, Karl-Heinz; Diedrich, Maria 1975: Formen der Konfliktbewältigung, in: Hyams, Barry C.; Peter, Helge-Ulrike (Hrsg.): Arbeitermigration, Marburg.
- Diehl, Claudia 2002: Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug der Mobilisierung. Forschung Soziologie, Opladen.
- Dressler, Markus 2002: Die alevitische Religion. Traditionslinien und Neubestimmungen, Deutsche Morgenländische Gesellschaft, LIII, Würzburg.
- Elger, Ralf 2002: Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur, in: (Hrsg.): Bundeszentrale für politische Bildung, München.
- Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34, S. 717-731.
- Ersanili, Evelyn 2007: Länderprofil Niederlande. Focus Migration, Nr. 11, Hamburg.
- Esser, Hartmut 1986: Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation?, in: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. (Hrsg.): Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, Mannheim, S. 106-117.
- Esser, Hartmut 2004: Welche Alternativen zur „Assimilation“ gibt es eigentlich?, in: IMIS-Beiträge 23/2004, Osnabrück, S. 41-57.
- Furat, Kenan 2007: De Alevitische Identiteit in de Twintigste Eeuw, <http://igitur-archive.library.uu.nl/student-theses/scriptie-k.furat.pdf>. Doctoraalscriptie Arabische, Nieuwperzische en Turkse Talen en Culturen, Universiteit Utrecht, Faculteit Geesteswetenschappen.
- Geertz, Clifford 1987: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt am Main.
- Gümüş, Burak 2007: Die Wiederkehr des Alevitentums in der Türkei und in Deutschland, Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft, Konstanz.
- Hadeed, Anwar 2005: Selbstorganisationen im Einwanderungsland: Partizipationspotenziale von Migrantenselbstorganisationen in Niedersachsen, Schriftenreihe des IBKM Nr. 21, Oldenburg.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Wiesbaden.
- Heckmann, Friedrich 1998: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Abgrenzung?, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.): Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, Bonn, S. 29-42.
- Heelsum, Anja van 2004: Migrantenorganisaties in Nederland. Deel 1: Aantal en soort organisaties en ontwikkelingen, FORUM, Instituut voor Multiculturele Ontwikkeling, Utrecht.
- Hunger, Uwe 2002: Einwanderer als Bürger. Initiative und Engagement in Migrantenselbstorganisationen. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Arbeitsstelle Aktive Bürgergesellschaft, Münster.
- Ireland, Patrick R. 1994: The Policy Challenge of Ethnic Diversity: Immigrant Politics in France and Switzerland, Cambridge.
- Jungk, Sabine 2001: Selbstorganisation von MigrantInnen – Instanzen gelingender politischer Partizipation?, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 3-4/2001, S. 82-85.
- Kaplan, Ismail 2004: Das Alevitentum. Eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft in Deutschland, Köln.
- Kaplan, Ismail 2010: Glaubensgrundlagen und Identitätsfindung im Alevitentum, in: Eißler, Friedmann (Hrsg.): Aleviten in Deutschland. Grundlagen, Veränderungsprozesse, Perspektiven, EZW-Texte 211, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin, S. 29-76.

- Kehl-Bodrogi, Kristina 1988: Die Kizilbas/Aleviten. Untersuchungen über eine esoterische Glaubensgemeinschaft in Anatolien, Islamkundliche Untersuchungen, Berlin.
- Kehl-Bodrogi, Kristina 2002: „Was du auch suchst, such es in dir selbst.“ Aleviten nicht (nur) in Berlin, Berlin.
- Kehl-Bodrogi, Kristina 2006: Von der Kultur zur Religion. Alevitische Identitätspolitik in Deutschland. Working Paper No. 84, Max Planck Institute for Social Anthropology Working Papers, Halle/Saale.
- Landman, Nico 1992: Van mat tot minaret de institutionalisering van de islam in Nederland, Amsterdam.
- Langer, Robert 2008: Alevitische Rituale, in: Sökefeld, Martin (Hrsg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld, S. 65 - 108.
- Marcus, George E. 1995: Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography, in: Annual Review of Anthropology 2, S. 95 - 117.
- MASSKS = Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf.
- Massicard, Elise 2007: Türkiye'den Avrupa'ya Alevi Hareketinin Siyasallaşması, Istanbul.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW, Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf.
- Münz, Angelika 2003: Migrantenselbstorganisationen als Akteure des Integrationsprozesses in den Niederlanden, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 2 2003, S. 30 - 36.
- Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton.
- Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York.
- Putnam, Robert D.; Goss, Kristin A. 2001: Einleitung, in: Putnam, Robert D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh, S. 15 - 43.
- Rath, Jan; Penninx, Rinus; Groenendijk, Kees; Meijer, Astrid 1996: Nederland en zijn Islam. Een ontzuilende Samenleving reageert op het ontstaan van een geloofsgemeenschap, Migratie- en Ethnische Studies, Amsterdam.
- Rath, Jan; Sunier, Thijl; Meyer, Astrid 1999: Der Islam in den Niederlanden. Zur Bedeutung islamischer Institutionen in einer entsülten Gesellschaft, in: Auernheimer, Georg; Buckow, Wolf-Dietrich (Hrsg.): Der Fundamentalismusverdacht. Plädoyer für eine Neuorientierung der Forschung im Umgang mit allochtonen Jugendlichen, Opladen, S. 74 - 78.
- Rauer, Valentin 2004: Ethnische Vereine in der Selbst- und Fremdbewertung. Plädoyer für einen relationalen Sozialkapital-Ansatz, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, S. 211 - 229.
- Rushdie, Salman 2006: Die satanischen Verse, Hamburg.
- Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.
- Schimmel, Annemarie 2008: Sufismus. Eine Einführung in die islamische Mystik, München.
- Shankland, David 2003: The Alevis in Turkey: The Emergence of a Secular Islamic Tradition, London.
- Shankland, David; Çetin, Atila 2008: Aleviten in Deutschland, in: Sökefeld, Martin (Hrsg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld, S. 219 - 241.
- Soysal, Yasemin 1994: Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe, Chicago.
- Sökefeld, Martin 2005: Integration und transnationale Orientierung: Alevitische Vereine in Deutschland, in: Weiss, Karin; Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg i.B., S. 47 - 68.

- Sökefeld, Martin 2008a: Einleitung: Aleviten in Deutschland – von takiye zur alevitischen Bewegung, in: Ders. (Hrsg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld, S. 7-36.
- Sökefeld, Martin 2008b: Struggling for Recognition. The Alevi Movement in Germany and in Transnational Space, Oxford, New York.
- Terkivatan, Ahmet 2010: Was ist das Alevitentum tatsächlich. Grundlegung des Alevitentums nach Menschenmaß, in: Eißler, Friedman (Hrsg.): Aleviten in Deutschland. Grundlagen, Veränderungsprozesse, Perspektiven, EZW-Texte 211, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin, S. 99-118.
- Tillie, Jean; Meindert, Fennema 1997: Turkse organisaties in Amsterdam: een Netwerkanalyse, Migratie en Ethnische Studies, Amsterdam.
- Thränhardt, Dietrich 1999: Regionale Ansätze und Schwerpunktaufgaben der Integration von Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen, in: Texte zu Migration und Integration in Deutschland, Arbeitsstelle Interkulturelle Kommunikation, Münster.
- Thränhardt, Dietrich 2010: Integrationsrealität und Integrationsdiskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45-47/2010, S.16-21.
- Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe 2000: Einwanderernetzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Studien zu Migration und Minderheiten, Münster-Hamburg-London.
- Zimmer, Annette et al. 2007: Vereine. Zivilgesellschaft konkret, Wiesbaden.

Ethnizität, Identität und Sport. Das Selbstverständnis von Fußballvereinen mit Türkeibezug im Ruhrgebiet und in Berlin

Daniel Huhn, Stefan Metzger

Zusammenfassung

In dem vorliegenden Artikel werden Selbsteinschätzungen von Fußballvereinen mit Türkeibezug im Ruhrgebiet und in Berlin herausgearbeitet. Fußballvereine mit türkischem Namen werden häufig als „türkische Fußballvereine“ bezeichnet. Selbst wehren sich die Vereine oftmals gegen diese Zuschreibung, auch weil sie in vielen Fällen negativ konnotiert ist. Vor dem Hintergrund dieser Differenz zwischen der Selbstbezeichnung und Fremdzuschreibung der Vereine wird in dem vorliegenden Artikel die Frage aufgeworfen, welche Identität die Vereine selbst in den Mittelpunkt rücken. In Form eines Werkstattberichts baut der Artikel auf (Zwischen-)Ergebnissen aus abgeschlossenen und laufenden Forschungs- und Dokumentarfilmarbeiten im Ruhrgebiet und in Berlin seit 2009 auf. Die Ergebnisse der Untersuchungen verdeutlichen, dass sich die Selbsteinschätzung der Vereine kaum unter der Bezeichnung „türkischer Fußballverein“ zusammenfassen lässt.

Der türkische Name weist nicht per se auf einen Verein mit „türkischer“ Identität hin. Vielmehr werden Vereine mit ganz unterschiedlich spezifischen Identitäten sichtbar. Es gibt Vereine mit lokalen Identitäten in der Türkei oder in Deutschland und Vereine mit religiösen Identitäten, etwa die alevitische, aramäische oder sunnitische. Andere Vereine heben politische Identitäten oder Fan-Identitäten, die sich an einem Profiverein in der Türkei orientieren, hervor. Diese

Identitäten sind weder statisch noch eindeutig, sondern vielmehr dynamisch und diffus. Es kommt oftmals zu Grenzziehungsprozessen, Überschneidungen und Mehrfachidentitäten, die in einem langsamen und stetigen Wandel begriffen sind. Für den Fußballalltag in Deutschland bedeutet dies, dass hinterfragt werden muss, ob für die Fußballvereine die Kategorisierung als ‚türkischer‘ Fußballverein noch der Realität einer ausdifferenzierten und pluralistischen Einwanderungsgesellschaft entspricht.

1. Einleitung¹

In der Regel werden Fußballvereine mit türkischem Namen, wie z. B. Fatih Spor Essen, Firtinaspor Gelsenkirchen oder 1. FC Beşiktaş Berlin, als „türkische Fußballvereine“ bezeichnet. Diese Bezeichnung wird in den Medien und in der Politik, in der Forschung sowie im Alltag gebraucht. Fragt man Vertreterinnen und Vertreter der Vereine selbst, so wehren sie sich häufig gegen diese Zuschreibung. Häufig verstehen sie sich als Duisburger, Dortmunder, Essener oder Berliner, als Marxloher oder auch Kreuzberger Vereine. Andere wiederum sehen sich als alevitische oder kurdische Vereine. Wieder andere betonen, sie seien einfach nur Fußballvereine. Die Ablehnung der Vereine gegen die Bezeichnung „türkischer Fußballverein“ ist nicht zuletzt auch damit verbunden, dass die Fremdzuschreibung als „türkischer Fußballverein“ häufig negativ konnotiert ist.

¹ Eine frühere Version dieses Artikels findet sich unter dem Titel „Identität(en) und Orientierung(en) türkisch geprägter Fußballvereine“ (Metzger 2011) in der Forschungsdokumentation „Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und Berlin. Im Abseits der Gesellschaft?“ von Daniel Huhn, Hannes Kunstreich und Stefan Metzger (Huhn et al. 2011). Sie wurde vor dem Hintergrund neuer empirischer Ergebnisse umfassend überarbeitet.

Wenn Migrantinnen und Migranten in deutschen Städten Sportvereine gründen, dann ist das nach Meinung der ehemaligen hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) nicht nur ein „Hemmnis der Integration“, sondern „eins der größten Probleme, die wir uns machen können“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 2007). Wie in dieser Äußerung deutlich wird, werden „türkische Fußballvereine“ im Fußballalltag und in den Medien oftmals mit Konflikten und Gewalt auf dem Sportplatz in Verbindung gebracht.² Im politischen und medialen Diskurs werden sie häufig auch als Vorfeldorganisationen politischer und religiöser Organisationen angesehen. So werden einige Vereine immer wieder mit der Organisation Mili Görüş oder den nationalistischen Grauen Wölfen in Verbindung gebracht, die als fundamentalistisch-religiös oder fundamentalistisch-nationalistisch gelten.³ Daher warnen einige Journalisten und auch Wissenschaftler vor der Herausbildung von „Parallelgesellschaften“ (z.B. Heckmann 1998: 39). Demnach zögen sich die Mitglieder der Fußballvereine in die so genannte ethnische Nische bzw. Kolonie zurück (Klein/Kothy 1998: 421-427), in der es neben ethnischem Vereinsleben auch ethnische Institutionen in sämtlichen gesellschaftlichen Teilbereichen geben sollte, von privaten Schulen über das ethnische Gewerbe bis hin zu eigenen Formen der Gerichtsbarkeit und Selbstjustiz (Halm/Sauer 2006: 18). Diese Abschottung werde langfristig zu mangelnden Aufstiegschancen und in die soziale „Abseitsfalle“ führen (vgl. Kalter 2003). Der Vorwurf der Parallelgesellschaft und auch andere negative Stereotypen aus dem Alltag finden – trotz mangelnder empirischer Belege – teilweise auch Einzug in die akademische Diskussion (z.B. Heckmann 1998). Vor dem Hintergrund der angedeuteten Differenz zwischen der Selbstbezeichnung und Fremdzuschreibung der Verei-

ne stellt sich die Frage, welche Identität die Vereine selbst in den Mittelpunkt rücken. In dem vorliegenden Artikel soll die Selbstbeschreibung der Vereine herausgearbeitet werden. Vorab werden noch einige methodische Anmerkungen zu den empirischen Grundlagen dieses Artikels sowie einige Begriffsdefinitionen vorgenommen.

2. Empirische Grundlagen

Der vorliegende Artikel ist als Werkstattbericht zu verstehen, der (Zwischen-)Ergebnisse aus abgeschlossenen und laufenden Forschungsarbeiten kombiniert. Die folgenden Ausführungen bauen maßgeblich auf drei empirischen Studien und Projekten auf, die wir seit Sommer 2009 durchgeführt haben bzw. durchführen. *Erstens* haben wir mit unseren Kollegen Hannes Kunstreich und Marcus Tscherner von September 2009 bis Juli 2010 im Ruhrgebiet und in Berlin eine Studie zu Gründungsmotiven von Fußballvereinen mit Türkeibezug durchgeführt.⁴ In diesem Rahmen haben wir Einzel- und Gruppeninterviews mit Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern von insgesamt 20 Fußballvereinen mit Türkeibezug, jeweils zehn Vereine im Ruhrgebiet und in Berlin, sowie zahlreiche Rechercheinterviews mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis geführt. Darüber hinaus wurden verschiedene Fußballspiele und Veranstaltungen im Umfeld der untersuchten Fußballvereine besucht, u.a. der Atatürk-Cup 2010 in Berlin. Diese erste Studie diente insbesondere dazu, einen Überblick über das zu untersuchende Feld zu gewinnen, um in einem nächsten Schritt in Nahaufnahmen einige Vereine und Phänomene genauer zu untersuchen.

Zweitens hat Daniel Huhn den Verein Gençlikspor Recklinghausen für ein Dokumentarfilmprojekt während der Saison 2011/2012 begleitet.

2 Siehe hierzu die Ausführungen von Cetin Özyaydin und Harald Aumeier zu Rechtsextremismus und Ausgrenzungserfahrungen am Beispiel von Türkiyemspor Berlin (2002: 13).

3 Exemplarisch hierfür steht der Artikel „Der Islam ist das Ziel“, den Der Spiegel im Februar 1996 veröffentlichte, und der ausführlich vor der bedrohenden „Unterwanderung“ Deutschlands durch „islamische Fundamentalisten“ warnt, auch in Fußballvereinen in Berlin (Der Spiegel, 7/1996). In eine ähnliche Richtung zielt der Beitrag zu der Veröffentlichung des Buches „Grauer Wolf im Schafspelz“, der am 13. August 2012 im Standard in Österreich veröffentlicht wurde, und der u.a. über die Tarnung von rechtsextremen Organisationen der „grauen Wölfe“ als Kultur- und Fußballvereine berichtet.

4 Mehr Informationen finden sich auf dem Forschungsblog imabseits.org sowie in der Forschungsdokumentation „Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin. Im Abseits der Gesellschaft?“ (Huhn et al. 2011).

Dabei hat er vor und hinter der Kamera zahlreiche Gespräche geführt und Veranstaltungen besucht. Dieses Projekt wurde im August 2012 abgeschlossen und wird als Dokumentarfilmstudie im Frühjahr 2013 veröffentlicht.⁵

Drittens begleitet Stefan Metzger im Rahmen seines Promotionsvorhabens seit Beginn der Saison 2012/2013 drei Fußballvereine mit Türkei-bezug in Berlin. Dabei untersucht er die Bedeutung von Ethnizität für die Vereine und geht der Frage nach, wie diese im Wechselspiel mit ihrer Umgebung produziert und reproduziert wird, z. B. in der Interaktion mit gegnerischen Mannschaften, mit dem Berliner Fußballverband oder mit dem Sportgericht. Hierfür hat er mit Vertreterinnen und Vertretern aller aktuell aktiven Fußballvereine mit Türkei-bezug in Berlin gesprochen (im Juli 2012 insgesamt 19 Vereine), zahlreiche Rechercheinterviews mit Vereinsvertreterinnen und Vereinsvertretern, mit Spielerinnen und Spielern sowie mit Schlüsselpersonen aus dem Umfeld der Vereine geführt und viele Veranstaltungen der Vereine besucht, z. B. Training, Spiele und Turniere der Mannschaften, Vorstandssitzungen, Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Fußballverbandes, Sportgerichtsverhandlungen usw. Außerdem nimmt er seit April 2012 an Sitzungen des Ausschusses für Migration und Integration des Berliner Fußballverbands (BFV) teil. Die Kombination aus Interviews und teilnehmender Beobachtung soll einen differenzierten Blick auf den Untersuchungsgegenstand ermöglichen.

3. Eine „kleine Begriffsgeschichte“ im Forschungsprozess

Wie eingangs erwähnt ist der Begriff „türkischer Fußballverein“ nicht eindeutig, handelt es sich doch bei allen hier untersuchten Vereinen um

eingetragene Vereine nach deutschem Vereinsrecht. Dennoch wird in der Regel aufgrund der türkischen Namen eine Unterscheidung zu etablierten „deutschen“ Fußballvereinen vollzogen. Die Zuschreibung als „türkischer Fußballverein“, die in verschiedenen Kontexten auch von einigen Vereinen selbst verwendet wird, erscheint unzureichend und verkürzt. Im Laufe des Forschungsprozesses seit 2009 haben wir unsere Begrifflichkeiten geändert, um den Untersuchungsgegenstand exakter zu beschreiben. Je länger und eingehender wir uns mit dem Forschungsgegenstand beschäftigt haben, desto spezifischer wurde auch unsere Wortwahl. Unsere „kleine Begriffsgeschichte“ verdeutlicht somit auch unseren Reflexionsprozess, unsere Weiterentwicklungen und Selbstkorrekturen. Zu Beginn unseres Forschungsprozesses arbeiteten wir mit dem Terminus „türkischer Fußballverein“, so wie dies – wie oben beschrieben – die übliche Zuschreibung im Alltag, Medien und Politik ist. Auch in vielen wissenschaftlichen Beiträgen wird diese Zuschreibung benutzt (z. B. Stahl 2013).

In der wissenschaftlichen Literatur wird die Terminologie in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand wenig hinterfragt. Nur vereinzelt setzen sich Untersuchungen überhaupt kritisch mit den Begrifflichkeiten auseinander (siehe etwa Klein 2004; Stahl 2009). Wie Migrantenvereine allgemein wurden die Fußballvereine lange als „Ausländervereine“ bezeichnet (siehe etwa Positionspapier DSB 1981, zitiert nach Stahl 2009: 60; Kalter 2003). Der Großteil der wissenschaftlichen Studien zu dem Thema spricht heute von „ethnischen Vereinen“ (siehe etwa Klein/Kothy 1998; Schwarz 1998; Soeffner/Zifonun 2008; Stahl 2009) oder „eigenethnischen Vereinen“ (siehe etwa Halm 2003).⁶ Dort, wo man die ethnische Identität eines Vereins genauer benennt, wird zumeist von „italienischen“, „griechischen“ oder

5 Weitere Informationen zum Dokumentarfilm „Weltklasse Kreisklasse – Eine Saison bei Gençlikspor Recklinghausen“ finden sich unter www.weltklasse-kreisklasse.de (online ab März 2013).

6 Dies geschieht wohl in Abgrenzung zu „deutschen“ Vereinen, wobei das „eigen“ hierbei den Bezug auf die eigene Ziel- und Bezugsgruppe unterstreicht. Dem Begriff wohnt eine implizite Annahme inne, dass es sich um nach innen orientierte Vereine handeln müsse, die für Individuen anderer Ethnien weithin ausschließend seien. Eine Zuspitzung findet sich in dem Begriff des „monoethnischen Vereins“ (siehe etwa Böer 2009), bei dem eine Homogenitätsannahme mitklingt und die suggeriert, dass in diesen Vereinen ausschließlich Mitglieder einer Ethnie spielen würden, was in der Realität in aller Regel nicht der Fall ist. Dies beruht auf der Annahme, dass es in Deutschland eine klare Trennlinie zwischen einer Ethnie bzw. Minderheit und einer Mehrheit mit jeweils eigenen Institutionen, Netzwerken, Vereinen usw. gibt. Diese begriffliche Unterscheidung wird in einer heterogenen und de-facto multikulturellen Gesellschaft (wie etwa im Ruhrgebiet und in Berlin) immer problematischer.

eben von ‚türkischen Fußballvereinen‘ gesprochen (vgl. Hellriegel 1999, Stahl 2013).

Gegenüber diesen Begrifflichkeiten aus der bisherigen Forschung haben wir uns bewusst abgrenzen wollen, insbesondere nach der gewonnenen Erkenntnis aus der ersten Studie (Huhn et al. 2011), die das Resultat vieler Interviews und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Vereine war. Wir haben uns zunächst für die Bezeichnung ‚türkisch geprägte Fußballvereine‘ entschieden, auch um dem offen ausgedrückten Unbehagen der Vereinsvertreter gerecht zu werden, die sich in vielen Fällen gar nicht als ‚türkische Vereine‘ verstanden. Ein Fußballverein türkischer Prägung ist nach der Definition dieser ersten Studie ein Verein, der durch seine „Gründung, Umbenennung oder auch Fusion ein ‚türkisches‘ Merkmal im Namen trägt. Dieses kann in türkischer oder deutscher Sprache verfasst sein, muss aber einen Bezug zur türkischen Nation und/oder dem kulturellen Kontext der Türkei herausstellen“ (Huhn et al. 2011: 7). Wir haben dabei unterstrichen, dass die türkische Prägung als nur eine Prägung unter vielen zu verstehen ist, deren Bedeutung man von Fall zu Fall herausarbeiten muss (Huhn et al. 2011: 56). Für diesen Artikel sowie im Laufe der neueren Untersuchungen erscheint es uns notwendig, auch diese Bezeichnung nochmals zu präzisieren.

Denn die untersuchten Vereine besitzen zwar heterogene Prägungen und Identitäten, diese können aber nicht per se als „türkische Prägung“ beschrieben werden. Vielmehr ist der Bezug des Vereins auf die Türkei bzw. die Migration aus der Türkei ausschlaggebend. Daher haben wir uns für den Begriff „Fußballvereine mit Türkeibezug“

entschieden. Denn einige Vereine, z. B. mit kurdischer oder aramäischer Prägung, würden (zumindest ihrem Selbstverständnis nach und dieses ist bei der Analyse von Identitätsmustern maßgebend) aus dem Untersuchungsfeld herausfallen, da sie sich explizit nicht als türkisch verstehen. Sie sollen aber in unserer Untersuchung vertreten sein, da es explizit um Vereine geht, die im Kontext der Migration gegründet wurden. Allein schon diese Begriffsgeschichte sowie die Schwierigkeiten bei der Bezeichnung der untersuchten Fußballvereine machen deutlich, wie sensibel die untersuchten Fußballvereine auf Fremdzuschreibungen reagieren und wie vielschichtig zugleich die Identitätsmuster der Vereine sind, die allgemein unter die Kategorie „türkische Fußballvereine“ zusammengefasst werden. Daher möchten wir im vorliegenden Artikel insbesondere die Identitäten der untersuchten Vereine herausarbeiten, um die Forschungsfrage nach der Selbstbeschreibung der Vereine zu beantworten. Dabei gehen wir im Folgenden ausschließlich auf Selbstbeschreibungen und Selbstpositionierungen ein, die im Kontext der transnationalen Einwanderungssituation aus der Türkei nach Deutschland entstanden sind und sich auf eine kollektive Herkunft beziehen.⁷

4. Ergebnisse

Bei der Selbstbeschreibung der Vereine lassen sich vier Identitätsausprägungen festmachen, die wir anhand einiger Beispiele aus der Praxis sowie anhand von Zitaten aus den geführten Interviews darstellen möchten.

7 Nach Regina Römhild ist die „Einordnung und Festschreibung von Menschen und ihrem Handeln nach Kategorien einer kollektiven ‚Herkunft“ (Römhild 2007: 158) ein Prozess der „Ethnisierung“ und „Selbsethnisierung“, der einerseits durch Fremdzuschreibung und andererseits durch Selbstpositionierung entsteht. Dementsprechend wird im folgenden Artikel „Ethnizität“ als Prozess der Grenzziehung verstanden (vgl. Wimmer 2008), der in Anlehnung an eine Definition von Alba und Nee (2005) aus der Interaktion mit dem gesellschaftlichen Kontext entsteht: „Ethnicity is essentially a social boundary, a distinction that individuals make in their everyday lives and that shapes their actions and mental orientations toward others“ (2005: 11). Darüber hinaus knüpft Ethnizität an einen „realen und imaginierten Herkunftsbezug an“ (Schönwälder et al. 2008: 4), z. B. an eine gemeinsame Kultur, Sprache, Geschichte, Religion, Nation oder Nationalstaat, der sich auch mit sozialstrukturellen und sozialen Milieus überschneidet. Wir lassen in diesem Beitrag bewusst andere Selbstverortungsmöglichkeiten außen vor, wie z. B. soziale Klasse, Geschlecht oder Alter. Ähnlich wie Ethnizität soll „Identität“ als Produkt von Grenzziehungen und Aushandlungen verstanden werden. In Anlehnung an Brubaker und Cooper beschreibt Identität eher einen Zustand, wohingegen der Begriff der Identifizierung (im Englischen: identification) den Prozesscharakter unterstreicht (Brubaker/Cooper 2000). Daran knüpfen wir in diesem Artikel an und betrachten Identität als das Produkt von Grenzziehungen und Identifikationen.

4.1 Politische Identität

Gerade in Bezug auf ihre Entstehungsphase in den 1980er und frühen 1990er Jahren, als der Großteil der untersuchten Vereine gegründet wurde, gaben einige Vereinsvertreter an, dass eine bestimmte politische Orientierung für den Verein im Vordergrund stand. Diese politische Prägung orientiert sich zum Teil noch heute an einer politischen Strömung oder Partei in der Türkei. So sieht sich etwa der Verein SC Umutsport, der im Jahr 1978 in Berlin gegründet wurde, nach eigenen Angaben politisch eher links und stand der „sozialdemokratischen“ Partei (gemeint ist die kemalistische Partei CHP) in der Türkei nahe.

„Bei uns haben viele Nationalitäten gespielt damals, bei Anadolu und Umutsport. Aber es waren immer Sozialdemokraten. Wir haben die nicht ausgesucht, aber die sind immer zu uns gekommen“ (Zitat eines Interviewpartners aus Berlin, März 2012).

Hingegen verorten sich die Vereine Hürtürkel oder auch Göktürksport politisch eher rechts und standen bei ihrer Gründung konservativen und auch nationalistischen Parteien in der Türkei nahe. Allein schon die Namen der beiden Vereine verdeutlichen das. So bezieht sich beispielsweise Göktürksport auf das Reich der Göktürken (auch als „Köktürken“ oder „Himmelstürken“ bezeichnet), die vom sechsten bis zum achten Jahrhundert ein turkstämmiges Großreich errichteten. Andere Vereine stellen mit dem Namen ihre kurdisch-politische Prägung in den Vordergrund, wie z. B. der Verein FC Roj Dortmund oder auch der 1. FC Duisburg Dersimspor. Der Name Dersimspor ist mittlerweile nahezu zum „Markennamen“ für Vereine kurdischer Prägung geworden. Die Verwendung des Namens Dersimspor ist kontrovers, da die Provinz sowie die gleichnamige Stadt Dersim von der türkischen Regierung offiziell in Tunceli umbenannt wurde.

„Dersim, das ist ein Name, der die Unterdrückung hervorhebt. [...] Seit 1938 werden die Leute dort unterdrückt und deswegen sagt der Name Dersim charakterlich schon einiges. Das wird zwar mit Türkenvereinen verglichen, ist aber was ganz anderes“ (Zitat aus einem Interview im Ruhrgebiet, April 2010).

Die Vereine werden dabei auch als Mobilisierungsmöglichkeit für politische Akteure genutzt. Damit können die Fußballvereine unter Umständen als Vorfeldorganisationen von politischen Organisationen instrumentalisiert werden. Neben einer Prägung durch politische Parteien und Strömungen in der Türkei nehmen auch politische Akteure in Deutschland Einfluss auf die Vereine. So wurde etwa der Verein Anadoluspor im Jahr 1975 in Berlin mit Hilfe der Arbeiterwohlfahrt (AWO) gegründet. Die AWO hatte es dem Fußballverein erst ermöglicht, im Berliner Fußballverband mitzuspielen, was nach Einschätzung eines Gesprächspartners nicht ohne erkennbare Prägung durch die AWO blieb:

„Die haben ja jahrelang in der Kreisliga A gespielt. Und einmal wollten sie Bezirksliga, und dann wurde vom Vorstand gesagt: ‚ja nee, das ist zu viel. das kann man nicht machen.‘ Das ist der Gedanke der Arbeiterwohlfahrt, sage ich mal: [...] klein bleiben, nicht groß. Gar nicht nach außen auftauchen, sondern dann kriegst du auch nur einen auf den Deckel“ (Zitat aus einem Interview in Berlin, März 2012).

4.2 Religiöse Identität

Häufig eng verbunden mit Vereinen kurdischer Prägung sind Vereine, die sich auch oder zusätzlich als alevitische Vereine bezeichnen. Dies wird beispielsweise am Vereinsnamen des BSV Al-Dersimspor Berlin deutlich. Der Verein entstand im Jahr 2003 aus einer Fusion aus den Vereinen BSV Al-Spor Berlin und FC Dersimspor. Die Vorsilbe „Al“ weist auf die alevitische Glaubensgemeinschaft hin. Der Verein ging u. a. aus der alevitischen Gemeinde in Berlin hervor und arbeitet bis heute eng mit ihr zusammen. So befinden sich etwa die Vereinsräumlichkeiten in unmittelbarer Nachbarschaft zur alevitischen Gemeinde in Kreuzberg. Eine ähnliche organisatorische Anbindung ist bei mehreren untersuchten Vereinen im Ruhrgebiet und in Berlin zu finden, die aus einem Kultur- oder Moscheeverein hervorgegangen sind. Darunter finden sich auch solche Vereine, welche die sunnitische Ausprägung des Islam in den Mittelpunkt der Vereinsarbeit stellen. Zu diesen Vereinen gehören etwa Hilalspor

Berlin oder Hilal Duisburg, wobei „hilal“ so viel wie Halbmond bedeutet und auf die muslimische Prägung der Vereine schließen lässt. Für diese Vereine ist es wichtig, Fußball im Einklang mit ihrem Glauben sowie mit religiösen Regeln und Praktiken spielen zu können. Abhängig von der Bedeutung der Religion für die Vereine bedeutet dies, dass etwa auf den Fastenmonat Ramadan Rücksicht genommen sowie auf Schweinefleisch und alkoholische Getränke verzichtet wird.

Ein weiterer Fall, der die religiöse Identität hervorhebt, ist der Verein Tur Abdin Berlin. Der Verein setzt seine aramäische Identität maßgeblich aus der gemeinsamen Herkunft, der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen Religion zusammen.

„Wir sind ja Christen, Ur-Christen, und mit dieser Minderheit zum einen in der Türkei und aber auch hier wieder eine Minderheit. [...] Man wirft die allerdings alle in einen Topf, mit Aramäer, Assyrer, und so. Weil sie alle so ein bisschen aus der Region kommen. [...] Man identifiziert sich aber mittlerweile mehr über den Glauben. Sprich: Wenn du sagst Aramäer, dann bringt man das in Verbindung in erster Linie mit der syrisch-orthodoxen Kirche, wo der Patriarch in Damaskus sitzt“ (Zitat aus einem Interview in Berlin, März 2010).

4.3 Fan-Identität

Besonders die Fußballvereine mit Türkeibezug in Berlin betonen eine zusätzliche Ausrichtung, die sich als Fan-Identität oder „Süper Lig-Identität“ beschreiben lässt, weil sie sich auf Fußballvereine der ersten türkischen Fußballliga bezieht. Dabei spielen insbesondere die drei großen Istanbul Klubs, die so genannten „drei Großen“ („üç büyük“), eine Rolle. So gibt es in Berlin neben zwei Vereinen, die sich auf Beşiktaş Istanbul beziehen

(Beşiktaş Berlin 2000 und Beşiktaş Berlin Spor Denerji 2008), auch den Verein Galatasaray Spandau, der von Anhängern von Galatasaray Istanbul gegründet wurde. Auch der mittlerweile erfolgreichste Fußballverein mit Türkeibezug in Deutschland, BAK 07, nannte sich zwischenzeitlich Berlin Ankaraspor Kulübü und bezog sich damit auf einen Verein in der Hauptstadt der Türkei. Viele Gesprächspartner deuteten darauf hin, dass ein Motiv der Namenswahl auch die erhoffte Unterstützung durch Vereine in der Türkei war. In der Praxis arbeiten diese Vereine aber nur in den seltensten Fällen mit den Partnervereinen in der Türkei zusammen.

Immer häufiger werden die transnationalen Bezugspunkte als Sprungbrett für eine Spielerkarriere in der Türkei genutzt. So spielen mittlerweile mehr als 100 Profis, die in Deutschland aufgewachsen sind, in türkischen Profiligen Fußball.⁸ Die Untersuchung der Fußballvereine mit Türkeibezug brachte nicht wenige Befunde hervor, bei denen die Vereine mit Türkeibezug für die transnationalen Karrierewege einzelner Spieler ein wichtiges Scharnier zwischen der deutschen und der türkischen Fußballwelt bildete. Diese Befunde lassen Zweifel an der von Frank Kalter aufgestellten These aufkommen, nach der die Segregation in so genannten ethnischen Mannschaften zur Folge habe, dass die Spieler – ähnlich wie auch Hartmut Esser (1986) in seinen Untersuchungen zu den Aufstiegschancen von Migranten generell argumentiert – in eine Mobilitätsfalle tappen und Mannschaften mit Türkeibezug demnach eine Einbahnstraße für die (Fußball-)Karriere ihrer Spieler bedeuten würden (Kalter 2003: 246f.). Die transnationalen Spielerbiographien nehmen für türkeistämmige Jugendliche der untersuchten Vereine eine wichtige Vorbildfunktion ein. Denn viele träumen nicht von einer Karriere in Deutschland, etwa bei Hertha BSC Berlin oder Borussia

8 Türkeistämmige Nachwuchsfußballer sind nicht nur in den türkischen und deutschen Nationalmannschaften gefragt, sondern auch in den Profiteams beider Länder. Dabei führt der Karriereweg türkeistämmiger Nachwuchsspieler aus Deutschland häufig über die türkischen Profiligen. Für die Spieler in der Süper Lig, die in Deutschland Fußball spielen gelernt haben, bietet die deutsch-türkische Identität eine transnationale Option. Reicht das Leistungsniveau nicht für die Fußballerkarriere in den deutschen Profiligen, eröffnet sich ihnen durch ihr transnationales Kapital die Möglichkeit, die Karriere über die Türkei fortzusetzen. Die Scouts der türkischen Profiklubs veranstalten sogar eigene Turniere in Deutschland, um den deutsch-türkischen Nachwuchs zu sichten.

Dortmund, sondern von einer Spielerkarriere in der Türkei, etwa bei Galatasaray, Fenerbahçe oder Beşiktaş Istanbul. Dies unterstreicht auch folgendes Zitat, das aus einem Gespräch mit einem türkeistämmigen Spieler stammt, der zum Probetraining bei Beşiktaş Istanbul war:

„Hertha ist jahrelang ein Bundesligaverein. War damals zweite Liga. Ich bin vielleicht einmal, zweimal im Olympiastadion wegen Hertha gewesen. Ich war öfter in der Türkei bei Beşiktaş als hier bei Hertha. Man kriegt das im Fernsehen mit, und das ist dann auch was ganz anderes. Damals war es nichts Großes für Hertha zu spielen, aber bei Beşiktaş zu landen, das war schon ein Traum.“ (Zitat aus einem Interview in Berlin, November 2011)

4.4. Lokale Identität

Neben der lokalen Orientierung an einer Region, einer Stadt oder einem Fußballklub in der Türkei, gibt es häufig eine starke lokale Identifikation der Vereine und ihrer Mitglieder mit der Stadt, in der sie in Deutschland leben. So äußerte sich der Präsident von Berlin Ankaraspor Kulübü in der Presse: „Wir sind Berlin, wir wollen in keine Nische gedrängt werden, sondern die ganze Stadt mit ihrer multikulturellen Vielfalt präsentieren“ (Tagespiegel vom 20. September 2010). Auch auf die Frage, wie sich die Interviewpartner der Vereine verorten und womit sie sich identifizieren, gaben viele die Stadt oder häufiger noch den Stadtteil als ersten Bezugspunkt an.

„Eher fühlt man sich als Berliner. Ich weiß nicht, ob es rübergekommen ist, dieses „Berliner“. Bei den Türken hier in Berlin ist diese Zugehörigkeit zu der Stadt schon sehr, sehr verwurzelt. Zum Land Deutschland vielleicht nicht so, aber zur Stadt schon“ (Zitat aus einem Interview in Berlin, März 2010).

Insbesondere in Berlin spielt das Selbstbild einer kosmopolitischen Metropole eine maßgebliche Rolle. Dies gilt vor allem für den Berliner Stadtteil Kreuzberg, wo ein Großteil der Fußballvereine mit Türkeibezug in Berlin angesiedelt ist:

„Egal was passiert, Kreuzberg ist der beste Bezirk, den es gibt. Das hier ist Leben. Multi-Kulti. [...] Das merkt man schon als Ausländer, wenn

man nach Westdeutschland fährt, für Arbeit, aufs Dorf oder so. Ich habe ja selbst einmal in Stuttgart einige Zeit gearbeitet, da merkt man, da fühlt man sich echt als Fremder. Aber hier in Kreuzberg, da fühlt man sich in der Heimat“ (Zitat aus einem Interview in Berlin, März 2010).

Ähnliche Antworten erhielten wir auch von Mitgliedern der untersuchten Vereine im Ruhrgebiet, wobei insbesondere Stadtteile genannt wurden, die aufgrund ihrer herkunftsheterogenen Bevölkerungsstruktur eine Identifikation vereinfachen, wie z. B. Recklinghausen-Süd, Dortmund-Nord oder Duisburg-Marxloh. Einige Klubs bezeichnen sich selbst als „Multi-Kulti“-Gruppe, was – anders als häufig im politischen Gebrauch – in der Regel positiv konnotiert ist. Sie stellen dabei auch die herkunftsheterogene Zusammensetzung ihrer Mannschaften mit Spielerinnen und Spielern unterschiedlichster Herkunft in den Vordergrund. Am erfolgreichsten hat dies der Verein Türkiyemspor Berlin getan, der wohl bekannteste Verein mit Türkeibezug in Deutschland. Dass der Verein, der Ende der 1980er Jahre fast in die zweite Bundesliga aufgestiegen wäre, mittlerweile ein Markenname ist, der selbst in der Türkei bekannt ist, machte ein Vereinsmitglied im Interview deutlich:

„Türkiyemspor ist bekannt. Türkiyemspor ist eine Marke. Brauchen wir nicht erklären, woher wir kommen und was wir sind. Ist auch unwichtig, wo wir spielen. Selbst wenn wir in der siebten Liga spielen würden, wären wir in der Türkei immer noch Türkiyemspor“ (Zitat aus einem Interview in Istanbul, November 2011).

5. Wandel der Identitäten

Die dargestellten Selbstbeschreibungen und Identitäten sind allerdings in keinem der untersuchten Fälle als unbeweglich und statisch zu verstehen, sondern dynamisch und in vielen Fällen im Wandel. So lässt sich etwa die Tendenz beobachten, dass Fußballvereine mit Türkeibezug durch Fusion oder Namensänderung einen deutschen Namen annehmen. In Wuppertal sind etwa die Vereine Türkiyemspor und Fenerbahçe zu einem neuen Verein mit dem Namen Turn- und Fußball-

club Wuppertal fusioniert, wodurch sie sich einen Imagewandel erhofften. Ebenso schlossen sich die Vereine FC Türkspor und FC Ayyildiz zusammen, nannten sich nach ihrer Fusion FC Waldkraiburg und ließen die türkischen Wurzeln lediglich im roten Halbmond auf dem Vereinswappen erkennbar. Aus ähnlichen Motiven legte der Berliner Verein Ankaraspor Kulübü den türkischen Namen ab und nahm den traditionellen Namen Berlin Athletik Klub wieder an, der eine Tradition seit 1907 hat.

Auch ohne zu fusionieren nutzen einige Vereine die Möglichkeit einer Umbenennung, um einer veränderten Identität Ausdruck zu verleihen. Türkiyemspor Berlin, ursprünglich als Izmirspor gegründet, benannte sich mit wachsender Popularität in der türkischen Migrantengruppe in Türkiyemspor Berlin um (siehe hierzu ausführlich Tödt/Vosgerau 2007). Zu einem Wandel von einer lokalen Identität in der Türkei zu einer lokalen Identität in Deutschland kam es auch beim FC Kreuzberg in Berlin. Der Verein wurde im Jahr 1978 als Karadenizspor gegründet, nannte sich im Jahr 2003 in Samsunspor um und stellte so lange Zeit seinen Bezug auf die Schwarzmeerregion und die Stadt Samsun in der Türkei heraus. Im Jahr 2011 nannte sich der Verein dann in FC Kreuzberg um und rückte damit den Bezug auf den Stadtteil Kreuzberg in Berlin in den Vordergrund.

Betrachtet man die Historie der untersuchten Vereine, stellt man fest, dass die Identitätsmuster von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei beeinflusst wurden. Dabei lassen sich aus den dargestellten Zwischenergebnissen drei zentrale Entwicklungstendenzen herausarbeiten, die in unseren fortlaufenden Untersuchungen noch weiter beobachtet, dokumentiert und geschärft werden sollen:

Erstens nimmt die Bedeutung der politischen Identität ab. Wie bereits dargestellt politisierte sich die Vereinslandschaft der Fußballklubs mit Türkeibezug in Deutschland stark in den 1980er Jahren, als in der Türkei der politische Konflikt zwischen kurdischen und nationalistischen sowie zwischen politisch linken und rechten Gruppen besonders ausgeprägt war. Besonders kurdisch

und später alevitisch geprägte Vereine nutzten die Möglichkeiten in der Diaspora und zelebrierten ein „coming out“ von Selbstorganisationen (vgl. Aksünger in diesem Sammelband). Diese politische Orientierung der Sportvereine verblasst allerdings zunehmend.

Zweitens konnten wir eine zunehmende Bedeutung der religiösen Identifikation feststellen, ob dies nun in Form einer sunnitischen, alevitischen oder auch aramäischen Identität geschieht. So spielt auch für Vereine mit ehemals säkularer Prägung die Öffnung für religiösere Mitglieder eine immer bedeutendere Rolle. Dies erklärt sich auch vor dem Hintergrund der generellen Aufwertung von Religion in der türkischen Migrantengruppe sowie auch in der Türkei.

Drittens konnten wir für die untersuchten Fußballvereine eine zunehmende Bedeutung der lokalen Identität mit einer Stadt oder einem Stadtteil in Deutschland ausmachen. Bei vielen der untersuchten Vereine ändert sich die Identität im Laufe der Jahre durch Jugendarbeit und Professionalisierungsprozesse und den damit verbundenen Interaktionen mit anderen Vereinen, Institutionen oder dem städtischen Umfeld. Dabei zeigt sich, dass die spezifische transnationale Prägung mit der Zeit abnimmt und sich die Identität oftmals an lokalen Orientierungen ausbildet, etwa am Stadtteil, in dem der Großteil der Mitglieder wohnt. Die spezifische Identität in den oben dargestellten Ausformungen behält meist dann ihre Wirkung, wenn die Vereine klein (zumeist begrenzt auf eine Herrenmannschaft) und oftmals auf einen Freundes- und Bekanntenkreis beschränkt bleiben. Doch gerade diese Vereine kämpfen im Laufe der Zeit mit Nachwuchsproblemen und sind – so das vorläufige Fazit unserer Untersuchungen – durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet.

6. Fazit

Mit Hilfe der dargestellten Ergebnisse wollen wir aufzeigen, dass sich die Selbstverortung der Vereine kaum unter der Bezeichnung „türkische Fußballvereine“ bündeln lässt. Denn der türkische Name weist nicht per se auf einen Verein mit

„türkischer“ Identität hin. Vielmehr werden hinter den verschiedenen Namen Vereine mit ganz unterschiedlich spezifischen Identitäten sichtbar. So unterscheiden sich diese, wie aufgezeigt, in Vereine mit lokaler Identität in der Türkei oder in Deutschland, andere stellen die religiöse Identität in den Vordergrund, während wieder andere die politische Identität oder die Fan-Identität hervorheben. Doch auch diese herausgearbeiteten Identitäten sind nicht statisch oder eindeutig, sondern vielmehr dynamisch und diffus. Es kommt oftmals zu Grenzziehungsprozessen, Überschneidungen und Mehrfachidentitäten, die in einem

langsamen und stetigen Wandel begriffen sind. Für den Fußballalltag in Deutschland bedeutet dies, dass hinterfragt werden muss, ob für die Fußballvereine die Kategorisierung als ‚türkischer‘ Fußballverein noch der Realität einer ausdifferenzierten und pluralistischen Einwanderungsgesellschaft entspricht. Schließlich stellt sich vor dem Hintergrund des vorliegenden Sammelbands die Frage, wie lange Organisationen noch nach der Herkunft eingeordnet werden und wie lange Migrantenorganisationen noch Migrantenorganisationen sind.

Literatur

- Alba, Richard; Nee, Victor 2005: *Remaking the American Mainstream. Assimilation and Contemporary Immigration*, Cambridge.
- Böer, Simon 2009: *Monoethnische Sportvereine in Deutschland. Eine organisationstheoretische Betrachtungsweise*, Bielefeld.
- Brubaker, Rogers; Cooper, Frederick 2000: *Beyond 'Identity'*, in: *Theory and Society* 29, S. 1-47.
- Esser, Hartmut 1986: *Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation?*, in: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen (Hrsg.): *Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*, Mannheim, S. 106-117.
- Halm, Dirk 2003: *Türkische Zuwanderer im deutschen Amateurfußball – Situation, Probleme und Perspektiven*, in: Goldberg, Andreas; Halm, Dirk; Sauer, Martina (Hrsg.): *Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien*, Münster, S. 9-61.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2006: *Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 1-2, S. 18-24.
- Heckmann, Friedrich 1998: *Migrantensozialisation, Integration und die Rolle des Sports*, in: Klein, Marie-Luise; Klein-Kothy, Jürgen (Hrsg.): *Ethnisch-kulturelle Konflikte im Sport*, Hamburg, S. 31-39.
- Hellriegel, Lars 1999: *Die historische Entwicklung türkischer Sportvereine in Hannover – ein Beispiel komplexer Differenzierung*, in: *Sozial- und Zeitgeschichte des Sports* 13(3), S. 7-23.
- Huhn, Daniel; Kunstreich, Hannes; Metzger, Stefan (Hrsg.) 2011: *Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin. Im Abseits der Gesellschaft?*, Münster.
- Kalter, Frank 2003: *Chancen, Fouls und Abseitsfallen*, Wiesbaden.
- Klein, Marie-Luise; Kothy, Jürgen 1998: *Entwicklung und Regulierung ethnisch-kultureller Konflikte im Sport. Migranten im Spannungsfeld von deutschem Vereinssport und ethnischer Kolonie*, in: Heitmeyer, Wilhelm; Dollase, Rainer; Backes, Otto (Hrsg.): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt am Main, S. 416-442.
- Klein, Marie-Luise 2004: *Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht, Ethnizität und Sport – Soziologische Überlegungen zum „Sport von Migrantinnen“*, in: MSWKS des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Muslimische Frauen im Sport*, Düsseldorf, S. 31-39.
- Metzger, Stefan 2011: *Identität(en) und Orientierung(en) türkisch geprägter Fußballvereine*, in: Huhn, Daniel; Kunstreich, Hannes; Metzger, Stefan (Hrsg.): *Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin. Im Abseits der Gesellschaft?*, Münster, S. 35-59.

- Özaydin, Cetin; Aumeier, Harald 2008: Rechtsextremismus und Ausgrenzungserfahrungen aus der Sicht des Vereins Türkiyemspor Berlin e. V., in: Glaser, Michaela; Elverich, Gabi (Hrsg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball, Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle, S. 110-123.
- Römhild, Regina 2007: Fremdzuschreibungen – Selbstpositionierungen. Die Praxis der Ethnisierung im Alltag der Einwanderungsgesellschaft, in: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.): Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder, Berlin, S. 157-177.
- Schönwälder, Karen; Baykara-Krumme, Helen; Schmid, Nadine 2008: Ethnizität in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland: Zur Beobachtung ethnischer Identifizierungen, Loyalitäten und Gruppenbildungen, SOEB Arbeitspapier 1.
- Schwarz, Thomas 1998: Zuwanderung und ethnische Vereine im Berliner Sport und die Debatte um Integration versus Segregation, in: Klein, Marie-Luise; Kothy, Jürgen (Hrsg.): Ethnisch-kulturelle Konflikte im Sport, Hamburg, S. 87-98.
- Soeffner, Hans-Georg; Zifonun, Dariuš 2008: Fußballwelten: Die Ordnungen ethnischer Beziehungen, in: Neckel, Sighard; Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext, Wiesbaden, S. 115-234.
- Stahl, Silvester 2009: Selbstorganisation von Migranten im deutschen Vereinssport. Ein Forschungsbericht zu Formen, Ursachen und Wirkungen, Köln.
- Stahl, Silvester 2013: Türkische Sportvereine in Deutschland als Kristallisationspunkte transnationaler Netzwerke und Identitäten, in: Pusch, Barbara (Hrsg.): Transnationale Migration am Beispiel Deutschland und Türkei, Wiesbaden, S. 215-233.
- Tödt, Daniel; Vosgerau, Söhnke 2007: Ethnizität und ethnische Repräsentation im Fußball. Am Beispiel Türkiyemspor Berlin, in: Krankenhagen, Stefan; Schmidt, Birger (Hrsg.): Aus der Halbdistanz. Fußballbiographien und Fußballkulturen heute, Berlin, S. 115-135.
- Wimmer, Andreas 2008: The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries. A Multi-Level Process Theory, in: American Journal of Sociology 113(4), S. 970-1022.

Die irakische Diaspora in Deutschland und ihr Beitrag im Wiederaufbauprozess im Irak nach 2003

Menderes Candan

Zusammenfassung

Die Rolle, die in Deutschland ansässige Diasporas in Wiederaufbauprozessen nach Konflikten in ihren Herkunftsländern spielen, wurde bisher kaum erforscht. Zugleich existieren keine Untersuchungen darüber, wie das Engagement von Diasporas in Wiederaufbauprozessen in ehemaligen Konfliktstaaten von Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik wahrgenommen wird. Der vorliegende Beitrag befasst sich zum einen mit der irakischen Diaspora in Deutschland und ihrem politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Beitrag im Wiederaufbauprozess im Irak nach dem Regimewechsel 2003. Zum anderen geht der Beitrag der Frage nach, ob Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik die Aktivitäten von in Deutschland ansässigen Diasporas wahrnehmen und Potenziale, die aus den Aktivitäten von Diasporas für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik entstehen können, nutzen. Die insgesamt gut organisierte irakische Diaspora in Deutschland bringt sich seit dem Regimewechsel 2003 mit unterschiedlichen entwicklungsrelevanten Projekten, Rücküberweisungen, Investitionen, aber auch durch die temporäre und permanente Rückkehr in den Irak in den Wiederaufbauprozess ein.

Das Engagement der irakischen Diaspora ist auch von der irakischen Seite gewollt und wird forciert. So ermuntern sowohl die Zentralregierung in Bagdad als auch die kurdische Regionalregierung im Norden die Diaspora dazu, sich im Wiederaufbauprozess einzubringen. Insgesamt nimmt die irakische Diaspora durch diese Aktivitäten eine Brückenfunktion zwischen Deutschland und dem Irak ein. Diese Brückenfunktion der Diaspora, die der deutschen Politik, Diploma-

tie, Wirtschaft und Wissenschaft als ein wichtiger Zugang in den Irak dienen kann, wird bisher von Akteuren deutscher Außen- und Entwicklungspolitik nicht wahrgenommen. Die irakische Diaspora wurde von amerikanischer und britischer Seite sowohl vor der Invasion im Jahre 2003 in die Planung einzelner Projekte eingebunden als auch danach in den zivilen Wiederaufbauprozess involviert. Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UN) und die International Organisation of Migration (IOM) forcieren ebenfalls das Engagement der Diaspora im Wiederaufbauprozess.

1. Einleitung

Diasporas bringen sich insbesondere in Wiederaufbauprozesse nach Konflikten in ihren Herkunftsländern durch entwicklungsrelevante Aktivitäten ein (Bercovitch 2007). Unter entwicklungsrelevanten Aktivitäten wird im vorliegenden Beitrag jede Form von Engagement verstanden, das dazu beiträgt, die „politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung voranzubringen und damit die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern. Hierzu zählen etwa der Transfer von Gütern und Devisen, die Übertragung von Werten, Wissen und Know-how“ (Metzger/Schüttler/Hunger 2010: 218). Dieses Engagement kann aus dem Aufnahmeland, über transnationale Netzwerke oder durch eine Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen. Dies ist insbesondere durch Globalisierung, verändernde und vereinfachende Formen der Kommunikation, der Technologie und des Reisens möglich geworden. Hier spielt insbesondere das Internet eine große Rolle (Candan/

Hunger 2009; Hunger/Candan/Krannich 2011: 225-238).

Durch ihr Engagement erarbeiten sich Diasporas oftmals eine Position als „transnationale Entwicklungsakteure“ (Faist 2007: 4), denen es möglich ist, den Wiederaufbau des Herkunftsstaates politisch, ökonomisch und sozio-kulturell aktiv mitzugestalten (Bercovitch 2007: 17-25). Beispielsweise haben Emigranten aus Osteuropa im Westen bei der Errichtung demokratischer Staatssysteme in Osteuropa in der postsowjetischen Ära Anfang der 1990er Jahre eine wichtige Rolle gespielt (Shain/Barth 2003: 449-479).

Der Irak erlebte Anfang 2003 einen fundamentalen Regimewechsel. Durch einen internationalen Militäreingriff unter Führung der USA wurde das seit dem Jahr 1968 herrschende Regime der Baath-Partei unter dem Diktator Saddam Hussein gestürzt. An ihre Stelle trat ein föderal strukturiertes demokratisches Staatssystem. Seitdem ist der Wiederaufbau, trotz interner gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gruppen, auf allen Ebenen des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft im Gange. Dazu gehört der Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen und einer intakten Infrastruktur sowie ein handlungsfähiges Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungssystem. Neben den politischen Kräften im Irak sind verschiedene Staaten und internationale staatliche und nichtstaatliche Akteure in den Wiederaufbauprozess involviert.

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die irakische Diaspora in Deutschland aktiv in den Wiederaufbauprozess im Irak einbringt. Gleichzeitig wird untersucht, ob das Engagement der Diaspora von den politischen Entscheidungsträgern und den ausführenden Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen wird. Bevor diese Fragen beantwortet werden, soll zunächst geklärt werden, inwieweit eine organisierte irakische Diaspora in Deutschland überhaupt existiert.

Um einen Überblick über Zahlen, Migrationsgeschichte und Organisationsstruktur der irakischen Diaspora in Deutschland zu erhalten, wurde zunächst ein „Mapping“ der Diaspora vorgenommen. Hierfür wurden Statistiken, Internet-

quellen und die Sekundärliteratur über Iraker in Deutschland ausgewertet. Um herauszufinden, welche Rolle die irakische Diaspora im Wiederaufbauprozess im Irak spielt, wurden zwischen Anfang des Jahres 2011 und Mitte 2012 22 leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertretern irakischer Diasporaorganisationen in Deutschland geführt. Zugleich wurden 13 politische Entscheidungsträger interviewt, und zwar Bundestagsabgeordnete, Vertreter von ausführenden Institutionen der Außen- und Entwicklungspolitik (u. a. im Auswärtigen Amt) sowie Vertreter deutscher politischer Stiftungen, die Wiederaufbauprojekte im Irak realisieren. Dadurch wurde ein Überblick über die Wahrnehmung der Aktivitäten der irakischen Diaspora in Deutschland gewonnen. Die ausgewerteten Ergebnisse dieser Feldforschung werden im Folgenden dargestellt. Hierbei wird zunächst versucht, die politischen, ökonomischen sowie die sozio-kulturellen Einflussnahmen der Diaspora auf den Wiederaufbauprozess im Irak und die zirkuläre Migration zwischen Deutschland und dem Irak zu beleuchten. Abschließend wird geklärt, ob es einen Austausch zwischen der irakischen Diaspora und politischen Entscheidungsträgern sowie der ausführenden Institutionen der Außen- und Entwicklungszusammenarbeit gibt.

2. Die irakische Diaspora in Deutschland

2.1 Mapping

2.1.1 Migration nach Deutschland

Die irakische Diaspora ist nicht als Folge einer einmaligen Migration aus dem Irak entstanden, sondern hat sich schrittweise im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgebaut (Shoorman 2007: 242; Salam 2010: 173-178). Die Diaspora besteht zum einen aus ehemaligen Studentinnen und Studenten, die im Rahmen staatlicher Abkommen zwischen der BRD oder der ehemaligen DDR und dem Irak ab der Mitte der 1960er und 1970er Jahre eingewandert sind. Viele dieser Studentinnen und Studenten sind nach ihrem Studium in Deutschland geblieben und haben politisches Asyl beantragt. Zum anderen besteht

die Diaspora aus Mitgliedern der politischen, akademischen und wirtschaftlichen Intelligenz des Landes. Diese sind in Folge zahlreicher innerstaatlicher Konflikte und von Kriegen gegen andere Staaten (z. B. des Irak-Iran-Krieges 1980-1988) seit den 1960er Jahren in Richtung Deutschland geflohen. Insgesamt kann somit von einer gut ausgebildeten Diaspora gesprochen werden (Dulz 2004; Shooman 2007; Salam 2010).

2.1.2 Zahlen und regionale Verteilung

Die irakische Diaspora in Deutschland umfasste im Jahr 2012 etwa 110.000 Menschen. Davon besaßen mehr als 80.000 die irakische Staatsbürgerschaft und etwa 30.000 wurden in den letzten Jahrzehnten eingebürgert. Die Diaspora in Deutschland ist heute nach Großbritannien mit ca. 400.000 und Schweden mit ca. 125.000 irakischstämmigen Migrantinnen und Migranten die drittgrößte irakische Diaspora in Europa. Die weltweite irakische Diaspora umfasst Schätzungen zufolge mehr als drei Millionen Menschen (IOM 2007; Alkhairo 2008).

Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich in Deutschland einzelne Ballungszentren irakischer Migrantinnen und Migranten herausgebildet, in denen eine hohe Dichte von politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu beobachten ist. Eine Konzentration auf folgende sechs Ballungsräume ist zu verzeichnen: Berlin/Brandenburg (hauptsächlich Berlin und Potsdam), Nordrhein-Westfalen (Rheinland-Ruhrgebiet), Sachsen (Dresden, Leipzig), Bayern (München, Augsburg, Nürnberg), Baden-Württemberg (Ulm, Stuttgart, Pforzheim, Karlsruhe, Mannheim) sowie Hessen (Großraum Frankfurt am Main).

2.1.3 Heterogenität innerhalb der Diaspora

Die irakische Diaspora in Deutschland ist religiös, ethnisch und politisch sehr heterogen. Nach Auffassung der Interviewten hat dies mit der vielfältigen Politiklandschaft im Irak, aber auch mit den demokratischen Möglichkeiten zu tun, die die Diaspora in Deutschland vorfindet. Schiiten und Sunniten bilden die größten religiösen Gruppen innerhalb der Diaspora. Religiöse Minderheiten sind die kurdischen Yeziden, Christen sowie Mandäer. Die beiden größten ethnischen Gruppen in-

nerhalb der Diaspora bilden die Araber und die Kurden. Hinzu kommen Assyrer/Aramäer, Turkmenen und Chaldäer. Neben der ethnisch-religiösen besteht auch eine politische Vielfalt innerhalb der Diaspora. So gibt es u. a. Kommunisten, Liberale und Konservative unterschiedlicher Ausrichtungen. Die am meisten verbreiteten Sprachen sind Arabisch und Kurdisch, gefolgt von Aramäisch/Assyrisch, Turkmenisch und Chaldäisch.

2.1.4 Organisationsstruktur

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 60 irakische Diasporavereine ausfindig gemacht. Die Mehrheit dieser Vereine wurde nach dem Sturz der Diktatur im Irak im Jahr 2003 offiziell gegründet. Aus Angst vor Angriffen und Bespitzelung durch den irakischen Geheimdienst in Deutschland, aber auch aus Angst vor Verhaftungen von Familienmitgliedern im Irak, organisierte sich die Diaspora vor dem Sturz des Regimes weitgehend versteckt (eigene Erhebungen; Böker/Sayan 2005).

Neben „gesamtirakischen“ Vereinen, deren Mitglieder sich aus allen politischen, religiös-ethnischen Gruppen des Iraks zusammensetzen, gibt es auch eine große Fülle an Vereinen der oben genannten ethnischen und religiösen Gruppen. Die Mehrheit der interviewten Vereine verfügen über 30 bis 40 Mitglieder, bei vier Vereinen sind es laut Darstellung der Vereinsvertreter mehr als 100 Mitglieder. Unabhängig von der ethnischen und religiösen Ausrichtung wurden folgende Vereinstypen vorgefunden: a) *Kulturvereine*, also Vereine, die sich bei ihrer Arbeit insbesondere dem Erhalt der irakischen Sprache(n), Kultur(en), Literatur, Kunst und Geschichte in der Diaspora widmen; b) *Wirtschaftsvereine*, in deren Fokus insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und irakischen Unternehmen steht; c) *Professionsvereine*, die sich auf Basis des beruflichen Hintergrundes der Mitglieder gegründet haben; d) *Studentenvereine*, die sich der Integrationsarbeit ihrer Mitglieder in die deutsche Hochschullandschaft, der Pflege der irakischen Kultur(en) und Tradition(en) sowie der Förderung des akademischen Austauschs zwischen Deutschland und dem Irak widmen, e) *Menschen-*

rechtsvereine, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die Einhaltung der Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechte sowie die Entwicklung der Meinungs- und Medienfreiheit im Irak zu fördern, f) *religiöse Vereine*, die sich in erster Linie auf die Ausübung, Pflege und Weitergabe der religiösen Lehren und Traditionen an ihre Nachfahren in Deutschland bemühen, g) *„Hometown Associations“*, also Vereine, in denen sich Migranten organisieren, die aus derselben Herkunftsstadt oder Provinz kommen, sowie h) *Sportvereine*, bei denen insbesondere über Sport der Austausch zwischen der Diasporajugend betrieben wird (eigene Erhebungen).

Eine Dachorganisation oder eine repräsentative Organisation existiert nicht. Seit dem Jahr 2004 wurden mehrere Versuche unternommen, solch eine Dachorganisation aller irakischen Vereine zu gründen. Diese Versuche sind bis heute nicht erfolgreich. Als Gründe werden u.a. die starke Dominanz einzelner Vereine oder die Einmischung politischer Parteien und Interessensgruppen aus dem Irak genannt.

2.2 *Der entwicklungspolitische Beitrag der irakischen Diaspora im Wiederaufbauprozess im Irak nach 2003*

2.2.1 **Politische Einflussnahmen**

Die irakische Diaspora nimmt in dreierlei Art politischen Einfluss auf den Wiederaufbauprozess im Irak: Über Aufklärung und Lobbyarbeit in Deutschland, über direkte politische Partizipation im Irak und über das Internet. Die Aufklärungsarbeit in Deutschland umfasste bis zum Sturz von Saddam Hussein im Jahr 2003 öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und Aufklärungskampagnen gegen die damalige Zentralregierung in Bagdad. Hierbei wurden Menschenrechtsverstöße des Regimes verurteilt und die deutsche sowie die internationale Gemeinschaft aufgefordert, gegen die Diktatur vorzugehen. Mit dem Sturz der Diktatur im März 2003 änderte sich die Lage grundlegend. Die Zahl der Informationsveranstaltungen, Tagungen, Musik- und Kulturveranstaltungen, auf denen über die aktuellen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Probleme im neuen Irak debattiert

wird, nahm zu. Mit diesen Veranstaltungen versuchte die Diaspora insbesondere bei politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit in Deutschland für die eigenen politischen Interessen zu werben. Insgesamt kann man festhalten, dass sich der Organisationsgrad, der Umfang der politischen Lobby- und Aufklärungsarbeit der Diaspora in Deutschland insbesondere seit dem Sturz der Diktatur im Irak erhöht hat. Dies hat vor allem mit dem Wegfall von Sicherheitsrisiken für das eigene Leben, aber auch für das Leben der Verwandten im Irak zu tun.

Wie auch andere Diasporas engagiert sich die irakische Diaspora im Herkunftsland. Eine direkte Einflussmöglichkeit besteht über das Wahlrecht im Irak. Denn die Mehrheit der Diaspora verfügt über die irakische Staatsbürgerschaft und darf somit von Deutschland aus an Wahlen im Irak teilnehmen. Dieses Wahlrecht wurde bei den letzten Wahlen im Irak auch von einem Großteil der Wahlberechtigten Iraker in Deutschland wahrgenommen. Allein im Vorfeld der ersten freien Wahlen zur irakischen Nationalversammlung am 30. Januar 2005 haben sich mehr als 26.000 Iraker in Deutschland für die Wahlen registrieren lassen (Leidel 2005). Mit dem Wahlrecht hat die Diaspora einen konkreten Einfluss (denn die irakischen Parteien umwerben auch die Diaspora), der von den Diasporaorganisationen auch genutzt wird, um sich im Wiederaufbauprozess Gehör und Einfluss zu verschaffen (Oberndörfer 2010; Interviews mit irakischen Vereinen).

Eine weitere Einflussmöglichkeit besteht über die guten Kontakte zu zahlreichen Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Deutschland und anderen europäischen Staaten, die gegenwärtig wichtige Funktionen in hohen Staats- und Parteiämtern sowie in der Wissenschaft, Wirtschaft und in der Verwaltung im Irak einnehmen (dazu gehören u.a. der amtierende irakische Außenminister und der außenpolitische Sprecher der Regionalregierung in Irakisch-Kurdistan) (Göteborgs-Initiativet 2005; Farag 2007; Fischer 2008). Allein im Zuge einer Initiative des irakischen Ministeriums für Migration sind allein zwischen dem Jahr 2012 und Anfang 2013 2.430 Ärzte, Ingenieure und weitere hochgebildete Spezialistinnen und Spezialisten in den Irak zurückgekehrt.

Ein interviewter Vereinsvertreter sagte dazu: „Viele der neuen irakischen politischen Führer waren in der Diaspora, in Großbritannien oder Deutschland oder Europa. Diese kennen wir noch aus ihrer Zeit in der Diaspora [...] und wir haben Kontakte zu diesen, sehr gute Kontakte auch“ (Interview mit einem irakischen Vereinsvertreter, März 2011). Ein dritter Weg, über die sich die Diaspora von Deutschland heraus in die nationale Debatte um Aufbau des Staates und der Gesellschaft im Irak einbringt, ist das Internet (Duclos 2008; Hunger/Candan 2009). Insbesondere seit dem Sturz des Regimes, das zuvor den Internetzugang im Irak weitestgehend eingeschränkt hat, nutzen Intellektuelle aus der Diaspora digitale Plattformen (Webseiten, Chatrooms, Onlinezeitungen und Zeitschriften sowie Social Media Kanäle), um sich in die nationale Debatten im Irak einzubringen (eigene Erhebungen; Duclos 2008: 73-76).

2.2.2 Ökonomische Einflussnahmen

Der ökonomische Beitrag der Diaspora im Wiederaufbauprozess kann am Beispiel der Rücküberweisungen in den Irak, der Investitionen der Diaspora im Irak und anhand der Vermittlung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen und irakischen Unternehmen am besten erläutert werden. Rücküberweisungen aus Deutschland in den Irak haben eine lange Tradition. Mit dem Beginn des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran im Jahr 1980 war ein Niedergang der irakischen Wirtschaft zu beobachten. Dieser wirtschaftliche Niedergang führte zu großer Arbeitslosigkeit, insbesondere innerhalb der ärmeren Bevölkerungsgruppen. In dieser Zeit und danach waren viele Irakerinnen und Iraker auf die Rücküberweisungen ihrer Verwandten und Freunde im Ausland angewiesen. Die Lage verschlechterte sich noch einmal mit dem Beginn des internationalen UN-Embargos gegen das Land im Jahr 1991.

Die Rücküberweisungen bilden bis heute eine wichtige wirtschaftliche Stütze, insbesondere für die ärmeren Menschen im Irak (eigene Erhebungen; Salam 2010). Neben der existenziellen Sicherung investierten viele Menschen das rücküberwiesene Geld in kleinere Gewerbe, in die Bildung ihrer Kinder sowie in Immobilien (eigene

Erhebungen; Salam 2010: 178-183). Hinzu kommt die Einfuhr von elektrischen Haushaltsgeräten, wie beispielsweise Waschmaschinen, Öfen und Kühlschränken.

Da bisher kein einwandfrei funktionierendes Bankensystem im Irak besteht (Fiedler 2009), gibt es auch keine verlässlichen Statistiken über offizielle und inoffizielle Rücküberweisungen in das Land. Im Zuge der Untersuchung konnte festgestellt werden, dass auch über informelle Wege Geld aus Deutschland in den Irak transferiert wird. Eines der hierbei genutzten Überweisungssysteme ist das sogenannte Hawalah-System. Dieses System ist in Asien und Nordafrika seit dem achten Jahrhundert bekannt. Es basiert auf Vertrauen und ist im Vergleich zu offiziellen Banküberweisungen günstig. Bei einer Überweisung werden Vermittlungspersonen im Aufnahmeland die Beträge überreicht. Geschäftspartner dieser Personen übergeben im Herkunftsland die genannte Summe an die Adressaten der Überweisung. Dabei wird ein bestimmter Prozentsatz des überwiesenen Geldes als Kosten für die Überweisung berechnet. Die Interviewten gaben zudem an, dass viele Iraker bei ihren Reisen in den Irak Geld mitnehmen und dieses vor Ort direkt an Bekannte und Verwandte weitergeben. Eine Auflistung der Deutschen Bundesbank über Überweisungen von in Deutschland lebenden Irakerinnen und Irakern in den Irak zeigt, dass seit dem Jahr 2002 ein steiler Anstieg der Beträge zu verzeichnen ist (siehe Tabelle 1). Hierzu muss angemerkt werden, dass die Bundesbank lediglich die Rücküberweisungen der in Deutschland lebenden irakischen Staatsbürger aufzeichnet. Die Rücküberweisungen von Deutschen irakischer Abstammung werden nicht erfasst, ebenso die Transfers über informelle Kanäle.

Zusätzlich zu den sog. individuellen Rücküberweisungen gibt es auch kollektive Rücküberweisungen in den Irak. Dies sind Gelder und Güter, die vor allem Diasporavereine im Rahmen von Spendenaktionen in Deutschland zweckgebunden sammeln und in den Irak senden. Zu diesen Gütern zählen beispielsweise medizinische Geräte, in Deutschland ausgemusterte Rettungsfahrzeuge, Medikamente und Kleidung.

Tabelle 1:

Heimatüberweisungen irakischer „Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen“ aus Deutschland in den Irak

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Mill. €	22	26	32	32	31	30	32	32	33	35

Quelle: Deutsche Bundesbank 2012. „Gastarbeiter“ ist die Bezeichnung der Deutschen Bundesbank.

Es gibt im Irak Tausende von aus der deutschen und gesamteuropäischen Diaspora zurückgekehrten Unternehmern, die sich selbstständig gemacht haben. Diese tragen durch ihre Investitionen insbesondere in den Großstädten des Landes zur Entwicklung der Wirtschaft bei (eigene Erhebungen; Göteburg-Initiativ 2005; Salam 2010). Es werden häufig Ideen und Projekte im Irak umgesetzt, die die Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Deutschland kennen bzw. Industrieprodukte (z. B. Maschinen) vermarktet, die in Deutschland produziert werden (z. B. einzelne deutsche Biermarken oder Kosmetikwaren).

Eines der häufig erwähnten Beispiele ist ein Geschäftsmann, der lange Jahre in Köln gelebt hat und nach dem Sturz des alten Regimes in den Nordirak zurückgekehrt ist. Er hat in den großen Städten Erbil und Sulejmaniya zwei Einkaufszentren mit dem Namen „Rhein Mall“ eröffnet. Diese nach deutschem Beispiel gebauten Einkaufszentren gehören heute zu den modernsten des Landes. Mittlerweile ist der Name „Rhein“ zu einem Label in der Region geworden. Der besagte Unternehmer hat zahlreiche Hotels und Restaurants – aber auch Schulen, die er in der Region gestiftet hat – mit dem Namen „Rhein“ versehen (Berliner Morgenpost vom 13.11.2007; Interviews mit irakischen Vereinen). Da die Zahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus der Diaspora bis heute im Irak nicht systematisch erfasst wurde, können keine genauen Zahlen genannt werden.

Die Diaspora spielt auch beim Aufbau und dem Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmeland eine wichtige Rolle (Hunger/Metzger/Krannich 2011). Sie trägt insbesondere aufgrund ihrer speziellen

Kenntnisse über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen und Gewohnheiten im Herkunftsland zur Senkung der Transaktionskosten für Unternehmen aus dem Aufnahmeland bei (Baraulina et al. 2006: 38).

Im Rahmen der geführten Interviews konnte festgestellt werden, dass sowohl Individuen als auch Vereine aus der irakischen Diaspora eine wichtige Vermittlerrolle beim Aufbau und Ausbau der privatwirtschaftlichen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Irak einnehmen. So organisieren beispielsweise die Wirtschaftsvereine in Kooperation mit regionalen Industrie- und Handelskammern beider Länder Wirtschaftsmessen und Wirtschaftsdelegationsreisen in Deutschland und im Irak. Im Rahmen dieser Messen und Handelsreisen werden Kontakte zwischen deutschen und irakischen Unternehmern geknüpft bzw. ausgebaut. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Weltmesse für Gebrauchstechnik im April 2013 in Köln. Irakische Wirtschaftsvereine werben bereits jetzt für Kooperationen zwischen deutschen und irakischen Unternehmern, die diese Vereine speziell nach Köln eingeladen haben.

2.2.3 Sozio-kulturelle Einflussnahme

Die Weitergaben von Wissen und Know-how durch Diasporas an ihre Herkunftsländer werden als „Social Remittances“ bezeichnet. Social Remittances nehmen vor allem in Wiederaufbauphasen in Staaten, die aus unterschiedlichen Gründen von der weltweiten politischen und technologischen Entwicklung abgeschnitten waren, eine wichtige Rolle ein (Levitt 1998).

Tausende frei denkender Künstlerinnen und Künstler, Journalistinnen und Journalisten und Musikerinnen und Musiker wurden aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Regime bereits ab der Mitte der 1970er Jahre und verstärkt seit Anfang der 1980er Jahre verhaftet, hingerichtet oder ins Exil gedrängt. Dementsprechend ist die kritische Kunst-, Musik-, Journalismus- und Literaturlandschaft im Irak praktisch in den 1970er Jahren steckengeblieben. Im sicheren Ausland angekommen, setzten diese Freidenkerinnen und Freidenker ihre kritische Arbeit fort. So entstand in der irakischen Diaspora eine lebendige, vielsprachige Kunst-, Musik- und Literaturszene. Zudem wurden oftmals die ethnische, religiöse und ideologische Vielfalt, aber auch die nationale Geschichte Iraks in der Literatur, Kunst und Musik wiedergegeben und teilweise im Einklang mit der Entwicklung weltweiter Kunst, Musik und Literatur weiterentwickelt.

Seit dem Sturz der Diktatur beteiligt sich die Diaspora an den nationalen künstlerischen und literarischen Debatten. Zudem werden die über die Jahrzehnte entwickelten künstlerischen Werke in den Irak getragen. Dies geschieht über Medien in den Aufenthaltsländern oder über das Internet (Duclos 2008). Im Zuge der Interviews wurde auch berichtet, dass Berufsvereine, beispielsweise Ärztevereine, Wirtschaftsvereine und Ingenieurvereine, technische Werke aus dem Deutschen oder aus dem Englischen für ihre Kollegen im Irak übersetzen. Beispielweise hat ein Ingenieurverein Standardwerke im Bereich Maschinenbau aus dem Deutschen ins Arabische übersetzt und Kolleginnen und Kollegen aus dem Irak zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt die Weitergabe von fachlichem Wissen über DVDs und über das Internet. So werden Vorlesungen unterschiedlicher Hochschulfächer von irakischen Dozentinnen und Dozenten an ausländischen Hochschulen in arabischer, kurdischer oder englischer Sprache (von Biotechnologie über Lebensmitteltechnologie bis zu Literatur und Kunst) über DVDs und über das Internet an irakische Hochschulen weitergeleitet. Ein Beispiel für solch ein Projekt ist die „Iraq Scholar Lecture Series: Live and DVD Lectures“ vom Institute of International Education in den USA.

2.2.4 Zirkuläre Migration zwischen Deutschland und Irak

Diasporagruppen kehren oftmals nach einem Konflikt nicht permanent in ihre Herkunftsländer zurück. Häufig haben sie sich einen Status im Aufnahmeland erarbeitet, verfügen über Arbeit, wirtschaftliche Ressourcen und sozio-kulturelle Beziehungen. Zudem haben sie Kinder, die sich in der Kultur und Lebensweise des Aufnahmelandes heimisch fühlen. Diese Vorzüge will man nicht aufgeben. Stattdessen reisen Migrantinnen und Migranten in unterschiedlichen Abständen für einige Zeit in das Herkunftsland und nehmen dort aktiv am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teil (Cheran 2003: 11). Dies ist eine Form zirkulärer Migration. Die hin- und herwandernden Migrantinnen und Migranten leisten mit ihren Netzwerken und ihren Ressourcen einen Beitrag zur Entwicklung des Herkunftslandes. Denn es kommt während der zirkulären Migration zum Transfer von Ideen, Werten und Konzepten sowie zur Anhäufung von wirtschaftlichem und politischem Know-How (Van Hear 1998; Thränhardt 2007).

Im vorliegenden Fall ergaben die Interviews, dass sich auch die Mitglieder der irakischen Diaspora immer wieder über Zeiträume von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten, teilweise mit ihren ganzen Familien, im Irak aufhalten und hier in unterschiedliche politische, ökonomische und soziale Projekte involviert sind. Hinzu kommen Delegationsreisen von Diasporaorganisationen in den Irak, in deren Rahmen Kooperationsprojekte besichtigt werden. Zudem finden Treffen zwischen staatlichen Stellen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Delegationen statt, die insbesondere dem Austausch von Ideen dienen. Seit einigen Jahren findet zudem ein akademischer Austausch zwischen deutschen Hochschulen und Hochschulen im Irak statt, was ebenfalls als eine Form zirkulärer Migration betrachtet werden kann. Beispielweise hat die Universität Rostock, an der viele irakische Studentinnen und Studenten promoviert wurden, kürzlich ein Kooperationsprogramm mit dem Irak unterzeichnet. Im Rahmen des Kooperationsabkommens sollen Studentinnen und Studenten an die Universität Rostock kommen und hier mit Stipendien studieren können.

2.3 Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern, Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungszusammenarbeit und politischen Stiftungen

Die Interviews mit den politischen Entscheidungsträgern, den ausführenden Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik und den politischen Stiftungen ergaben, dass bisher so gut wie keine Kenntnisse über Zahlen, Struktur, Organisationsstruktur und Netzwerke der irakischen Diaspora in Deutschland existieren. Bekannt sind einigen Befragten einzelne Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Deutschland. Das Wissen über sie beschränkt sich jedoch auf Medienberichte. Lediglich in zwei Fällen wurde bei offiziellen Reisen in den Irak bemerkt, dass es sehr viele Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker und Unternehmerinnen und Unternehmer vor Ort gibt, die nach einem jahrzehntelangen Aufenthalt in Deutschland nach dem Jahr 2003 in den Irak zurückgekehrt sind.

Einzelne Interviewte bestätigten Kontakte zu Vertretungen irakischer Parteien in Deutschland. Die Parteivertreter sind jedoch primär nicht als Teil der Diaspora zu betrachten, sondern als Gesandte der Parteien aus dem Irak. Es gibt also bisher kaum Kenntnisse und auch keinen Austausch zwischen der politisch, wirtschaftlich und kulturell gut organisierten und engagierten irakischen Diaspora und der maßgeblich die Irakpolitik der Bundesrepublik planenden, entscheidenden und ausführenden Organe in Deutschland. Interessant ist, dass Wohlfahrtsverbände, wie beispielsweise die Caritas, und NGOs auf der lokalen Ebene Kontakte zu der irakischen Diaspora unterhalten. Primär zielt diese Zusammenarbeit jedoch auf die Integration der Iraker in Deutschland ab und weniger darauf, ihr entwicklungspolitisches Engagement zu unterstützen.

3. Zusammenfassung und Diskussion

Die irakische Diaspora in Deutschland ist die viertgrößte irakische Diaspora-Community in der westlichen Welt. Sie weist einen guten Bildungs-

stand und eine hohe ethnische, religiöse, politische und organisatorische Heterogenität auf und ist politisch aktiv. Die Diaspora verfügt über mehr als 60 Vereine unterschiedlicher Ausrichtungen sowie über transnationale Netzwerke im Irak, insbesondere über Rückkehrerinnen und Rückkehrer und über das Internet. Der Regimewechsel im Irak wird mehrheitlich als eine wichtige Chance für die Demokratisierung des Irak betrachtet. Die Diaspora bringt sich dementsprechend politisch, ökonomisch und sozio-kulturell in den Wiederaufbauprozess ein: *Politisch* wird für ein deutsches Engagement im Wiederaufbauprozess geworben und Aufklärung über diesen Prozess geleistet. Ein reger Austausch mit irakischen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern im Irak sowie die Teilnahme an irakischen Wahlen sind ein weiterer Weg der politischen Einflussnahme im Wiederaufbauprozess. Zudem bringt sich die Diaspora über das Internet und andere Medien in die nationalen Debatten rund um das Thema Wiederaufbau ein. *Ökonomisch* umfassen die Aktivitäten der Diaspora Rücküberweisungen aus Deutschland in den Irak, Investitionen im Irak, die Förderung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Irak. *Sozio-kulturell* kommen zudem noch „Social Remittances“ hinzu. Hierbei werden Ideen und Know-How unterschiedlicher Art (z.B. technisches Know-how) in den Irak transferiert.

Die zirkuläre Migration zwischen Deutschland und dem Irak nimmt zu und bildet somit eine weitere wichtige Art des Wiederaufbaus im Irak. Insgesamt kann man sagen, dass die irakische Diaspora eine wichtige Brückenfunktion zwischen dem Irak und Deutschland innehat. Dieses Engagement wird bisher größtenteils von einzelnen Vereinen oder Individuen durchgeführt. Kritisch ist, dass die Diaspora bisher über keine Dachorganisation verfügt, die dieses Engagement und die Potenziale der Diaspora bündelt und als eine zentrale Ansprechinstanz in Deutschland fungiert.

Das Engagement der irakischen Diaspora im Wiederaufbauprozess wird von politischen Entscheidungsträgern im Bundestag, politischen Stiftungen, die im Irak aktiv sind, aber auch von den ausführenden Institutionen der deutschen

Außen- und Entwicklungszusammenarbeit bisher nicht wahrgenommen. Kenntnisse über die Diaspora und über Rückkehrer in den Irak, die heute wichtige Positionen in der irakischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Kunst und Medien bekleiden, fehlen gänzlich. Dadurch wird ein wichtiger Akteur und Brückenbauer in den Irak außer Acht gelassen.

Auf irakischer Seite allerdings ist ein Interesse an den Potenzialen und den Netzwerken der Diaspora in Deutschland und der Rückkehrerinnen und Rückkehrer vorhanden. Dies wird beispielsweise durch das Interesse der irakischen Botschaft und der Vertretung der kurdischen Regionalregierung in Berlin an der Diaspora deutlich. Beide Institutionen suchen deutschlandweit den Austausch mit der Diaspora und organisieren gezielt Treffen zwischen hohen politischen Besucherinnen und Besuchern aus dem Irak (u. a. irakische Minister) und der Diaspora-Community. Zudem nutzen beide Institutionen die Diasporanetzwerke, um gezielt Fachkräfte aus der Diaspora für eine temporäre oder eine permanente Rückkehr in den Irak zu gewinnen. Jedoch gab es bis ins Jahr 2012 auf irakischer Seite keine konkrete Strategie oder eine Institution, die sich dieser Aufgabe strategisch und konzeptionell widmet. Erst Anfang 2012 wurde vom irakischen Ministerium für Migration ein Rückkehrerprogramm ins Leben gerufen. Nach Angaben dieses Ministeriums sind zwischen Januar 2012 und Januar 2013 etwa 2.430 Ärztinnen und Ärzte, Ingenieurinnen und Ingenieure, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmerinnen und Unternehmer und Künstlerinnen und Künstler in den Irak zurückgekehrt. Aufgrund des Erfolges dieses Programms hat die Regierung für das Jahr 2013 etwa 86 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld sollen die Rückkehr und die Eingliederung der Diasporamitglieder und ihrer Familien in die Gesellschaft gefördert werden (Al-Qaisi 2013).

Gleichzeitig haben andere westliche Industriestaaten, in denen sich eine große irakische Diaspora-Community befindet (z. B. die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Schweden) die Diaspora vor (insbesondere die USA) und direkt nach dem Irakkrieg 2003 in die Planung und

Durchführung von Wiederaufbauprojekten im Irak involviert. Heute profitieren diese Staaten von den Netzwerken der Rückkehrer (vor allem politisch und ökonomisch). Auch internationale Organisationen wie beispielsweise die UN und IOM haben die Potenziale der Diaspora für die Entwicklung des Iraks erkannt und regen das Engagement der Diaspora im Irak an (z. B. durch das „Iraqis Rebuilding Iraq“-Programm).

Insgesamt kann demnach festgehalten werden, dass (1.) Deutschland einen wichtigen Akteur und einen Brückenbauer zwischen Deutschland und dem Irak außer Acht lässt; (2.) der Irak die Bedeutung der Diaspora für die eigene Entwicklung erkannt hat, sich aber noch nicht strategisch und mit einer Institution ausgestattet hat, die sich gezielt um die Diaspora bemüht; (3.) die USA, Großbritannien und Schweden – die drei Staaten mit den größten irakischen Diaspora-Communities – die Bedeutung der Diaspora für die Wiederaufbauphase im Irak erkannt haben und diese gezielt nutzen; (4.) Deutschland somit insgesamt in diesem Prozess anderen Akteuren hinterherhinkt. Es stellt sich abschließend die Frage, ob man im globalen Zeitalter auf einen Akteur verzichten kann, der über wichtige Ressourcen (u. a. Humankapital) und Netzwerke verfügt und aus Deutschland heraus die politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle Entwicklung eines geostrategisch wichtigen (Partner-)Landes mit beeinflusst. Denn es besteht allgemein ein Konsens darüber, dass bei richtiger Einbindung von Diasporas aus Entwicklungs- und Krisenländern in Projekte im Bereich Wiederaufbau und Frieden alle beteiligten Akteure, also die Diaspora, das Herkunftsland und das Aufnahmeland, profitieren können.

Wie bereits dargestellt, hat sich der Regimewechsel im Irak entscheidend auf die politische Aktions- und Organisationsstruktur der irakischen Diaspora in Deutschland ausgewirkt (u. a. Anstieg der Zunahme der politischen Organisation in Deutschland, Investitionen im Irak, zirkuläre Migration zwischen Deutschland und dem Irak). Sie bietet große Chancen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik. Durch einen positiven Einfluss auf die irakische Diaspora und ihre Einbindung in deutsche Projekte im Irak

könnte auch gezielt Einfluss im Sinne der Bundesrepublik auf den Wiederaufbauprozess im Irak genommen werden. Zudem kann von den Netzwerken und dem Einfluss der Diaspora im Irak vielfältig profitiert werden (u.a. von den Kenntnissen der Diaspora über Land und Kultur sowie regionale Besonderheiten).

Durch die Einbindung der Aktivitäten der Diaspora in die Planung und Durchführung deutscher Projekte im Irak kann eine Professionalisierung und Aufwertung der Diasporaaktivitäten erreicht werden. Das würde ihre Position innerhalb der irakischen Gesellschaft und der Politik stärken und ihren Handlungsspielraum ausweiten.

Der Irak ist im Wiederaufbauprozess auf die Unterstützung (Know-how, Ressourcen, Netzwerke) seiner weltweiten Diaspora angewiesen. Dies ist unbestreitbar und wird immer wieder auch von offizieller irakischer Seite betont. Denn wie bereits erwähnt, wurde in den letzten Jahrzehnten eine kritische Masse der hochgebildeten Iraker ins Exil gedrängt. Für den Irak gilt es, diese Diaspora nun für den Wiederaufbau zu gewinnen. Denn ein erfolgreicher Aufbau des Staates und der Gesellschaft könnte mittel- und langfristig Frieden und Wohlstand in das ressourcenstarke Schwellenland bringen und somit auch zu Frieden und Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien im Land beitragen. Die Einbindung und die Zusammenarbeit Deutschlands und des Iraks setzen natürlich voraus, dass es sich um Diasporaorganisationen handelt, die auf demokratischer Basis organisiert sind und deren Interessen nicht im Konflikt zu deutschen oder irakischen Interessen stehen.

Abschließend gilt es festzuhalten, dass das entwicklungsrelevante Engagement der irakischen Diaspora im Wiederaufbauprozess nach dem Regimewechsel im Irak 2003 als Vorbild für das Engagement vieler Diasporas aus dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika betrachtet werden kann. Denn mit dem Beginn des sog. „Arabischen Frühlings“ vollzieht sich ein Transformationsprozess in der Region. In wichtigen Staaten (u. a. Tunesien, Libyen und Ägypten) wurden Diktaturen gestürzt. Der Wiederaufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen ist, trotz Schwierigkeiten, im Gange. Erste Beobachtungen zeigen, dass in diesen Staaten Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus der Diaspora bereits wichtige Positionen in der Politik, Verwaltung und in der Wirtschaft einnehmen und somit Einfluss auf den Wiederaufbauprozess nehmen. Wie im Fall der irakischen Diaspora in Deutschland kann vermutet werden, dass der Grad der Organisation in den Aufnahmeländern und die entwicklungsrelevanten Aktivitäten dieser Diasporas stark zunehmen werden. Zugleich wird vermutet, dass sich die Diasporas aus dieser Region sehr ähneln. Es handelt sich überwiegend um gut qualifizierte Emigrantinnen und Emigranten, die ihre Herkunftsländer aufgrund mangelnder politischer, ökonomischer und sozio-kultureller Perspektiven verlassen haben oder von den alten Machthabern ins Exil gedrängt wurden. Hier stellt sich erneut die Frage, inwieweit dieser Prozess und diese Möglichkeiten den politischen Entscheidungsträgern, den Institutionen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik und den politischen Stiftungen bewusst ist.

Literatur

- Alkhalid, W. Marwa 2008: *Iraqi Diasporic Identity Across Generations, Struggle, And War*, Washington D.C.
- Al-Qaisi, Mohammad 2013: *Iraq Allocates \$ 86 Million to Encourage Return of Skilled Expats*, in: Al-Shorfa.com, online: http://mawtani.al-shorfa.com/en_GB/articles/iii/features/2013/01/16/feature-01 (25.1.2013).
- Baraulina, Tatjana; Bommes, Michael; El-Cherkeh, Tanja; Daume, Heike; Vadean, Florin 2006: *Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zu Entwicklung ihrer Herkunftsländer*, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Bercovitch, Jacob 2007: *A Neglected Relationship: Diasporas and Conflict Resolution*, in: Smith, Hazel; Stares, Paul (Hrsg.) 2007: *Diasporas in Conflict: Peacemakers or Peace Wreckers?*, Tokyo/Washington D.C., S. 17 - 38.

- Böker, Marion; Sayan, Giyasettin 2005: Saddams tödliche Diplomaten in Berlin. Attentat auf kurdischen Studentenkongress vom 1. August 1980 in Berlin (West) bis heute straflos, Berlin.
- Cheran, Rudhramoorthy 2003: *Diaspora Circulation and Transnationalism as Agents for Change in the Post Conflict Zones of Sri-Lanka*, Toronto.
- Deutsche Bundesbank 2012: *Laufende Übertragungen. Transaktionswerte lt. Zahlungsbilanzstatistik. Land Irak*, Frankfurt am Main.
- Duclos, Diane 2008: *Blickpunkt: Von den literarischen Cafés in Bagdad zu virtuellen Cafés*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* 27 (2), S. 73 - 76.
- Dulz, Irene 2004: „Wege zu einem neuen Irak, erste Konferenz für irakische Migranten in Deutschland“, in: *Der Schlepper* 28, 2004.
- Faist, Thomas 2007: *Transnationalisation and Development(s): Towards a North-South Perspektive*, COMCAD Arbeitspapiere 16.
- Farag, George 2007: *Diaspora and Transnational Administration: Shiite Iraqi Diaspora and the Administration of Post-Saddam Hussein Iraq*, Spracuse University, New York.
- Fiedler, Anke 2009: *Zahlungsverkehr im Irak. Banken & Geld/Zahlungsverkehr*, Wirtschaftsplattform Irak, online: <http://www.wp-irak.de/index.php/banken-a-geld/zahlungsverkehr> (4.6.2012).
- Fischer, Susanne 2008: *Nach 23 Jahren in Deutschland: Bürgermeister im Nordirak*. Goethe Institut e.V., online: <http://www.goethe.de/ins/iq/lp/ges/de3263953.htm> (12.8.2012).
- Göteborgs-Initiativet 2005: *Return Migration and Development, The Case of Iraq*, online: http://www.initiativet.nu/bifogade_filer/80_1194343636.pdf (18.6.2009).
- Hunger, Uwe; Candan, Menderes 2009: *Die politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*, Nürnberg.
- Hunger, Uwe; Candan, Menderes; Krannich, Sascha 2011: *Long-Distance Nationalism. Eine Fallstudie zu Online-Aktivitäten von Kurden in Deutschland*, in: *Salzborn, Samuel (Hrsg.) 2011: Staat und Nation. Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion*, Stuttgart, S. 225 - 238.
- Hunger, Uwe; Metzger, Stefan; Krannich, Sascha 2011: *Integration und entwicklungspolitisches Engagement von Migranten auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen. Studie im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)*, Eschborn.
- International Organization for Migration (IOM) 2007: *Mapping Exercise Iraq*, London.
- Leidel, Steffen 2005: *Wissenswertes zu den Wahlen im Irak. Macht und Ohnmacht im Irak. Deutsche Welle*, online: http://www.dw.de/dw/article/0,,1468076_page_1,00.html (14.6.2012).
- Levitt, Peggy 1998: „*Social Remittances Migration Driven. Local-Level Forms of Cultural Diffusion*“, in: *International Migration Review* 32 (4), S. 926 - 948.
- Metzger, Stefan; Schüttler, Kirsten; Hunger, Uwe 2010: *Das entwicklungsbezogene Engagement von marokkanischen Migrantenorganisationen in Deutschland und Frankreich*, in: *Baraulina, Tatjana; Kreienbrink, Axel; Riester, Andrea (Hrsg.) 2011: Die Verschränkung von Migrations-, Integrations- und Entwicklungsfragen in der Forschung zur Migration zwischen Afrika und Deutschland*, Nürnberg, S. 216 - 239.
- Oberndorfer, Lilli 2010: *Irakische Wahlen in Berlin: Liebesgrüße aus Moabit*. Wirtschaftsplattform Irak, online: <http://www.wp-irak.de/index.php/component/content/article/68-politik/376-irakische-wahlen-in-berlin-liebesgruesse-aus-moabit> (8.7.2012).
- Salam, Hallow 2010: „*Zur Bedeutung von Remigranten für den Transformationsprozess in Irakisch Kurdistan*“, Berlin.
- Shain, Yossi; Barth, Aharon 2003: *Diasporas in International Relations Theory*, in: *International Organization* 57 (3), S. 449 - 479.
- Shooman, Yasemin 2007: „*Irakischer Exil in Deutschland*“, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 16 (2007), S. 241 - 262.
- Thränhardt, Dietrich 2005: *Entwicklung durch Migration: ein neuer Forschungsansatz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27, 2005, S. 3 - 11.
- Thränhardt, Dietrich 2007 (Hrsg.): *Entwicklung und Migration. Jahrbuch Migration 2006/2007*, Berlin/Münster.
- Van Hear, Nicholas 1998: *New Diasporas: The Mass Exodus, Dispersal, and Regrouping of Migrant Communities*, London.
- World Bank 2007: *Concept Note: Mobilizing African Diaspora for Development*, Washington D.C.

Der Paritätische als Dachverband der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten

Ercüment Toker

Zusammenfassung

Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten (MSO) sind in der integrationspolitischen Debatte von der Politik erst spät anerkannt und einbezogen worden – in NRW seit Mitte der 1990er Jahre, auf Bundesebene sogar erst mit dem neuen Zuwanderungsgesetz seit 2005. Dagegen traten sie im Kontext des „Paritätischen“ bereits ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Erscheinung. Ab 1980 formierte sich im Verband das Arbeitsgebiet Migration mit der heutigen Bezeichnung. Während die öffentliche Diskussion über das Verhältnis von MSO und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in den vergangenen 30 Jahren teilweise von Unkenntnis, Interessenkonflikten und Kontroversen geprägt war, schlossen sich unter dem Dach des Paritätischen NRW über 100 Selbstorganisationen zusammen. Die vorliegende aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, ob und wie viel Teilhabe und Gleichberechtigung die MSO für sich bisher erreichen konnten. Erläutert wird auch die vermittelnde Rolle des Wohlfahrtsverbandes zwischen Migrantenselbstorganisationen einerseits und Kommunen, Land und Bund andererseits.

1. Migrantenselbstorganisationen im Paritätischen NRW. Zahlen und Fakten

Der Paritätische Landesverband NRW hat zurzeit insgesamt mehr als 3.000 Mitgliedsorganisationen. Rund die Hälfte davon sind Elterninitiativen bzw. Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Im Fachgebiet Migration zählen wir insgesamt 165 Mitgliedsorganisationen. 103 davon sind

MSO und interkulturelle Vereine. Die ca. 60 übrigen Organisationen und Träger im Arbeitsgebiet sind zusätzlich zu ihren Haupttätigkeitsfeldern in der Regel auch im Migrations- und Integrationsbereich engagiert. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Deutsche Kinderschutzbund, der in einzelnen Städten seit Jahrzehnten vielfältige Angebote im Bereich Integration und Migration durchführt. Es gibt jedoch auch örtliche Träger und Organisationen, die zwar gänzlich oder hauptsächlich Migrations- und Integrationsarbeit leisten, aber dennoch nicht zu den MSO zählen.

Eine herkunftsbezogene Betrachtung der 103 MSO im Verband ergibt folgendes Bild:

- 35 interkulturelle, herkunftsheterogene Vereine und Organisationen (34 Prozent);
- 27 türkischsprachige, ethnisch homogene oder überwiegend türkische Vereine (26 Prozent);
- 22 russischsprachige Vereine und Initiativen (21 Prozent);
- vier kurdischsprachige Vereine (drei Prozent);
- weitere 15 Organisationen aus folgenden Sprachräumen: spanisch, griechisch, afrikanisch, afghanisch, vietnamesisch, italienisch, persisch, armenisch, Roma (16 Prozent).

Die ethnische bzw. nationale Herkunft ist ein wesentliches Gründungs- und Abgrenzungsmerkmal von Selbstorganisationen. Bei den interkulturellen Vereinen liefert der Migrationshintergrund bzw. das Migrantendasein die Grundlage für Konzept und Handeln der Organisationen. Bei einigen Vereinen ist der religiöse Bezug ein wichtiges gemeinsames Merkmal, ohne dass diese Organisationen schwerpunktmäßig Religionsarbeit leisten. Zehn unserer MSO (ca. zehn Prozent) weisen einen klar religiösen Bezug auf, darunter sind sieben alevitische und drei sunnitische Ver-

eine. Der Verein Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. in Köln mit seiner multiethnischen und mehrsprachigen Struktur gehört dabei sicherlich zu den erfolgreichsten Mitgliedsorganisationen.

Die 103 MSO verteilen sich auf 39 Kreise und kreisfreie Städte. Zehn MSO arbeiten überregional bzw. landesweit. Wir zählen dabei die verschiedenen Untergliederungen solch landesweit tätiger Organisationen nicht automatisch als Mitglieder, sondern jeder Verein bzw. Rechtskörper muss selbst in den Verband aufgenommen werden, um Mitglied des Verbandes zu werden. Die Mitgliedschaft im Paritätischen ist allerdings nicht der einzige Bezug des Paritätischen Verbandes zu den MSO in NRW. Seit 2000 führt der Verband eine Fachberatung „MigrantInnen-selbsthilfe“, die von der Landesregierung NRW unterstützt wird. Über diese Fachberatungsstelle wurden und werden rund weitere 550 MSO erreicht, beraten, qualifiziert und unterstützt, die nicht Mitglieder des Verbandes sind. Die Andockung dieser Dienststelle an den Paritätischen NRW ist natürlich kein Zufall. Der Verband hat sich seit Beginn der achtziger Jahre systematisch und nachhaltig für die Unterstützung von MSO eingesetzt. Als sich die erste rot-grüne Landesregierung dieses Anliegen zu eigen machte, hat der Paritätische die Initiative ergriffen, eine Konzeption für diese Arbeit vorgelegt und damit den Weg zu der späteren Förderung mit geebnet.

Aus den oben dargelegten Zahlen und Fakten geht eindeutig hervor, dass der Paritätische NRW aktuell der größte Dachverband von MSO in NRW ist. Durch die Aufnahme, Unterstützung und die Vertretung der eigenständigen MSO unterscheidet sich auch die Migrations- und Integrationsarbeit des Paritätischen von derjenigen der anderen Wohlfahrtsverbände. Mit anderen Worten: Dies ist auch der besondere Beitrag des Verbandes, wenn das Thema aus Sicht der Migrations- und Integrationsarbeit der Verbände der freien Wohlfahrtspflege betrachtet wird.

2. Definition von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten

Eine genauere Definition der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten wird nicht selten vermieden, da die Eingrenzung schwierig ist. Unsere Bemühungen, hier Position zu beziehen und den Begriff MSO zu klären, reichen bereits bis zu den Anfängen der 1990er Jahre zurück. Wir haben die damalig erarbeitete Definition unter Berücksichtigung der Entwicklungen und Umwandlungen von MSO in den vergangenen Jahrzehnten weiter ergänzt und verfeinert.

Die unserer aktuell geltenden Definition zugrunde liegenden Kriterien und Merkmale können in zwei Gruppen zusammengefasst werden:

- Es sind herkunftshomogene oder herkunftsheterogene Zusammenschlüsse bzw. Vereine, deren Vorstand, Mitarbeiterschaft und Mitglieder mehrheitlich aus Migrantinnen und Migranten bestehen (harte Kriterien).
- MSO sind Orte, wo die Beteiligten ein selbstbestimmtes sozialpolitisches Engagement entfalten und ihre Interessenvertretung wahrnehmen (weiche Kriterien).

Demnach sind viele (ethnische) Caféhäuser, die zwar zum Teil auch Vereinsnamen tragen, keine Selbstorganisationen von Migranten und Migrantinnen, weil sie real kein sozialpolitisches Engagement entfalten bzw. sich selbst gar nicht als solche definieren. Aus unserer Sicht ist diese Abgrenzung wichtig, weil wir hier von Selbstorganisation sprechen.

Ein anderes Thema ist die Nicht-Abgrenzung zwischen Religionsgemeinden und Selbsthilfevereinen. Vereine, Organisationen und Einrichtungen, die hauptsächlich der Bedienung und Befriedigung von religiösen Bedürfnissen dienen (wie die meisten Moscheevereine), sind keine Selbstorganisationen, sondern vielmehr Religionsgemeinden, auch wenn die offizielle Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts hierfür fehlt. Diese Religionsgemeinden können zwar im Einzelnen Integrationsangebote anbieten und durchführen, deshalb werden sie jedoch nicht zu Selbstorganisationen. Durch diese Unterscheidung bzw. Abgrenzung bleibt die Frage

der Anerkennung und Gleichbehandlung von Religionen durch den Staat offen. Sie ist ein wichtiges integrationspolitisches Anliegen und muss geklärt werden.

In der Praxis der Migrationsarbeit begegnen uns sehr viele unterschiedliche Definitionen von MSO, ohne dass diese als solche formuliert und festgelegt werden. Teils wird die vorherrschende Ehrenamtlichkeit, teils die Gründung durch Migrantinnen und Migranten, anderswo wiederum die ethnische Homogenität als maßgebliche Kriterien zur Bestimmung von MSO herangezogen. Die Erfahrungen der letzten 40 Jahre zeigen jedoch, dass ersteres – die nicht vorhandene Professionalität – zwar häufig in der Anfangsphase anzutreffen ist, aber kein grundlegendes Merkmal einer MSO-Definition sein muss, denn die Organisationen bleiben ja meist nicht auf dem Stand ihrer ursprünglichen Gründungsintention, sondern sie wachsen mit ihren Aufgaben, sie entwickeln und verändern sich. Eine Gründung durch Migrantinnen und Migranten als Bestimmungsmerkmal einer MSO-Definition zu wählen, geht von einem viel zu statischen Verständnis der Organisationsentwicklung aus.

In der verbandlichen Praxis spielen drei weitere Aspekte bei der Definition einer MSO eine wichtige Rolle. Diese sind:

- Gemeinnützigkeit;
- Orientierung am Aufnahmeland;
- organisatorische Autonomie.

Ob eine Organisation vorrangig gewinnstreben arbeitet oder zur Stützung des Gemeinwohls engagiert ist, ist für die Bestimmung nicht unwesentlich. Es gibt eine Reihe von nicht gemeinnützigen Organisationen und Institutionen (Sprachschulen, Pflge Träger etc.), die von Migrantinnen und Migranten gegründet und getragen werden, die aber nicht als MSO gelten können.

Bei der letzten MSO-Studie des Landes NRW von 1998 haben die meisten MSOs angegeben, dass sie sowohl am Aufnahme- als auch am Herkunftsland orientierte Angebote durchführen. Wenn allerdings die von Migrantinnen und Migranten getragenen Vereine eine vorrangig am Herkunftsland orientierte Arbeit organisieren und überwiegend dazu ihre Angebote durchfüh-

ren, dann sind sie weniger als Selbstorganisationen, sondern eher als Lobbyorganisationen, Exilvereine etc. anzusehen.

Die Beziehungen zwischen dem Herkunftsland und den MSO sind erfahrungsgemäß vielfältig und nicht ohne Einfluss auf das Organisationsleben und die Entwicklung. Wichtig dürfte hierbei sein, ob durch diese Beziehungen oder auch durch versuchte und tatsächliche Einflussnahme der Parteien, Verwaltungen und anderer Institutionen der Aufnahmeländer die Autonomie des Vereins eingeschränkt bzw. geschädigt wird. Selbsthilfe und Selbstorganisation setzen zwingend die Autonomie bzw. Selbstbestimmung der Organisationen voraus.

All diese unterschiedlichen Aspekte gehören zu einer Definition von MSO, an denen wir uns in unserer Verbandsarbeit orientieren. Damit ist aber noch keine abschließende Beschreibung der MSO gegeben. Mit der Veränderung der Rahmenbedingungen und der Lebenssituationen verändern sich auch die Schwerpunkte der Aktivitäten der MSO. Die seit Anfang der neunziger Jahre versuchte Typologie von MSO entspricht auch noch der heutigen Wirklichkeit von MSO im verbandlichen Alltag. Folgende Organisationstypen begegnen uns:

- Initiativen und Selbsthilfegruppen ohne Rechtsform (herkunftshomogen!);
- Selbsthilfevereine, lokale Organisationen (herkunftshomogen!);
- Dachorganisationen und regionale Zusammenschlüsse;
- multi- bzw. interkulturelle Organisationen (herkunftsheterogen!).

Die Zahl der letztgenannten Organisationstypen steigt stetig, auch wenn die herkunftshomogenen Organisationen bisher eindeutig die Mehrheit bilden. Auffallend hierbei war insbesondere die rasche Entwicklung der russischsprachigen Selbstorganisationen in den letzten zehn Jahren. Sowohl die Zahl der russischsprachigen Gründungen als auch die der Mitgliedschaften in unserem Verband ist stetig gewachsen. Der größere Teil dieser Organisationen engagiert sich in der außerschulischen Bildungsarbeit, die sich inhaltlich überwiegend an aus den Herkunftsländern

mitgebrachten Konzepten orientiert. Da die Organisationen häufig auf einen großen Pool von ausgebildeten Fachkräften zurückgreifen können (oft in den Herkunftsländern erworbene, hier aber als nicht gleichwertig anerkannte hohe Bildungsabschlüsse wie Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Tanz- und Musikpädagoginnen und -pädagogen u. a.), gelingt es den örtlichen Vereinen in der Regel in kürzester Zeit, ein ansehnliches Angebotsprogramm zu entwickeln und umzusetzen. Dabei spielte bisher eine etwaige öffentliche Förderung dieser Vereine bis auf einzelne Beispiele kaum oder keine wichtige Rolle. Dies ist auch ein wesentlicher Kritikpunkt, der aus diesem Kreis der Selbstorganisationen an die öffentlichen Stellen (Kommunen, Land, Bund) gerichtet wird.

3. Was wollen die Migrantenorganisationen?

Auch das ist eine wichtige, aber kontroverse Fragestellung. Viele Akteure in sozialen Handlungsfeldern schreiben den MSO zu, dass sie als Gesprächspartner anerkannt und einbezogen werden wollen bzw. damit zufrieden sind. Sowohl unsere über dreißigjährige Erfahrung – immerhin befinden wir uns in den letzten zehn Jahren mit über 600 MSO im Austausch – als auch die Ergebnisse der bisher einzigen MSO-Studie in NRW belegen, dass MSO unumstritten eine umfassende Gleichbehandlung und Teilhabe erreichen wollen.

- Sie wollen die Integrationspolitik (kommunal, auf Landes- und Bundesebene) mitgestalten und Verantwortung übernehmen!
- Sie wollen ihre Arbeit, ihre Angebote und ihre Leistungen qualifizieren und etablieren.
- Sie wollen die Regeldienste mitgestalten und professionelle Strukturen schaffen.

Auf dieser Ebene des Wollens gibt es aus unserer Sicht keinen Zweifel. Im Einzelnen könnte sogar die Frage gestellt werden, ob diese MSO alles machen könnten, was sie wollten. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die MSO ohne jeden Zweifel wirkliche Chancengleichheit, den Umgang auf gleicher Augenhöhe und eine volle Teilhabe anstreben. In migrations- und integrationspolitischen Diskursen und im Alltag der Integrations-

arbeit vor Ort begegnen uns jedoch auch immer wieder anderslautende Antworten auf die Frage, was MSO eigentlich wollen. Die Vertreter dieser Meinung, die überall – beispielsweise bei Verwaltungen, Verbänden, Politik und Medien – zu finden sind, trauen den MSO grundsätzlich nur wenig zu. Sie bemängeln einerseits ihre fehlende Professionalität, bescheinigen ihnen aber andererseits großzügig eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Arbeit trotz der vorherrschenden Ehrenamtlichkeit. Sie weisen MSO jedoch nur eine Teilkompetenz in migrationspezifischen Fragen zu und beziehen sie nicht ein, wenn es beispielsweise um gesamtgesellschaftliche Fragen geht. Solche Zielzuschreibungen, denen eigentlich eine viel tiefergehende Diskriminierungseinstellung zu Grunde liegt, sind für Migrantenselbstorganisationen nicht einfach zu überwinden.

4. Der Paritätische Wohlfahrtsverband als Alternative – Gründe für eine Mitgliedschaft

Der Paritätische ist der Wohlfahrtsverband, der mit Abstand die meisten MSO in seiner Mitgliedschaft hat. Für die Aufnahme in den Verband sind drei Bedingungen von Bedeutung:

- Rechtsform, juristische Person;
- Gemeinnützigkeit;
- Soziale Arbeit als Schwerpunkt der Vereinsarbeit.

Wenn diese vorliegen, dann können weitere Aspekte (Vertretung nach außen, Heimfallklausel etc.) in gemeinsamen Absprachen geregelt werden. Die Achtung bzw. Geltung der demokratischen, verfassungsmäßigen Grundwerte bildet selbstverständlich die Geschäftsgrundlage bei jeder Aufnahme bzw. jeder Mitgliedschaft. Die bisher genannten Aspekte dürften jedoch nicht den eigentlichen Grund ausmachen, warum sich MSO überwiegend unter dem Dach des Paritätischen vereinen. Wohlfahrtsverbände und MSO verhalten sich im Spannungsfeld von gemeinsamen und unterschiedlichen Interessenlagen zueinander. Eine gute, von gleicher Augenhöhe geprägte Zusammenarbeit liegt im Interesse beider Seiten bzw. beide werden davon profitieren. Häufig führt

jedoch die Aufteilung der Ressourcen zu Konflikten. Erfahrungsgemäß waren und sind die Wohlfahrtsverbände immer einen Schritt schneller als die Selbstorganisationen, wenn es um die Gestaltung und Umsetzung der migrations- und integrationspolitischen Vorhaben und die Teilhabe an Förderprogrammen geht. Gerade dadurch entsteht bei den MSO das Gefühl, ständig hinterher zu laufen.

Die Wohlfahrtsverbände haben spätestens mit Beginn der Bund-Länder-Förderung für Ausländersozialberatung Mitte der 1960er Jahre ihre „Ausländerarbeit“ gestartet. Selbstorganisationen von und für Migrantinnen und Migranten (Arbeitervereine und deutsch-ausländische Initiativen) mit dem Engagement zur Lösung von Problemen im Aufnahmeland kamen praktisch erst zehn bis 15 Jahre später und hatten lange Zeit kaum Zugänge zu staatlicher Förderung. Diese Diskrepanz wirkte mindestens bis zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005, das bekanntlich eine Neuregelung der Zuständigkeiten und Aufgabengebiete des Bundes, der Länder und der Kommunen mit sich brachte.

Mit dem Beginn der Debatte um das Zuwanderungsgesetz wurden zunehmend auch die integrationspolitische Bedeutung der MSO und deren zu erschließendes Potenzial auf Bundes- und Landesebene erkannt (Nordrhein-Westfalen war in dieser Beziehung zehn Jahre vorher aktiv geworden). Dadurch erweiterte bzw. verbesserte sich die Einbeziehung und Förderung von MSO sowohl durch einzelne Bundesländer als auch durch zahlreiche Kommunen. Auf Bundesebene konnten die MSO stärker von den Projektförderungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) profitieren. Gespräche über eine spezifische Bundesförderung (Strukturförderung) der bundesweit organisierten MSO werden zurzeit geführt. Hier engagiert sich der Paritätische Gesamtverband federführend mit neun weiteren Bundesverbänden der MSO.

Aufgrund seiner Struktur und seiner Grundsätze kann der Paritätische jedoch hier Brücken schlagen und zur Lösung der Konfliktlagen wesentlich beitragen. Dabei ist *ein* Strukturmerkmal des Verbandes in NRW grundlegend, nämlich dass er selbst grundsätzlich keine Soziale Arbeit

betreibt. Dies gilt für die Migrations- und Integrationsarbeit umso mehr. Ein neuer verbandlicher Arbeitsbereich entsteht in der Regel erst dann, wenn sich eine ausreichende Anzahl von Organisationen und Trägern unter seinem Dach zusammenschließen. Der Facharbeitskreis Migration beim Paritätischen NRW wurde 1980 unter dem Namen Arbeitskreis „Ausländerarbeit“ initiiert und gegründet. Zum Bereich „Ausländerarbeit“ zählten damals zwölf Mitgliedsorganisationen, davon waren die Hälfte Selbstorganisationen. Heute zählen wir im Fachgebiet Migration 165 Mitgliedsorganisationen, davon 103 Selbstorganisationen bzw. interkulturelle Vereine.

Dies ist auch ein wichtiger struktureller Unterschied zu anderen Wohlfahrtsverbänden. In der Konsequenz bedeutet es, dass alle Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten, die der Verband erschließt bzw. durchsetzt, an die Mitgliedsorganisationen weitergeleitet werden. Praktisch und aufgrund seines Selbstverständnisses hat sich der Verband stets dafür eingesetzt, dass die MSO in Gestaltung und Durchführung der Migrations- und Integrationsarbeit auf kommunaler und Landesebene miteinbezogen werden. Seine Rolle war dabei im Wesentlichen durch die fachliche Begleitung, Koordination, organisatorische Beratung und Unterstützung von MSO sowie eine gemeinsame Interessenvertretung geprägt.

Die Frage, warum mehr als 100 MSO in NRW den Paritätischen als ihren Dachverband erwählt haben, kann damit zusammenfassend wie folgt beantwortet werden:

- Die Autonomie der Organisationen wird nicht angetastet. Die Organisationen bestimmen und organisieren selbst, was und wie sie ihre Arbeit gestalten.
- Die durch gemeinsames Eintreten erschlossenen Ressourcen werden grundsätzlich in vollem Umfang an die Mitgliedsorganisationen weitergeleitet.
- Die Interessenvertretung wird auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) gemeinsam gestaltet und umgesetzt.
- Die MSO erhalten nachhaltige professionelle Hilfen und Unterstützungen zur Qualifizierung ihrer Sozialen Arbeit, um diese markt- und konkurrenzfähig anbieten zu können.

- Die Achtung der parteipolitischen und religiösen Neutralität ist ein grundlegendes Handlungsprinzip des Verbandes.
- Die MSO erhalten beim Paritätischen die volle Mitgliedschaft, während sie bei anderen Wohlfahrtsverbänden nur kooperatives Mitglied sein können.
- Der Paritätische als Wohlfahrtsverband schafft Zugang zu den strukturellen Förderprogrammen von Bund und Land im Bereich Migration und Integration.
 - So sind 16 von 22 Integrationsagenturen beim Paritätischen NRW in der Trägerschaft von Migrantenorganisationen.
 - Vier von zwölf Migrationsberatungen für Erwachsene (MBE) arbeiten ebenfalls unter der Trägerschaft von Migrantenorganisationen.
 - Vier der neun landesgeförderten Flüchtlingsberatungsstellen werden von Migrantenorganisationen getragen.
- Die Migrantenorganisationen erhalten qualifizierte Beratung und Begleitung bei Projektanträgen an das BAMF, an die EU-Förderprogramme und an Stiftungen. Jeder, der diesen Bereich näher kennt, wird zu schätzen wissen, wie wichtig allein diese Leistung des Verbandes sein kann.
- Selbstorganisationen erhalten Unterstützung und Begleitung bei der Interessenvertretung auf kommunaler Ebene (insbesondere gegenüber Verwaltung und Politik, Jobcenter, Arbeitsagentur u. a.). Teilweise gelingt dem Verband auch die Vermittlung von Partnerorganisationen mit unterschiedlichem Erfahrungsstand, um bestimmte Projektvorhaben zu realisieren (Tandempartner).

5. Entwicklung und Interkulturelle Öffnung der MSO – Aktueller Stand

Von aktuell 103 MSOs im Verband haben ca. 45 Organisationen hauptamtliche Strukturen, interkulturelle Vereine sind dabei eindeutig erfolgreicher. Die übrigen 58 Vereine und Verbände arbeiten mit Honorarkräften, geringfügig Beschäftigten und Arbeitsgelegenheiten und natürlich mit Ehrenamtlichen.

Das ehrenamtliche Engagement hat für die MSO weiterhin eine tragende Funktion. Das gilt auch für die Selbstorganisationen, die die am weitesten entwickelten professionellen Strukturen aufweisen. Nach eigenen Schätzungen wird durch das ehrenamtliche Engagement in den Selbstorganisationen im Verband zwischen 30 und 90 Prozent der Vereinsarbeit abgedeckt.

Die interkulturelle Öffnung ist aus unterschiedlichsten Gründen ein wichtiges Thema für die Weiterentwicklung von Migrantenselbstorganisationen. Einerseits spüren die MSO das Fortschreiten der Interkulturellen Öffnung auf allen Ebenen (im Öffentlichen Dienst, bei den Verbänden und übrigen Regelinstitutionen) sehr deutlich. Denn sie verlieren dadurch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter („tragende Säulen“) oder sind nicht mehr die erste Adresse für diese, da die Beschäftigungsbedingungen und Perspektiven andernorts besser sind. Dies ist ein wichtiger – nicht immer selbst gewollter – Beitrag der MSO zur interkulturellen Öffnung gesellschaftlicher Strukturen, der jedoch als solcher kaum wahrgenommen wird.

Andererseits brauchen die MSO diese Öffnung aus eigenem Interesse, für die eigene Weiterentwicklung und Selbstbehauptung. Immer wieder ist der Blick der Migrantenorganisationen jedoch allein auf die spezifischen Themen der Migrations- und Integrationspolitik und die hierfür relevanten Förderprogramme eingeschränkt. Verschiedene Themen, Maßnahmen und Programme, von denen Migrantenfamilien in besonderer Weise betroffen sind (wie aktuell die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets oder die Schaffung von Betreuungsplätzen für U 3 Kinder) stehen dann weniger auf der Tagesordnung der MSO.

Wenn es beispielsweise um die schulische Förderung geht, bieten MSO oft als schnelle und einfache Antwort ein außerschulisches Angebot (Hausaufgabenbetreuung oder fächerbezogene Förderung) in ihren Räumen an. In die Schulen hineinzugehen und beispielsweise die Trägerschaft von Ganztagschulmaßnahmen zu übernehmen oder an deren Gestaltung mitzuwirken, wird von vielen MSO nicht versucht.

So verhalten sich MSO häufig bei Neueinrichtung oder Veränderungen (Auf- und Ausbau) der verschiedenen Regelsysteme und Regeldienste und bei Angeboten der sozialen Versorgung passiv. Sie beteiligen sich weder an den Diskussionen noch an der Umsetzung vor Ort in den Kommunen. Dieser eingeschränkte Blickwinkel und das entsprechende Verhalten führen folgerichtig dazu, dass sie nicht als Partner gesehen und einbezogen werden. Hier ist der Paritätische als Dachverband und Interessenvertreter von Migrant*innenorganisationen in besonderer Weise herausgefordert, den Blick zu öffnen, um

- die richtigen Themen auf die Tagesordnung der MSO zu setzen;
- sie in die großen Diskussionslinien einzubeziehen;
- ggf. politische Kontakte und Kooperationen zu vermitteln sowie
- sie bei diesem Prozess zu begleiten.

Diese Themen und Fragen gehören zu den zentralen Aufgaben der Qualifizierung der MSO.

6. Resümee

Migrant*innenorganisationen verstehen und definieren sich als Brücke zwischen der Aufnahmegesellschaft und der Einwanderungsbevölkerung. Diese Funktion wird ihnen in der Öffentlichkeit auch häufig zugeschrieben. Der Paritätische als Dachverband von MSO bildet dabei für die Organisationen von Migrant*innen und Migrant*innen, die sich unter seinem Dach zusammengeschlossen haben, das zweite Standbein dieser Brücke zur Aufnahmegesellschaft und deren Strukturen bzw. spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Bei dem heutigen Stand der Entwicklung der multikulturellen Gesellschaft hat das für diese Migrant*innenorganisationen eine existenzielle Bedeutung, auch wenn es inzwischen auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) erfolgreiche Migrant*innenorganisationen gibt, die sich keinem Wohlfahrtsverband angeschlossen haben.

Ob und wann sich die Selbstorganisationen neben den Wohlfahrtsverbänden selbst neue Dachverbände und Interessenvertretungen aufbauen werden, ist schwer einzuschätzen. Es wäre im Interesse aller Beteiligten, wenn die Frage des Sinns und Zwecks einer solchen Entwicklung vorher ausreichend geklärt werden würde.

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Handan Aksünger studierte Ethnologie, Geographie und Soziologie in Münster. 2011 promovierte sie als Kollegiatin des DFG-Graduiertenkollegs „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jh. bis zur Gegenwart. Deutschland und die Niederlande im Vergleich“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Im WS 2011/13 war sie die erste Gastprofessorin zum „Alevitentum“ an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg. Seit 2005 ist sie ehrenamtliche Referentin bei den Deutschen Evangelischen Kirchentagen und seit 2009 Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten zum Thema „Alevitentum und interreligiöser Dialog“.

Menderes Candan, M.A, ist gegenwärtig Doktorand am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Münster und Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. In seiner Dissertation, auf der der vorliegende Aufsatz basiert, beschäftigt er sich mit dem Einfluss der irakischen Diaspora auf den Wiederaufbauprozess im Irak nach 2003. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Diaspora und Außen- und Entwicklungszusammenarbeit sowie Internationale Beziehungen. Zuletzt war er Gastwissenschaftler am Centre on Migration, Policy & Society (COMPAS) an der Universität Oxford.

Daniel Huhn arbeitet als freier Journalist und Filmemacher. Bereits neben dem Master-Studium am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) Münster war er als Radio- und Videojournalist im In- und Ausland tätig, u. a. für den Deutschlandfunk, den WDR, Funkhaus Europa, die WWU Münster und die Stiftung Mercator. Zuletzt arbeitete er an dem Dokumentarfilmprojekt „Weltklasse Kreisklasse. Eine Saison bei Genclikspor Recklinghausen“, das u. a. von der Filmstiftung NRW gefördert wurde.

Stefan Metzger promoviert als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) Münster. Im September 2009 gründete er mit Daniel Huhn und Kolleginnen und Kollegen das Forschungsprojekt „Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin. Im Abseits der Gesellschaft?“, das vom Innovationsfond der WWU Münster gefördert wurde. Gemeinsam mit PD Dr. Uwe Hunger arbeitete er als wissenschaftlicher Gutachter, u. a. für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

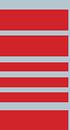
Günther Schultze ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung und Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration. Ziel des Gesprächskreises sind der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in politische Entscheidungsprozesse und die Entwicklung nachhaltiger Integrationskonzepte. Neben der Organisation von Diskursen zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis ist er für die Herausgabe wissenschaftlicher Analysen, Policy-Papers und Tagungsdokumentationen verantwortlich.

Ercüment Toker, seit 2002 hauptamtlicher Fachreferent für das Fachgebiet Migration beim Paritätischen NRW. Ab 1975 neben- und ehrenamtlich in verschiedenen herkunftshomogenen und interkulturellen Selbstorganisationen sowie bei interkulturellen Projekten engagiert. Ab 1980 als hauptamtliche sozialpädagogische und später als leitende Fachkraft bei Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Remscheid und Bochum beschäftigt. Seit 1980 Aufbau des Fachgebiets Migration im Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Dr. Dietrich Thränhardt, em. Professor für Politikwissenschaft der Universität Münster, Schwerpunkt Vergleichende Politik und Migrationsforschung. Herausgeber der „Studien zu Migration und Minderheiten“, Koordinator der Steuerungsgruppe des Mediendienstes Integration. Gastprofessor ICU Tokyo 1990/91, Research Fellow NIAS Wasenaar 2002/03 und Transatlantic Academy 2008/09. Veröffentlichungen (Auswahl): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1996; Europe – A New Immigration Continent, Münster 1996; Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, Wiesbaden 2003 (Hrsg., mit Uwe Hunger); Entwicklung und Migration, Münster 2008 (Hrsg.); Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, Bonn 2008; National Paradigms of Migration Research, Osnabrück 2010 (Hrsg., mit Michael Bommers).

Dr. Karin Weiss, 1993-2007 Professorin für Sozialpädagogik an der Fachhochschule Potsdam, 2007-2011 Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, seit 2012 Leiterin der Abteilung Integration und Migration im Ministerium für Integration, Frauen, Kinder, Jugend und Familie Rheinland Pfalz. Veröffentlichungen (Auswahl): Neue Bildungsansätze für die Einwanderungsgesellschaft. Erfahrungen und Perspektiven aus Ostdeutschland, Freiburg 2010 (gemeinsam mit Alfred Roos); SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg 2005 (mit Dietrich Thränhardt). Erfolg in der Nische? Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005 (Hrsg., mit Mike Dennis).

Dr. des. Jenni Winterhagen arbeitet am Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Dissertation hat sie die kroatische Migrantenseelsorge in der Bundesrepublik untersucht. Sie hat für die GIZ zum Thema Migration und Entwicklung und zu transnationalem Engagement von Migrantinnen und Migranten gearbeitet. Derzeit evaluiert sie das Projekt „*spin* – sport interkulturell“, das auf die interkulturelle Öffnung von Sportvereinen zielt (mehr Informationen unter www.for-be.de).



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Ideen und finanzpolitische Praxis in Deutschland – Ist die Schuldenbremse (der Fiskalpakt) die Ultima Ratio?

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Money for Nothing and the Risks for Free? Zu Erfolgen und Risiken der EZB-Geldpolitik in der Eurokrise

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Demografie und Wachstum in Deutschland Perspektiven für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt

WISO Diskurs

Außenwirtschaft

Eurokrise: Die Ungleichheit wächst wieder in Europa

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Perspektiven der Wirtschaftsförderung für den Kultur- und Kreativsektor

WISO Diskurs

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise!

WISO direkt

Steuerpolitik

Für einen produktiven und solide finanzierten Staat – Einnahmen und Dienstleistungsstaat stärken

WISO direkt

Arbeitskreis Mittelstand

Reformperspektiven im deutschen Kammerwesen

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was nützt die Verbraucherpolitik den Verbrauchern? Plädoyer für eine systematische Evidenzbasierung der Verbraucherpolitik

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Frühzeitige Bürgerbeteiligung für eine effizientere Verkehrsinfrastrukturplanung

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Berufsbilder im Gesundheitssektor Vom „Berufebasteln“ zur strategischen Berufsbildungspolitik

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Soziale Gesundheitswirtschaft – Impulse für mehr Wohlstand

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Weiterbildungsbeteiligung Anforderungen an eine Arbeitsversicherung

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Wie lässt sich ein Anspruch auf Weiterbildung rechtlich gestalten?

Rechtliche Instrumente im Arbeits- und Sozialrecht

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten Freiwillig, verlässlich, gut?

WISO Diskurs

Arbeitskreis Dienstleistungen

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen – soziale Innovationen denken lernen

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Interkulturelle Öffnung in Kommunen und Verbänden

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Sozialraumorientierung und Interkulturalität in der Sozialen Arbeit

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso

